

Forschung

Politik - Strategie - Management

Institutes for Advanced Study in Deutschland und als besonderes Beispiel THE NEW INSTITUTE Hamburg

- Erkenntnisgewinn durch Praxis:
Empirische Einblicke in die neuen Wege
der Doktorand*innenausbildung
- Forschungskollegs/Institutes for
Advanced Study in Deutschland
und als besonderes Beispiel THE NEW INSTITUTE
- Ambivalenzkunst – Zur Erfolgsgeschichte
der Institutes for Advanced Study
- Fo-Gespräch zwischen Sabine Maasen
und Wolff-Dietrich Webler
- Fo-Gespräch mit Wilhelm Krull
- Fo-Gespräch zwischen Beate Schücking,
Hans-Gerhard Husung und Wolff-Dietrich Webler

1+2
2021

Herausgeber*innenkreis

Bettina Böhm, Dr. jur., Generalsekretärin der Leibniz-Gemeinschaft, Berlin

Franziska Broer, Geschäftsführerin der Helmholtz-Gemeinschaft, Berlin

Hans-Gerhard Husung, Dr. phil., Staatssekr. a. D., ehem. Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), Bonn

Wilhelm Krull, Dr. phil., bis 2019 Generalsekretär der VolkswagenStiftung, Hannover; Gründungsdirektor des New Institute und Vorstandsvorsitzender der The New Institute Foundation gGmbH, Hamburg

Sabine Maasen, Prof. Dr., Professur für Wissenschafts- und Innovationsforschung, Universität Hamburg

Bernhard Nievergelt, lic. phil., MPA, Geschäftsführer CHES – Center for Higher Education and Science Studies, Universität Zürich

Rupert Pichler, Mag. Dr., Abteilungsleiter Forschungs- und Technologieförderung, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Wien

Uwe Schimank, Prof. Dr., Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologische Theorie, Universität Bremen

Dagmar Simon, Dr., Geschäftsführerin von EVACONSULT – Evaluierung. Forschung. Beratung. Berlin

Andreas Stucke, Dr., Leiter der Abteilung Evaluation in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Stellvertreter des Generalsekretärs des Wissenschaftsrates, Köln

Thorsten Wilhelmy, Dr., Verwaltungsleiter und Wissenschaftlicher Koordinator an der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik, Bonn

Wolff-Dietrich Webler, Prof. Dr. rer. soc., ehem. Professor of Higher Education, University of Bergen (Norway), Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB)

Hinweise für die Autor*innen

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden **doppelt begutachtet**. Publikationsentscheidungen ergehen i.d.R. binnen 6 Wochen. Die Autor*innen versichern, den Beitrag bis zu einer Publikationsentscheidung der Herausgeber (für maximal 3 Monate) keinem anderen Medium zur Veröffentlichung anzubieten. Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor*innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln. Senden Sie bitte das Manuskript als Word-Datei und Abbildungen als JPG-Dateien per E-Mail an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autor*innenhinweisen“ auf unserer Website:

www.universitaetsverlagwebler.de

Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Website.

Impressum

Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung:

UVW UniversitätsVerlagWebler
Der Fachverlag für Hochschulthemen
Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld
Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,
E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Satz: UVW, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Anzeigen:

Die Zeitschrift „Forschung“ veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten.

Erscheinungsweise: 4mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.10.2021

Umschlaggestaltung & Grafik:

Wolff-Dietrich Webler, Bielefeld.
Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

Druck:

Sievert Druck & Service GmbH,
Potsdamer Str. 220, 33719 Bielefeld

Abonnement/Bezugspreis: (zzgl. Versandkosten)

Jahresabonnement: 92 Euro

Einzelheft: 26,50 Euro

Doppelheft: 48 Euro

Abobestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post, E-Mail oder Fax an den Verlag zu richten. Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Jahresende gekündigt wird.

Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfasser*innennamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber*innen bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezensionsexemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigefügt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Forschung

Politik - Strategie - Management

Einführung des geschäftsführenden Herausgebers

1

In eigener Sache

Der Herausgeberkreis der Zeitschrift Forschung ist neu zusammengesetzt

3

Forschung über Forschung

Barbara Hendriks & Almuth Lietz
Erkenntnisgewinn durch Praxis:
Empirische Einblicke in die neuen Wege der
Doktorand*innenausbildung

6

Entwicklung, Strategie & politische Gestaltung

Wolff-Dietrich Webler
Forschungskollegs/Institutes for Advanced Study
in Deutschland
und als besonderes Beispiel THE NEW INSTITUTE

10

Thorsten Wilhelmy
Ambivalenzkunst – Zur Erfolgsgeschichte der
Institutes for Advanced Study

21

Edwin Constable: Ein neuer Verhaltenskodex für die
Schweizer Forschung – warum?

27

Nicht „Lügen mit Statistik“, sondern ungewollte
Verzerrungen beschäftigen die Forschung

28

Fo-Gespräche

Fo-Gespräch zwischen Sabine Maasen und
Wolff-Dietrich Webler

30

Fo-Gespräch mit Wilhelm Krull

38

Fo-Gespräch zwischen Beate Schücking,
Hans-Gerhard Husung und Wolff-Dietrich Webler

45

Meldungen

52

Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte
HSW, HM, P-OE, ZBS & QiW

IV

20 Jahre!

UVW UniversitätsVerlagWebler

Der Fachverlag für Wissenschaft & Hochschule

Forschungsberichte - Fachzeitschriften - Ratgeberliteratur - Campus-Literatur
(2001–2021)

Der UVW publiziert Buchreihen und folgende sechs referierte Fachzeitschriften:

- **HSW – Das Hochschulwesen.** Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik.
- **FO – Forschung.** Politik – Strategie – Management.
- **HM – Hochschulmanagement.** Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen.
- **P-OE – Personal- und Organisationsentwicklung** in Einrichtungen der Lehre und Forschung. Forum für Führung, Moderation, Training, Programm-Organisation.
- **QiW – Qualität in der Wissenschaft.** Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in Forschung, Studium und Administration.
- **ZBS – Zeitschrift für Beratung und Studium.** Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte.



Nähere Informationen und Kontakt: www.universitaetsverlagwebler.de

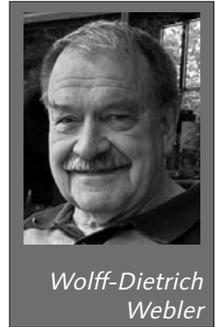
Eigentlich sollten zwei Einzelausgaben der Zeitschrift *Forschung* erscheinen. Der Jahresverlauf verhinderte das. Nun sind drei Artikel und drei Forschungsgespräche zusammengefasst worden.

In der ersten Ausgabe sollten Konzeption und Gründung des *The New Institute (TNI)* in Hamburg vorgestellt werden, eine bemerkenswerte neue Variante der *Institutes for Advanced Study*. Dorthin war Wilhelm Krull gewechselt nach seinem Ausscheiden aus der Volkswagen-Stiftung. Daher gab es außer dem präsentierenden Bericht des Herausgebers dieser Ausgabe auch ein Fo-Gespräch mit Wilhelm Krull, dem neuen geschäftsführenden Direktor der gleichnamigen Stiftung. Während hierzu die Vorbereitungen noch liefen, kam der Wissenschaftsrat mit seiner seit etwa zwei Jahren laufenden Untersuchung der *Institutes for Advanced Study* in Deutschland zum Abschluss. Das aufzugreifen, vorzustellen und auszuwerten war reizvoll. Also kam auch hierzu ein Bericht des Herausgebers dieser Ausgabe zustande – nun vereint mit der ursprünglich geplanten Ausgabe. Beide Ausgaben überlagerten sich zeitlich und wurden zusammengefasst.

In dieses Jahr 2021 fällt auch ein umfangreiches Revirement des Herausgeberkreises dieser Zeitschrift. Im Laufe der jahrelangen Zusammenarbeit stellte sich bei mehreren der bisherigen Mitglieder auf anderen Feldern eine immer größere Überlastung ein, mit der ein Engagement in der aktiven Herausgabe einer Zeitschrift immer weniger vereinbar war. Also haben wir uns darauf geeinigt, die Zusammenarbeit an dieser Stelle auslaufen zu lassen. Der Verlag ist dankbar, dass diese Kolleg*innen – z.T. seit Gründung der Zeitschrift vor 13 Jahren – diesem Medium so viel Aufmerksamkeit, Anregungen, Akquise von Beiträgen, z.T. eigene Autorschaft zugewandt und mit ihrem Namen nach außen vertreten haben. Wir verabschieden uns in diesem Kontext sehr herzlich von Jutta Allmendinger, Bernd Ebersold, Reinhard Hüttel, Stefan Kuhlmann und Christian Scherf.

Neu in diesen Kreis eingetreten sind von diesem Jahrgang an Sabine Maasen (Hamburg), Bernhard Nievergelt (Zürich), Uwe Schimank (Bremen), Dagmar Simon (Berlin), Andreas Stucke (Köln) und Thorsten Wilhelm (Bonn). Drei von ihnen werden in dieser Ausgabe ausführlich vorgestellt, drei weitere in der nächsten Ausgabe. Zu den inhaltlichen Trägern der Zeitschrift gehören auch weiterhin Bettina Böhm (Berlin), Franziska Broer (Berlin), Hans-Gerhard Husung (Hamburg), Wilhelm Krull (Hamburg) und Rupert Pichler (Wien). Der Herausgeberkreis ist deshalb so groß, weil auch seine Mitglieder vielseitig gebunden sind, sodass sich das hier anfallende Engagement besser verteilt. Außerdem bieten sich vertiefte Einblicke in ein besonders breites Spektrum der Forschung in deren Politik - Strategie - Management, wie der Untertitel der Zeitschrift ankündigt – und dies in der Schweiz, Österreich und Deutschland – verbunden mit weiteren, internationalen Ausblicken. **Seite 3**

Praxisbezug des Studiums ist seit Wilhelm von Humboldt in die 2. Phase des Studiums verlegt (Referendariat u.ä.). In allen Studienrichtungen ohne Staatsexamen entstehen dadurch – mit wenigen Ausnahmen – Probleme. Die Älteren unter den Leser*innen werden sich



Wolff-Dietrich
Webler

noch an die Proteste erinnern, die von Professor*innen und ganzen Fakultäten insbesondere der Geisteswissenschaften ausgingen, als 1972 der Referentenentwurf des Hochschulrahmengesetzes veröffentlicht wurde. Da sollten als Ziel des Studiums (§ 7) alle Studiengänge – alle – darauf verpflichtet werden, dass „Lehre und Studium ... auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ... die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend ... zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ befähigen. Und den Hochschulen wurde aufgegeben (§ 8), „... Inhalte und Formen des Studiums im Hinblick auf die Entwicklungen in Wissenschaft und Kunst, die Bedürfnisse der beruflichen Praxis und die notwendigen Veränderungen in der Berufswelt zu überprüfen und weiterzuentwickeln.“ Das Gesetz trat aber mit diesem Wortlaut in Kraft. U.a. wurde argumentiert, es gebe keine fest umrissenen Berufe, auf die vorbereitet werden könne (dem begegnet allerdings ein generalistisches Studium – früher charakteristisches Merkmal universitären Studiums). Noch kritischere Fragen stellen sich allerdings Promovend*innen in diesen Fachrichtungen zu ihrer beruflichen Zukunft. Oft haben ihre Betreuer*innen bis zu ihrer Berufung ebenfalls nur eine wissenschaftliche Karriere durchlaufen und kennen außerwissenschaftliche Berufe nicht aus eigener Erfahrung. Entsprechend wenig energisch und umsichtig trieben die Fakultäten den Praxisbezug ihres Studiums voran. Die VolkswagenStiftung griff dieses Manko auf und führte ein Programm „Wissenschaft und berufliche Praxis in der Graduiertenausbildung“ ein, um im Rahmen einer Einmalförderung praxisorientierte Forschungskollegen an acht deutschen Universitäten als Modelle entstehen zu lassen. Deren Erfahrungen können wegweisend sein. Wie steht es eigentlich um die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Wirtschaft und Gesellschaft? In dem vorliegenden Beitrag **Erkenntnisgewinn durch Praxis: Empirische Einblicke in die neuen Wege der Doktorand*innenausbildung** berichten *Barbara Hendriks & Almuth Lietz* über ihre empirisch fundierten Einsichten in Bezug auf die Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften (GKG). **Seite 6**

Die **Institutes for Advanced Study (IAS)** haben in den letzten Jahren (auch als Folge der Bewerbungen von Universitäten in der Exzellenzinitiative) in Deutschland deutlich zugenommen. Das hat den Wissenschaftsrat

veranlasst, sich dem Thema vertieft zuzuwenden. Aus anderen Gründen und nicht als Teil einer Universitätsbewerbung wurde in Hamburg als weiteres IAS **The New Institute (TNI)** gegründet. *Wolff-Dietrich Webler* informiert in seinem Bericht über beides: **Untersuchung der Forschungskollegs/Institutes for Advanced Study in Deutschland** durch den Wissenschaftsrat sowie die **Gründung des TNI in Hamburg** – mit bemerkenswerten Akzenten. Das TNI geht auf eine umfangreiche Stiftung des Hamburger Kaufmanns und Reeders Erck Rickmers zurück. Dessen Motive, Überzeugungen und die seitdem von den neuen Mitgliedern etablierten Arbeitsprozesse lohnen Aufmerksamkeit. Im Ergebnis ergibt sich ein modellhaftes, privates Engagement in einem in Deutschland als öffentlich geltenden Sektor. **Seite 10**

Im Unterschied zu dem vorstehenden Bericht, der vor allem Umriss zeichnen will, stellt der nächste Text einen Kommentar zu den Empfehlungen des WR zu IAS dar. *Thorsten Wilhelmy* analysiert in seinem Artikel: **Ambivalenzkunst – Zur Erfolgsgeschichte der Institutes for Advanced Study** das Besondere dieser Einrichtungen. Der Artikel verschafft auch weniger informierten Leser*innen einen guten Einblick in Stärken und Schwächen der IAS und ihren unverzichtbaren Platz im Wissenschaftssystem. Die völlige Freiheit auf Zeit als ein Kerngedanke der IAS wird herausgestellt. Damit wird auch ein guter Rahmen geschaffen zur Einschätzung des ebenfalls in dieser Ausgabe der „Forschung“ vorgestellten TNI in Hamburg. **Seite 21**

Glücklicherweise kam kurzfristig ein **Fo-Gespräch** zustande zwischen *Sabine Maasen*, Professorin für Wissenschafts- und Innovationsforschung, an der Universität Hamburg, Mitglied des Wissenschaftsrats und Vorsitzende der die IAS untersuchenden Kommission, und *Wolff-Dietrich Webler*, ehem. Professor for Higher Education an der Universität Bergen/Norwegen, heute Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld. Sie sprachen über **Chancen und Gefahren, Freiheitsgrade und Bindungen der Institute für fortgeschrittene Studien (Institutes for Advanced Study, IAS)** in

Deutschland und darüber hinaus. Hier besteht die Chance, aus persönlicher Perspektive noch etwas mehr über den Hintergrund zu erfahren als im wohlhabgestimmten WR-Bericht. **Seite 30**

Auch das **Fo-Gespräch** zwischen *Dr. Wilhelm Krull*, ehem. Generalsekretär der VolkswagenStiftung und Gründungsdirektor, inzwischen geschäftsführender Direktor des TNI, und *Wolff-Dietrich Webler* über die **Gründung des TNI** erweist sich als sehr ergiebig. Zwar veröffentlicht das TNI natürlich vieles über seine Gründung und seine weiteren Perspektiven, aber ein Gespräch bietet immer die Chance, über Fragen einen anderen Blick auf die Vorgänge zu gewinnen. So viel wird schon klar: Das TNI hat ein sehr eigenes Profil, eine eigene Mission und stellt eine wichtige Ergänzung und teilweise Alternative zu anderen IAS dar. **Seite 38**

Die Energiewende und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern führt in den entsprechenden Regionen naheliegender Weise zu erheblichen Problemen. Die Politik hat gegenüber der Phase des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Steinkohle viel dazugelernt. Am Beispiel der Braunkohle kann gezeigt werden, wie die Transformationsprozesse vorbereitet werden und ablaufen. Für diese Zeitschrift besonders berichtenswert ist die Bedeutung, die die Wissenschaft in diesen Prozessen hat. Darauf geht ein **Fo-Gespräch** ein, das zwischen *Prof. Dr. Beate Schücking*, der Rektorin der Universität Leipzig, sowie *Dr. Hans-Gerhard Husung*, dem aktuellen Vorsitzenden des Hochschulrates der Universität Leipzig (früheren Generalsekretär der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)) und *Wolff-Dietrich Webler*, Verleger der Zeitschrift *Forschung*, stattgefunden hat. Sie sprechen über **Transformationsaufgaben im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle und die der Wissenschaft dabei zugeordnete Rolle** am Beispiel der sächsischen Lausitz und des Mitteldeutschen Reviers. **Seite 45**

Wolff-Dietrich Webler

Erhältlich im UVW:

Erhard Wiersing

Hartmut von Hentig – Ein Essay zu Leben und Werk

Hartmut von Hentig (Jg. 1925) darf als der bedeutendste und innovativste deutsche Pädagoge des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts gelten. Zudem hat er sich durch sein bildungspolitisches und bürgerschaftliches Engagement einen Namen gemacht und wird als ein universell an Kultur interessierter Literat und sprachmächtiger Redner und Erzähler überaus geschätzt. Beeindruckend ist so die große, ihresgleichen suchende Zahl an Veröffentlichungen. Dieses Lebenswerk würdigt Erhard Wiersing, der Autor dieses Essays, in einem kritischen Durchgang durch die am meisten beachteten Schriften Hentigs.

ISBN 978-3-946017-19-6, Bielefeld 2020, 429 Seiten, 59.90 Euro zzgl. Versand

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

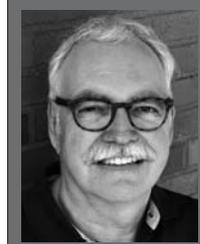
Der Herausgeberkreis der Zeitschrift Forschung ist neu zusammengesetzt

In den UVW-Zeitschriften werden neue Mitglieder im Herausgeberkreis möglichst bald in dieser neuen Eigenschaft auch der Öffentlichkeit vorgestellt. Das geschieht ausführlicher als üblich und es geschieht in einem der jeweiligen Person individuell entsprechenden Stil. Leser*innen und Autor*innen sollen mehr als einen rein fachlichen Eindruck gewinnen, weil das Leben für die Mitglieder des Herausgeberkreises auch noch aus mehr besteht als Wissenschaft. Da die Begutachtungen im Wesentlichen innerhalb dieses Kreises erfolgen, ist die Gewissheit, dass es sich um höchst wissenschaftserfahrene und lebenserfahrene Personen handelt, ein Beitrag zur Vertrauensbildung. Für Nachwuchsautor*innen bilden die sehr vielfältigen, sehr erfolgreichen Lebensläufe aber auch Modelle dafür, wie unterschiedlich – und doch überaus attraktiv – mit etwas Mut der eigene Lebenslauf gestaltet werden kann. Oft wird der Weg aus der Wissenschaft heraus für unumkehrbar gehalten. Zahlreiche, auch hier wieder sichtbare Beispiele zeigen jedoch das Gegenteil.

Anders als heutige Bewerbungsunterlagen, bei denen die inzwischen erreichten Positionen in den Vordergrund gestellt werden, um schnell sichtbar werden zu lassen, ob die Bewerbung für eine vakante Funktion passt, wird hier die Genese der betreffenden Person mit ihren unterschiedlichen, manchmal scheinbar widersprüchlichen Etappen betrachtet.

Zunächst wird **Dr. Andreas Stucke** willkommen heißen: *Kurz gefasst mit seinen Worten:* Er ist ein ostwestfälischer Soziologe, der für die Wissenschaftspolitik und -verwaltung arbeitet. Zunächst die Chronologie: Studium der Sozialwissenschaften bzw. Soziologie an der Universität Gesamthochschule Wuppertal und der Universität Bielefeld (Diplom 1983); wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Fakultäten für Soziologie und für Pädagogik zu Fragen der Organisation von Entwicklungspolitik und Jugendhilfe; ab 1987 Stipendiat und später wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln; 1991 Promotion an der Universität Bielefeld mit einer Arbeit über die Institutionalisierung der Forschungspolitik auf Bundesebene. Nach einer beruflichen Zwischenstation bei der Deutschen Lufthansa (Abteilung Aus- und Weiterbildung) seit 1994 Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates. Dort zunächst Referent für Fragen des Hochschulbaus und der Hochschulentwicklung, nachfolgend u.a. mit Fragen der institutionellen Entwicklung des Forschungssystems befasst. Leitende Funktionen in der Evaluation von Forschungseinrichtungen, seit nunmehr über 10 Jahren Leiter der Abteilung Evaluation und Stellvertreter des Generalsekretärs. Aktuell Mitglied des Universitätsrats der Universität Erfurt.

Kurz „gedeutet“: Andreas Stucke hat durchgängig der Einfluss von „Organisationen“ und „Institutionen“ auf die Entwicklung von Politikfeldern interessiert. Das waren im Studium und kurz danach die Sozial- und Entwicklungspolitik und ist seit jetzt 30 Jahren die Wissen-



Andreas Stucke



Bernhard
Nievergelt



Dagmar Simon

schaftspolitik. Beim Wissenschaftsrat als dem einflussreichsten wissenschaftspolitischen Beratungsgremium in Deutschland besteht die seltene Möglichkeit, institutionelle Weichenstellungen für die Wissenschaft konkret mitzugestalten und gleichzeitig in einem sehr inspirierenden Umfeld grundlegend zu reflektieren. Das hat ihm die Chance eröffnet, neben der praktischen Beratungsarbeit immer wieder zur Organisation und Entwicklung des Wissenschaftssystems, aber auch zum Wissenschaftsrat selbst zu publizieren. Für seinen unmittelbaren Verantwortungsbereich, die Evaluation von Forschungseinrichtungen, ist ihm vor allem wichtig, dass diese sich nicht mit Standardverfahren und der Anwendung von Metriken zufriedengeben, sondern sich in ihren Bedingungen und Wirkungen in größere fachliche und forschungspolitische Zusammenhänge einordnen und entsprechend hinterfragen. Andreas Stucke würde deshalb – für den Wissenschaftsrat als Institution wie für ihn selbst – die Grundhaltung des „Organisierten Skeptizismus“, wie es Robert K. Merton als Norm für moderne Wissenschaft formuliert hat, geradezu als konstitutiv ansehen. Oder um es mit der Krimi-Autorin Dorothy Sayers zu sagen: „Facts are like cows. If you look them in the face long enough, they generally run away“. Der Wissenschaftsrat führt durch seine Mitglieder und Mitarbeiter*innen Erfahrungswissen aus unterschiedlichen Bereichen wie Wissenschaft, Politik, Administration, Wirtschaft, Gewerkschaften, Medien usw. zusammen. Er ist der Überzeugung, dass man ein modernes Wissenschaftssystem erfolgreich nur mit einer Vielfalt von Perspektiven und Dialog und nicht durch top down Steuerung entwickeln kann. Das ist auch der Grund, warum ihn die Perspektive reizt, dem Herausgeberkreis dieser Zeitschrift Forschung mit ihrem Konzept beizutreten.

Und der private Mensch, jenseits der Berufsrollen? Ist auch und ganz entscheidend geprägt durch fruchtbare und wohltuende „Differenzenerfahrungen“: als Ostwestfale in Köln, wo leben und leben lassen tatsächlich ein Programm ist, als Soziologe, der mit einem Chemiker verheiratet ist und so alltäglich die Begrenztheit seiner eigenen Weltansicht erfährt oder als analytisch denkender und schreibender Berufsmensch, der gern Lyrik liest. Und ja: Ferien, Entspannung nur an der See, nie in den Bergen. Und im Alltag am allerliebsten als Fußgänger unterwegs.

Bernhard Nievergelt lic. phil. I, MPA, ist seit 2014 Geschäftsführer des Center for Higher Education and Science Studies (CHESS) der Universität Zürich, seit 2016 auch Studiengangleiter des CAS „Leadership und Governance an Hochschulen“ und hat die UZH-interne Führungsausbildung mit aufgebaut. In der institutionellen Selbstbeschreibung heißt es:¹ „Das CHESS will die Selbstreflexion der Hochschulen und der Wissenschaften stärken und die Herausforderungen thematisieren, welche durch die veränderten gesellschaftlichen Erwartungen von den zunehmend autonomen Hochschulen bewältigt werden müssen.“ Nievergelt sieht sich im Rückblick auf einem Weg von der Technik- über die Wissenschafts- bis hin zur Hochschulforschung, weder allein in die Wissenschaft noch die Politik oder die Verwaltung gehörig, hin und her wechselnd in unterschiedlichen Funktionen, gesamtschweizerisch/international und an verschiedenen Hochschulen angesiedelt.

Er bezeichnet als seine Arbeitsschwerpunkte in Forschung, Beratung, Weiterbildung vier Felder: a) Wissenschaftspolitik (Bildung, Forschung und Innovation); b) Wissenschafts- und Technikforschung; c) Governance der Hochschulen und d) Professionalisierung des Hochschulmanagements als Projektverantwortlicher, Organisator, Dozent, Supervisor, Begleiter.

Geboren ist er 1963 in Wädenswil/Oberhelfenschwil (Schweiz). Sein Lebenslauf ist in seinen Stationen (Pause nach der Matura, Orientierung, Selbsterkundung, Kurs aufnehmen) für viele Kolleg*innen nicht untypisch: Nach der Matura legt er 1982/1983 ein Zwischenjahr ein mit Sozialeinsätzen bei Bauern und fünf Monaten Aufenthalt im Bergdorf Ces im Tessin (Landwirtschaft, Bauarbeiten, Teilnahme an Selbstverwaltung). Dann folgt ein Studium der Soziologie, Volkswirtschaft, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich, fortgesetzt in Berlin und Paris. In dessen Zusammenhang wertet er unter dem Titel „Möglichkeiten bewusster Einflussnahme emanzipatorischer Kräfte auf den sozialen Wandel“ in einer Forschungsarbeit seine Erfahrungen mit dem Bergdorf Ces aus, engagiert sich dort aber auch weiter in leitenden Funktionen einer Stiftung. Anschließend entsteht eine 1996 publizierte Arbeit „Technikkritik in der Moderne – empirische Technikereignisse als Herausforderung an die Sozialwissenschaft“.

Nach Abschluss des Studiums in Zürich geht er als DFG-Stipendiat an das Graduiertenkolleg „Gesellschaftsvergleich in historischer, soziologischer und ethnologischer Perspektive“ der Freien Universität Berlin. Ein Forschungsaufenthalt an der École Nationale Supérieure des Mines de Paris – Centre de Sociologie de l'Innovation schließt sich an. Danach beginnt er ein umfangreiches Projekt zur Kritik an Wissenschaft und Technik in der deutschen und französischen Wissenschafts- und Technologiepolitik seit 1970 bei Prof. Werner Rammert (TU Berlin) und Prof. Bruno Latour (École des Mines de Paris).

In der Folgezeit sammelt er Erfahrungen in zahlreichen Projekten in breit gefächerten Themenfeldern von „Berufsverlauf und Berufsidentität im soziotechnischen Wandel“ über „Der neue zivile Ungehorsam“ und „Femmes et nouvelles technologies dans l'industrie“ bis zu „Gen- und Fortpflanzungstechnologien“. Ab 2000 übernimmt er verschiedene wissenschaftspolitische Tätigkeiten, auch als

Dozent für Forschungs- und Wissenschaftspolitik an der EPFL Lausanne (Observatoire Science, Politique, Société). Dann wechselt er als Wissenschaftlicher Berater zum Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat (SWTR), übernimmt ab 2004 bis 2009 die Leitung des dortigen Sekretariates und ist zuständig für die dem SWTR angeschlossenen Zentren für Wissenschafts- und Technologiestudien CEST und Technikfolgenabschätzung TA-SWISS. In den Folgejahren absolviert er den Nachdiplomstudiengang „Executive Master of Public Administration“ am Kompetenzzentrum für Public Management KPM der Uni Bern, ab 2011 gefolgt von dreijähriger Arbeit am Projekt „Universitäres Wissenschaftsmanagement: Die Mikroebene der ‚Neuen Governance der Wissenschaft‘“ (bei Prof. Sabine Maasen an der Universität Basel). Diese beruflichen Stationen interpretiert er selbst als: – Sozialisierung in den eher technikkritischen Sozialen Bewegungen der 1980er Jahre (Große Ausstellung und Veranstaltungsreihe „Gesellschaftlicher Umgang mit Gen- und Fortpflanzungstechnologien“ und Buch „Technikkritik in der Moderne“ als Verarbeitung mit Christoph Müller); – Erweiterung der techniksoziologischen Perspektive um die Wissenschaftsforschung (Buch Wissenschafts- und Technikforschung in der Schweiz – mit Bettina Heintz); – Spezialisierung auf Wissenschafts- und Technologiepolitik mit langem Aufenthalt an der FU Berlin (Werner Rammert) und der Ecole des Mines (Bruno Latour) und dann vom Pult weg abgeworben. Lange Jahre wissenschaftspolitische Tätigkeit als Leiter des Sekretariates des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Dadurch eigentlich schon von der Wissenschaft verabschiedet; – In dieser Zeit Erarbeitung des neuen Hochschulgesetzes in der Schweiz und dadurch immer stärkere Beschäftigung mit institutionellen Fragen der Forschung und der Hochschulen; – Wende dann: Missverständnis der Wissenschaftler*innen mit der Autonomie, wie er das in der politischen Arbeit miterlebt. Sie dachten, wenn die Hochschulen mehr Autonomie haben, steigert sich auch die Autonomie ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit. Nicht aber, dass durch die Verlagerung der Managementfunktionen nur die institutionelle Autonomie gesteigert wird mit dem Effekt, dass die Spielräume für die Forschung sogar kleiner werden (engere strukturelle Kopplung); – dadurch wieder verstärktes Interesse an wissenschaftlicher Arbeit zu Wandel von klassischer Hochschulgovernance in Richtung New Public Management. (mit Sabine Maasen); – Entwicklung eines Konzepts zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung an der Universität Zürich; – daraus entsteht das CHESS (www.chess.uzh.ch), welches sich nun in vielfältiger Weise und mit einem erfolgreichen Weiterbildungsstudiengang Leadership und Governance an Hochschulen über die letzten sieben Jahre etabliert hat (www.caslg.uzh.ch).

Und er hat noch eine andere Seite, die er selbst so beschreibt: Als Vater von drei Kindern und Partner einer Professorin für Architektursoziologie immer auch stark und zeitweise voll für die Kinder zuständig. Dies außerordentlich gerne! Der Verlag freut sich, auch diesen immer neugierigen, kooperativen, erfahrenen Kollegen zum Engagement in dieser Zeitschrift gewonnen zu haben.

¹ <https://www.chess.uzh.ch/de.html>

Einen deutlich anders akzentuierten Weg hat **Dr. Dagmar Simon** gewählt: Sie beginnt ihr Studium – noch beeinflusst von den Themen und dem Verlauf der Studentenbewegung – 1972 mit den Fächern Politische Wissenschaften und Germanistik an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Ab 1973 geht sie an die Freie Universität (FU) nach Berlin, um ihr Studium am dortigen Fachbereich Politische Wissenschaften fortzusetzen. 1978 folgt das 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Der scheinbar gewählte Weg in den Schuldienst wird aber nicht fortgesetzt, sondern sie wechselt ab 1979 (-1981) in den Suhrkamp Verlag – wieder zurück nach Frankfurt a.M. Dort arbeitet sie in der Presse- und Informationsabteilung. Das scheint zunächst ihr weiterer Weg zu sein. Verlags- und journalistische Arbeit gefallen ihr so, dass sie ab 1983 (-1986) als Redakteurin in die wissenschaftliche Fachzeitschrift *ITALIENISCH* in Frankfurt am Main eintritt. Aber wissenschaftliche Arbeit reizt sie nach wie vor. Es folgt ein langjähriges Promotionsprojekt, das einen tieferen Einstieg in die Politikwissenschaft erkennen lässt. Die Dissertation trägt den Titel: „Internationale Abhängigkeit und nationale Entwicklung seit der Entkolonisierung: am Beispiel Zaire“ (Gutachter: Prof. Franz Ansprenger, Prof. Ulrich Albrecht). Sie wird 1986 mit der Promotion abgeschlossen. Daneben wird Dagmar Simon ab 1985 freie Mitarbeiterin in der Redaktion *ASPEKTE* des ZDF. 1987-1989 arbeitet sie dann als Assistentin der Verlagsleitung und Lektorin für Sozialwissenschaften im Athenäum Verlag, Frankfurt a.M.

Viele unterschiedliche Stationen in einem Lebenslauf können ein Zeichen für Orientierungsprobleme sein, sind bei Dagmar Simon aber eher ein Indiz für vielfältige Interessen, auch jenseits der Wissenschaft, die gelebt werden wollen. Bei ihr wird offensichtlich, dass drei Felder sie besonders interessieren: a) Textarbeit in Verlagen und Zeitschriften, b) Wissenschaftsmanagement und c) wissenschaftliche Arbeit, die sie wieder näher an Forschung heranrücken lässt. Daher geht sie 1989 als Lektorin und wissenschaftliche Referentin an das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und übernimmt dort 1993-2007 die Co-Leitung des Referats Forschungsplanung und -koordination des WZB. Parallel dazu gründet und leitet sie ab 1999-2002 (zusammen mit Maria Oppen) die interdisziplinäre WZB-Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation“, 2004-2007 gefolgt von der Leitung der Projektgruppe „Wissenschaftspolitik“ am WZB (zusammen mit Andreas Knie).

Ohne dass ihre Verbindungen zum WZB abreißen, übernimmt sie 2006-2007 die wissenschaftliche Koordination im Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung. Dazu passt ihr Eintritt 2006 (-2008) in den Beirat der Zeitschrift „Leviathan“, insbesondere zuständig für die Forschungsschwerpunkte Wissenschaftsforschung, Evaluationsforschung, Genderforschung. Sie übernimmt 2008 (-2016) die Leitung der Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“ am WZB, die Grundlagenwissen für die neueren Entwicklungsprozesse im Wissenschaftssystem erarbeitet, aber zugleich den Anspruch verfolgt zu Problemlösungen aktiv beizutragen. Im gleichen Jahr tritt sie als Mitglied in den wissen-

schaftlichen Beirat der „WSI-Mitteilungen“ ein. Längst ist Dagmar Simon ein gerne gewonnenes Mitglied in zahlreichen Beratungszusammenhängen. So insbesondere ab 2008: Sie wird für zehn Jahre Mitglied der interdisziplinären Arbeitsgruppe „Exzellenzinitiative“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2009 Mitglied der Arbeitsgruppe „Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2009 auch Mitherausgeberin der Zeitschrift „Leviathan“. Ihre Kompetenz wird inzwischen in immer mehr Beratungsgremien geschätzt, so 2013-2014 als Nationale Expertin in der Arbeitsgruppe „Research Institutions and Human Resources“ der OECD. 2013-2015 übernimmt Dagmar Simon die Geschäftsführung der TU-Campus EUREF gGmbH. 2015-2020 ist sie Mitglied des Managementkomitees der COST-Aktion „European Network for Research Evaluation in the Social Sciences and the Humanities“. 2016 (-2018) tritt sie dann in den Wissenschaftlichen Beirat des Exzellenzclusters „Bild, Wissen, Gestaltung“ ein (Humboldt-Universität zu Berlin). Auch hauptberuflich gibt es Veränderungen: Seit 2016 macht sie sich selbstständig und wird Geschäftsführerin von EVACONSULT – Evaluierung, Forschung, Beratung, verbunden mit dem Status als Gastwissenschaftlerin am WZB. Nun rückt sie näher an die strategische Praxis der Hochschulen heran: 2017 wird sie Vorsitzende des Hochschulrats der Universität Paderborn und 2018 Mitglied des Kuratoriums der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Berlin. Im Jahr darauf tritt sie als Mitglied in das Kuratorium der Technologiestiftung Berlin ein. Dagmar Simon ist in ihrer Arbeit ständig Zukunftsfragen zugewandt. Nachdem sie schon 2015-2019 Vorstandsmitglied im Verein „Mobility2Grid“ geworden war, hat sie anschließend den Vorsitz im Beirat des Vereins „Mobility2Grid“ übernommen. Wem dessen Programm nicht geläufig ist: „Unter der Federführung der TU Berlin sind insgesamt 36 Einrichtungen aus Wissenschaft und Wirtschaft im Verein Mobility2Grid e.V. eine breit angelegte öffentlich-private Partnerschaft eingegangen.“ „Der Forschungscampus Mobility2Grid (M2G) – angesiedelt auf dem EUREF-Areal in Berlin-Schöneberg – erforscht und realisiert innovative Lösungen, um die Versorgung mit Strom, Wärme und Verkehr langfristig bezahlbar, sicher und vollständig auf Basis der Erneuerbaren Energien zu gewährleisten und dient als Erprobungs- und Referenzquartier für die Implementierung der Innovationen zu einer nachhaltigen Mobilitäts- und Stadtentwicklung.“² Sie will als Wissenschaftlerin eben nicht nur erkennen, sondern auch gestalten.

Mit einem derartig breiten und vielfältigen Erfahrungshintergrund sind die hier vorgestellten Kolleg*innen nun seit 2021 Mitherausgeber*innen der Zeitschrift „Forschung“ geworden. Die Zeitschrift wird sicherlich von so viel Initiative und Expertise profitieren. Die übrigen Mitglieder des Herausgeberkreises und der Verlag freuen sich auf die künftige Zusammenarbeit.

*Verlag und Herausgeberkreis
der Zeitschrift „Forschung“*

² <https://euref.de/entry/forschungscampus-mobility2grid/#tab-id-2>

Barbara Hendriks & Almuth Lietz

Erkenntnisgewinn durch Praxis: Empirische Einblicke in die neuen Wege der Doktorand*innenausbildung



Barbara Hendriks



Almuth Lietz

Practice based doctorates play a crucial role in the third mission of universities, because they support the transfer of scientific knowledge to society. For a long time rather neglected in science policy discourse, now non-application-oriented scientific disciplines such as the humanities and their transfer potential are increasingly coming into view. In order to improve access to practice for humanities, cultural studies and social sciences, the Volkswagen Foundation is providing one-off funding for practice oriented doctoral programs at eight German universities and, at the same time, an accompanying research project to study the effects of this funding measure. This article provides insights into key findings of the accompanying research project and discusses possible implications with regard to the development of new career paths for doctoral graduates.

1. Neue Karrierewege in den Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften

Forschung und Lehre gehören zu den Kernaufgaben der Universität. Im Zuge einer „Third Mission“ zählen neuerdings auch Transferaufgaben zu ihren zentralen Aufgaben. Vor diesem Hintergrund lässt sich die einst von Soetbeer und Krull (2016) in „Forschung & Lehre“ sowie von Soetbeer (2018) in „Forschung, Politik - Strategie - Management“ skizzierte Frage einordnen: *Wie steht es eigentlich um die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Wirtschaft und Gesellschaft?* Der vorliegende Beitrag greift diese Frage erneut auf und beantwortet sie empirisch fundiert in Bezug auf die Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften (GKG). In den GKG stellt sich, so Soetbeer und Krull (2016), die Frage nach dem Verbleib des wissenschaftlichen Nachwuchses in Wirtschaft und Gesellschaft auf besondere Weise, da hier – mit Ausnahme des Lehramts – kaum direkt zugängliche Berufsfelder existieren. Damit besteht für Akademiker*innen in den GKG nur eine geringfügige Durchlässigkeit zu nicht akademischen Arbeitssektoren.

Zur Verbesserung des Zugangs für die Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaftler*innen in außerwissenschaftliche Bereiche fördert die VolkswagenStiftung im Rahmen einer Einmalförderung praxisorientierte Forschungskollegs an acht deutschen Universitäten. Mit ihrer Förderinitiative „Wissenschaft und berufliche Praxis in der Graduiertenausbildung“ adressiert die VolkswagenStiftung eine bottom-up-gerichtete Anwendungsorientierung in der geistes-, kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung (WR 2020) mit dem Ziel Forschung und Praxis im Kontext der Promotion miteinander zu verzahnen und damit neue Karrierewege für Promovierende zu schaffen.

Zur Untersuchung der Effekte dieser förderpolitisch initiierten Verbindung von Forschung und Praxis fördert die

VolkswagenStiftung zeitgleich eine Begleitstudie am Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), die systematisch die Perspektiven und Erfahrungen der Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs analysiert. Im Folgenden werden ausgewählte Befunde aus der Begleitstudie (siehe für eine vertiefte Diskussion Hendriks/Lietz 2020) vorgestellt und anschließend mögliche Effekte im Hinblick auf die Schaffung neuer Karrierewege diskutiert.

2. Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaftler*innen im Vergleich

Im Rahmen der Begleitstudie wurden im Jahr 2019 mittels einer Onlinebefragung 44 Promovierende der acht praxisorientierten Forschungskollegs befragt. Die Erhebung wurde im Kontext des Promovierendenpanels „Nacaps“ durchgeführt. Dadurch konnten die Perspektiven der Promovierenden aus den praxisorientierten Forschungskollegs systematisch mit den sonstigen Promovierenden in den GKG verglichen werden. Es wurden zwei Vergleichsgruppen gebildet, sodass folgende Vergleiche möglich sind:

- Promovierende in den praxisorientierten Forschungskollegs im Vergleich zu Promovierenden in strukturierten Promotionsprogrammen (*strukturierte GW*).
- Promovierende in den praxisorientierten Forschungskollegs im Vergleich zu Promovierenden in nicht strukturierten Promotionsprogrammen (*unstrukturierte GW*).

Eine detaillierte Methoden- und Samplebeschreibung ist dem DZHW-Bericht „Zum Profil praxisorientiert Promovierender in den Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften“ zu entnehmen (Hendriks/Lietz 2020).

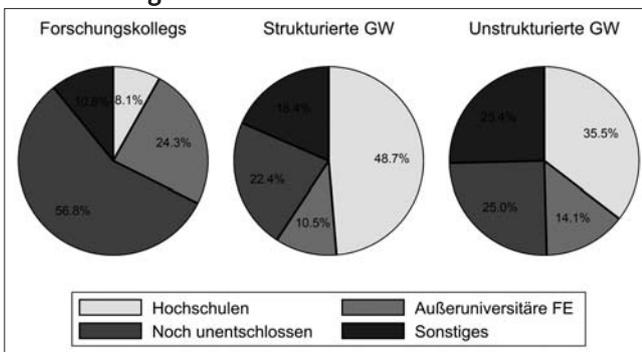
3. Häufigkeit und Ursprung von Kooperationsbeziehungen

In den praxisorientierten Forschungskollegs kooperieren fast alle Promovierende (98%) mit mindestens einer Organisation aus der Praxis. Im Vergleich dazu promovieren in den *strukturierten GW* lediglich 22% und in den *unstrukturierten GW* nur 10% der befragten Promovierenden kooperativ. Eine differenziertere Betrachtung nach Sektoren zeigt ferner, dass insbesondere der öffentlich finanzierte Sektor sowie die außeruniversitären Forschungsinstitute für Kooperationen für Promovierende in den praxisorientierten Forschungskollegs von Relevanz sind. Zum öffentlich finanzierten Sektor gehören den Angaben der Befragten zufolge Museen, Medien (bspw. Radio und Fernsehen, Printmedien) und NGOs. Unternehmen aus der Wirtschaft spielen für Kooperationen in den GKG hingegen eine untergeordnete Rolle. Auf Ebene der Promovierenden werden unter dem Begriff „Praxis“ nicht nur Arbeitsbereiche außerhalb der Wissenschaft verstanden, auch außeruniversitäre Forschungsinstitute und öffentliche (Forschungs-)Einrichtungen stellen hier ein wichtiges Arbeitsfeld für die Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs dar.

Diese Kooperationen mit der Praxis entstehen häufig schon vor der eigentlichen Promotionsphase: Mehr als die Hälfte der Befragten (62%) gibt an, bereits vor Beginn der Promotion Kontakt zum Kooperationspartner bzw. der jeweiligen Organisation aufgebaut zu haben. Dies kann darauf hinweisen, dass Kontakte zur Praxis bereits vorab, in der Regel schon während des Studiums, aufgebaut und sodann durch die Promotion gefestigt werden.

4. Karrierepräferenzen der Promovierenden: Professur oder Ausstieg aus der Wissenschaft?

Abb. 1: „In welchem Sektor beabsichtigen Sie zukünftig tätig zu sein?“

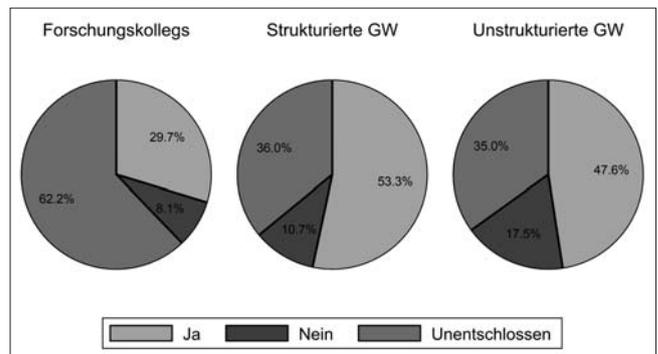


Quelle: Eigene Berechnungen DZHW, Oktober 2019, $N_{FK}=37$, $N_{StGW}=76$, $N_{UnStGW}=248$, a: Signifikanter Unterschied: Forschungskollegs vs. strukturierte GW.

In welchen Sektoren planen Promovierende der GKG zukünftig zu arbeiten? Der Großteil der befragten Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs ist hinsichtlich des beabsichtigten Sektors noch un-

entschlossen (57%). Nur ein kleiner Anteil (8%) beabsichtigt an einer Hochschule tätig zu sein und immerhin sehen sich 24% der praxisorientiert Promovierenden im Bereich der außeruniversitären FuE-Einrichtungen. Die praxisorientiert Promovierenden unterscheiden sich auffällig von den Vergleichsgruppen: Die Gruppe der *strukturierten GW* weist eine deutliche Tendenz in Richtung Hochschule auf. Fast die Hälfte der strukturiert Promovierenden beabsichtigt im Hochschulsektor zu arbeiten. Die Gruppe der *unstrukturierten GW* weist ein insgesamt heterogeneres Bild auf. Hier zeigt sich zwar eine leichte Tendenz hinsichtlich des Hochschulsektors (36%), aber auch die anderen Sektoren scheinen attraktive Arbeitsfelder darzustellen.

Abb. 2: „Möchten Sie nach der Promotion im Wissenschaftsbereich bleiben?“



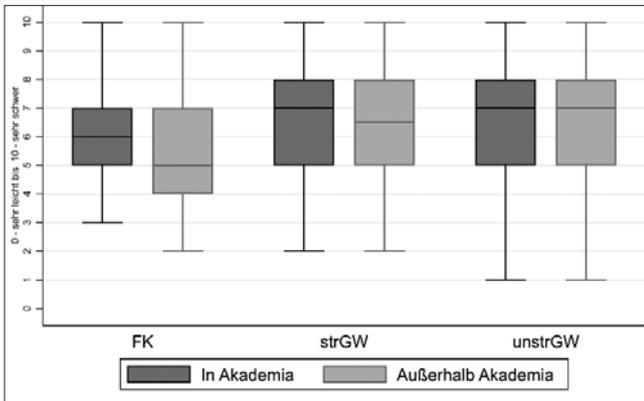
Quelle: Eigene Berechnungen DZHW, Oktober 2019, $N_{FK}=37$, $N_{StGW}=75$, $N_{UnStGW}=246$, a: Signifikanter Unterschied: Forschungskollegs vs. strukturierte GW, b: Signifikanter Unterschied: Forschungskollegs vs. unstrukturierte GW.

Die Unsicherheit im Hinblick auf den Arbeitssektor spiegelt sich auch in der Frage wider, ob die Promovierenden beabsichtigen in der Wissenschaft zu verbleiben: 62% der Befragten in den praxisorientierten Forschungskollegs ist hinsichtlich des Verbleibs in der Wissenschaft noch unentschl. Lediglich 30% der befragten praxisorientiert Promovierenden plant einen Verbleib in der Wissenschaft. Im Vergleich dazu plant in der Gruppe der *strukturierten GW* immerhin die Hälfte der Promovierenden (53%) nach Abschluss der Promotion in der Wissenschaft zu verbleiben. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Gruppe der *unstrukturierten GW*: hier planen 48% in der Wissenschaft verbleiben zu wollen. Allerdings weist diese Gruppe einen höheren Anteil an Personen auf, die nach Abschluss der Promotion nicht im Wissenschaftsbereich bleiben wollen (18%).

Promovierende, die angegeben haben in der Wissenschaft bleiben zu wollen, wurden auch gefragt, ob sie eine Professur anstreben, unter der Annahme, dass dies das „klassische Karriereziel“ innerhalb der Wissenschaft darstellt. Es zeigt sich, dass nur bei etwa einem Viertel der Befragten in der Gruppe der *praxisorientierten GW* die Professur das präferierte Karriereziel darstellt. Damit streben im Vergleich zu den *strukturierten GW* (51%) die Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs deutlich seltener das Karriereziel Professur an.

5. Wahrnehmung von Berufschancen

Abb. 3: „Wie leicht ist es für Promotionsabsolvent*innen in Ihrem Fach, nach dem Abschluss folgende Stellen zu finden?“



Quelle: Eigene Berechnungen DZHW, Oktober 2019, N_{FK}=33, N_{strGW}=77, N_{unstrGW}=248, Darstellung ohne Ausreißer, keine signifikanten Unterschiede.

Inwiefern wirkt sich eine praxisorientierte Promotion auf die Wahrnehmung von Berufschancen der Promovierenden aus? Wie gut fühlen sich die Befragten auf den wissenschaftlichen sowie nicht wissenschaftlichen Arbeitsmarkt vorbereitet? Hinsichtlich der Einschätzungen von etwaigen Berufschancen nach Abschluss der Promotion zeigt sich, dass es Promovierende in den praxisorientierten Forschungskollegs häufiger leichter einschätzen außerhalb der Wissenschaft (Median=5) eine Stelle zu finden als innerhalb. Zudem schätzen sie ihre Berufschancen etwas besser ein als die Promovierenden der *strukturierten GW* und *unstrukturierten GW*, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wissenschaft. Ferner zeigen unsere Befunde, dass sich die Befragten sowohl für eine Tätigkeit innerhalb als auch außerhalb der Wissenschaft gut vorbereitet fühlen.

6. Promovieren mit Praxisbezug: Eine Frage des Geschlechts?

Mit einem 78-prozentigen Frauenanteil in den praxisorientierten Forschungskollegs stellt sich die Frage nach der Geschlechterrolle und -verteilung auf eine besondere Weise: Warum zieht es gerade weibliche Personen in die praxisorientierte Promotion? Inwiefern spielen hier die Fächerkultur oder die Promotionsstrukturen eine Rolle? Die Gründe dafür sind insgesamt sicherlich vielfältiger Natur, wobei sich auf Basis bestehender Daten der Einfluss des Fachs und der Promotionsstruktur überprüfen lassen. Der erhöhte Anteil an Frauen in der Promotionsphase kann teilweise über den bereits hohen Frauenanteil im Studium erklärt werden: Im Wintersemester 2019/20 waren in den hier betrachteten Fächern der GKG insgesamt 69% der Studierenden weiblich, wobei in den Fächern *Literaturwissenschaft*, *Germanistik* sowie *Kunstgeschichte* dieser Anteil sogar bei 78% lag (Destatis 2020). Mit Blick auf die Promotionsstrukturen zeigt sich ein weiterer interessanter Befund: Während sich in den *unstrukturierten GW*, welche idealtypisch die Individualpromovierenden in den GKG repräsentieren, ein Frau-

enanteil von 58% zeigt, findet sich in den *strukturierten GW*, die idealtypisch Promovierende in Promotionsprogrammen darstellen, ein höherer Frauenanteil von 65%. Damit liegt zumindest die Vermutung nahe, dass die Struktur der Promotion (strukturiert vs. unstrukturiert) in einem Zusammenhang mit dem Geschlecht steht. Auch wenn sich ein höherer Frauenanteil zu Teilen über das Fach sowie über die Promotionsstrukturen erklären lassen, bleibt bisweilen dennoch ungeklärt, warum Frauen in den praxisorientierten Promotionsprogrammen so auffallend überrepräsentiert sind.

7. Diskussion: Implikationen für Wissenschaft und Praxis

Als zentrale Befunde kann abgeleitet werden, dass die Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs

- (1) mit Personen außerhalb der Wissenschaft kooperieren,
- (2) die Praxiskooperationen seltener mit Einrichtungen aus der Wirtschaft, sondern primär mit Einrichtungen aus dem Bereich der öffentlich finanzierten Forschung und Entwicklung durchführen,
- (3) hinsichtlich ihres zukünftigen Beschäftigungsfeldes noch weitgehend unentschlossen sind,
- (4) das Karriereziel Professur nur selten anstreben,
- (5) zuversichtlich hinsichtlich ihrer Berufschancen in Wissenschaft und Wirtschaft sind und
- (6) einen sehr hohen Frauenanteil aufweisen.

Die praxisorientiert Promovierenden unterscheiden sich somit von anderen Promovierenden in den GKG insofern, dass sie

- (1) ihre Promotion wesentlich häufiger in Kooperation mit einer oder mehreren externen Organisationen durchführen,
- (2) sie grundsätzlich seltener planen in der Wissenschaft verbleiben zu wollen,
- (3) sie ihre Berufschancen innerhalb sowie außerhalb der Wissenschaft besser einschätzen,
- (4) sie eher weiblich sind.

Was kann mittels der skizzierten Befunde über mögliche Effekte einer praxisorientierten Promotion in den GKG ausgesagt werden? Was vermag eine wissenschaftspolitisch initiierte Förderung mit Blick auf das formulierte Ziel der Schaffung einer „Vielfalt möglicher Karrierewege“ (Soetbeer 2018) außerhalb der Wissenschaft zu leisten? Unter Bezugnahme der vorliegenden empirischen Befunde lassen sich de facto noch keine Aussagen über die Schaffung möglicher neuer Karrierewege treffen, dafür bedarf es einer längerfristigen Betrachtung. Es zeigt sich jedoch zumindest jetzt schon, dass die Einmalförderung mit ihrer forcierten Forschung-Praxis-Verbindung mindestens *neue Karrierehorizonte* für die Promovierenden in den GKG schafft. Die Hochschule als zukünftiger Arbeitssektor, aber auch das Karriereziel Professur spielen bei den praxisorientierten Promovierenden eine eher untergeordnete Rolle. Dies kann u.a. daran liegen, dass den Promovierenden durch die erfahrene Nähe zur außerwissenschaftlichen Praxis alternative Berufsfelder

und -möglichkeiten dargelegt werden. Gleichsam fühlen sich die Promovierenden durch die praxisorientierte Promotion in der Wahrnehmung ihrer Berufschancen in beiden Bereichen gestärkt: in der Wissenschaft und außeruniversitären Praxis. Die Durchlässigkeit in die Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft scheint sich mit dieser neuen Promotionsform verbessert zu haben. Dieses insgesamt positive Bild muss jedoch von dem Befund flankiert werden, dass die Wirtschaft per se kein primäres Arbeitsfeld für die Promovierenden in den praxisorientierten Forschungskollegs darstellt. Die Öffnung hinsichtlich außeruniversitärer Berufsfelder beschränkt sich primär auf den öffentlich finanzierten Sektor, womit zwar gesellschaftliche Berufsfelder in den Blick geraten, weniger jedoch die an die Finanzmarktlogik gekoppelte Wirtschaft.

Literaturverzeichnis

- Himpl, F. (2017): Forschung, Lehre – und was noch? Unter dem Etikett 'Third Mission' erschließen sich deutsche Hochschulen neue Aufgabengebiete. In: duz Deutsche Universitätszeitung, 5, S. 28-33.
- Hendriks, B./Lietz, A. (2020): Zum Profil praxisorientiert Promovierender in den Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Projektbericht. Berlin.

- Krull, W./Soetbeer, C. (2016): Erkenntnisgewinn durch Praxis – Neue Wege in der Doktorandenausbildung. In: Forschung und Lehre, 10, S. 888-889.
- Soetbeer, C. (2018): Erkenntnisgewinn durch Praxis: Neue Wege in der Doktorand/innenausbildung. In: Forschung, Politik - Strategie - Management, 11 (2+3), S. 75-78.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2020): Daten zu Statistik der Studenten, Tabelle Studierende: Deutschland, Semester, Nationalität, Geschlecht, Studienfach.
- Wissenschaftsrat (2020): Anwendungsorientierung in der Wissenschaft – offen und souverän! Positionspapier (Drs. 8289-20). Berlin.

- **Barbara Hendriks**, Dr. phil., Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZWH), Abteilung Forschungssystem und Wissenschaftsdynamik, Berlin, E-Mail: hendriks@dzhw.eu
- **Almuth Lietz**, M. Sc., Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin, E-Mail: lietz@dezim-institut.de

Jetzt erhältlich:

Pascale Stephanie Petri

Neue Erkenntnisse zu Studienerfolg und Studienabbruch

Einblicke in die Studieneingangsphase

Die Studieneingangsphase gilt als besonders kritisch: Der Peak der Studienabbruchzahlen findet sich in den ersten beiden Hochschulesemestern. Schon seit langem werden zu hohe Abbruchquoten beklagt.

Die sozial- und erziehungswissenschaftliche sowie psychologische Forschung kann mit einer soliden Bandbreite an Theorien und empirischen Befunden zu Prädiktoren von Studienerfolg und -abbruch aufwarten, doch stehen diese meist disparat nebeneinander.

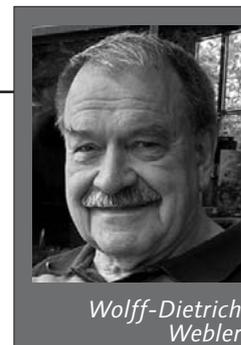
Die vorliegende Arbeit hat sich daher über den bloßen Vergleich der verschiedenen Perspektiven hinaus deren Integration zu einem Prozessmodell des Studieneinstiegs zum Ziel gemacht, welches detaillierte Einblicke auf Mikroebene bietet. Wie das empirisch bewährte EOS-Modell die präventive Förderdiagnostik an Hochschulen inspirieren kann und welche praktischen Implikationen es für die Betreuung Studierender bietet, wird nicht nur diskutiert, sondern anhand einer Pilotstudie plastisch veranschaulicht.

ISBN 978-3-946017-23-3, Bielefeld 2021, 270 Seiten, 43.90 Euro

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22



Wolff-Dietrich Webler



Forschungskollegs/Institutes for Advanced Study in Deutschland und als besonderes Beispiel THE NEW INSTITUTE

Dieser Artikel besteht aus zwei Teilen:

Teil I greift die im April 2021 abgeschlossene Untersuchung durch den Wissenschaftsrat in einem Bericht auf.

Teil II wendet sich der Gründung und Programmatik des besonderen THE NEW INSTITUTE (TNI) in Hamburg zu.

During the last 80 years, there were founded more than 20 Institutes for Advanced Study in Germany, similar to the Institute for Advanced Study at Princeton/New Jersey, but with a broad range of variations in aims, procedures and personel. They are centers for theoretical research and intellectual inquiry, dedicated to independent study across the sciences and humanities. Common to them is the generous offer of time for reflection, dialogue and fruitful irritating meetings to its members. This colourful scene of institutes – half of them based at universities, half independent of them, can be seen as a huge laboratory for various forms of organizing framing conditions for research. Now, it was evaluated by the German Wissenschaftsrat (Council for Science and Humanities), who is supporting the German Federal Government and the Governments of the Federal States, among 2018 and 2021. The article presented here is reporting the main facts around this procedure and shows some results and perspectives for the future.

The second part of this article is dedicated to the founding of THE NEW INSTITUTE (TNI) in Hamburg, supported by a foundation, allowing a higher degree of independence. The IAS differs from others in as much as the TNI not only offers new knowledge, but will support and prepare for transfer into practice that lead to larger transformational processes with aims at societal change. The TNI is working on the major global problems as well as regional issues such as 'the city of the future'.

I. Untersuchung durch den Wissenschaftsrat – ein Bericht

Der vorliegende Bericht ergänzt in einer gewissen Arbeitsteiligkeit den Artikel von Thorsten Wilhelmy. Während hier neben inhaltlichen Aspekten und Ergebnissen und einer Deutschland-Karte des Wissenschaftsrats (WR) zur geografischen Verteilung der Institutes for Advanced Studies (IAS) näher auf das prozessuale Zustandekommen (quasi die personalen und organisatorischen Voraussetzungen) der Empfehlungen des WR eingegangen wird, bettet Wilhelmy seinen Beitrag stärker in das System der IAS insgesamt und die dort erkennbaren Strategien der Forschungsförderung als Standortförderung einerseits und die Möglichkeiten der individuellen Befreiung von Alltagsverantwortlichkeiten und -pflichten andererseits ein.

Anlass

Das Wissenschaftssystem in Deutschland besteht aus den Universitäten, den außeruniversitären Forschungsinstituten, den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, den weiteren Forschungsinstituten in unterschiedlicher Rechtsform (z.B. das Forschungszentrum Jülich (seit 1956) und ebenso seit 1956 das Kernforschungszentrum Karlsruhe (ursprünglich als Reaktorbau- und Betriebsgesellschaft mbH gegründet, heute KIT))

bzw. in unterschiedlich enger Anbindung an Ministerien als Ressortforschung, den Forschungsabteilungen von Wirtschaftsunternehmen (wie in der Corona-Krise leicht zu erkennen war) und einer Reihe weiterer wissenschaftlicher Institute im Anschluss an verschiedene Organisationen, z.B. der AOK. Dass es außerdem eine wachsende Zahl durchaus für das System relevanter weiterer Forschungsinstitute gibt, fällt oft erst auf den zweiten Blick auf – besonders den nicht dem Wissenschaftssystem angehörenden Betrachter*innen.

Insgesamt gibt es über 1.000 öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen¹ (am bekanntesten diejenigen der vier großen Gesellschaften Max-Planck, Helmholtz, Leibniz und Fraunhofer). Lange Zeit waren das Mathematische Forschungsinstitut in Oberwolfach im Schwarzwald (gegründet 1944) und das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld (gegründet 1968) – beide ganz unterschiedliche Ziele verfolgend – die einzigen Institute in Deutschland, die im weiteren Sinne dem Muster des Institute for Advanced Studies in Princeton (USA) zugerechnet werden konnten. Mit diesen sehr spezifischen Einzelercheinun-

¹ BMBF: <https://www.research-in-germany.org/de/forschungslandschaft/forschungseinrichtungen.html>

gen und unterschiedlichen Zielen gab es kaum einen Anlass, diese Institute zu einem Typ zu erklären und gemeinsam zu untersuchen.

Erst in Verbindung mit der Exzellenzinitiative in Deutschland gab es zahlreichere Gründungen als Bestandteil der Zukunftskonzepte. Dazu gehören das Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) der Universität Freiburg, das Lichtenberg-Kolleg der Universität Göttingen, das Marsilius-Kolleg der Universität Heidelberg, das Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München (CAS LMU), das TUM Institute for Advanced Study der Technischen Universität München (TUM-IAS) und das Zukunftskolleg der Universität Konstanz.

Während der WR vorher nur fallweise anlässlich institutioneller Evaluationen mit IAS befasst war (Wissenschaftskolleg zu Berlin 2016² und Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst 2017³), wurde 2018 beschlossen, alle inzwischen gegründeten Institute dieser Art in ihren Entwicklungsperspektiven durch den WR zu untersuchen. Die Leitung der damit beauftragten Arbeitsgruppe übernahm Professorin Dr. Sabine Maasen. Anlass war nicht zuletzt, dass es aus den oben genannten Gründen bis dahin in Deutschland weder vergleichende empirische Untersuchungen, noch wissenschaftspolitische Bewertungen dieser Institute gegeben hatte.⁴ In den jeweiligen Gründungskontexten waren sie von ihren Gründer*innen als singuläre Erscheinungen wahrgenommen worden – sollten es jedenfalls sein.

Der WR beschrieb sein Vorhaben im Arbeitsprogramm der Abteilung Evaluation so: „Als kleinster gemeinsamer Nenner wird diesen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Regel die Förderung herausragender Einzelforscherinnen und -forscher durch Fellowship-Programme sowie die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit in der Wissenschaft zugeschrieben. Darüber hinaus existiert eine Vielzahl von Selbstbeschreibungen, unterschiedlichen institutionellen Verortungen, Finanzierungsformaten, Zielgruppen und Leistungsportfolios der Kollegs/IAS. Insgesamt hat sich ein stark ausdifferenzierter Institutionentyp im Wissenschaftssystem entwickelt, der sich einerseits an historischen Vorbildern – wie dem Princeton IAS – orientiert und andererseits eine neue Identität im Kontext gegenwärtiger wissenschaftlicher Herausforderungen sucht.“⁵ Als genügend Gemeinsamkeiten festgestellt waren, zeichnete sich auch das Ziel und das Programm ihrer weiteren Untersuchung ab.

Ziel

Die Gruppe der verwandten Institute sollte also in ihren Entwicklungsperspektiven untersucht werden. Während Oberwolfach und das ZiF in Bielefeld über die vielen Jahrzehnte ihrer Arbeit in Anlass, Finanzierung und Perspektiven klar waren, stellten sich bei den Gründungen im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative eine Reihe von Hypothesen ein. Für Gründungen in diesem Kontext, die einen Wettbewerbsvorteil für ihren Standort erzielen sollten, kamen ja nur Hochschulen als Träger in Frage. Sie sollten nachweislich (und wettbewerbswirksam) von der Arbeit des jeweiligen Instituts profitieren. Die Balance zwischen Freiheit und Nutzenerwartung

musste sich irgendwie auch in der Governance niederschlagen. Wenn es strategische Gründungen in diesem Wettbewerb waren – welche Aussichten auf Weiterbildung (und in welchem Rahmen) hatten dann Institute, deren Trägerhochschulen im Wettbewerb nicht erfolgreich waren? Allein schon aus diesem Grund lohnte sich ein Vergleich mit Instituten in freier Trägerschaft – etwa Stiftungen. Waren sie eine dauerhaft lohnende Ergänzung des Wissenschaftssystems? Was war mindestens notwendig, um sie diese Rolle auch längerfristig übernehmen zu lassen? Wann war von einer (drohenden) Fehlinvestition zu sprechen? Welche Strukturen waren günstig, welche sollten eher abgelöst werden? Genug Anfangsgründe, um sich mit dieser Gruppe von Einrichtungen zu befassen.

Beabsichtigt war dann, „eine systematische Bestandsaufnahme von Merkmalen, Funktionen, Strukturen und Leistungen von IAS in Deutschland“ vorzulegen – „sowohl im internationalen Vergleich mit anderen Einrichtungen dieses Typs in Europa und den USA als auch mit Blick auf die Verzahnung mit den Kerninstitutionen des Wissenschaftssystems, insbesondere mit den Hochschulen.“ Die Arbeitsgruppe wird charakteristische und zeitgemäße Funktionen von Forschungskollegs/IAS nicht nur herausarbeiten, sondern diese auch in ihrer Äquivalenz zu anderen Möglichkeiten der Wissenschaftsförderung bewerten. Wie es weiter heißt, „sollen wissenschaftspolitische Empfehlungen sowohl zur strukturellen Weiterentwicklung des institutionellen Feldes der IAS in Deutschland als auch zur inhaltlichen Aktualisierung von Anforderungs- und Tätigkeitsprofilen in einem dynamischen und globalen wissenschaftlichen Umfeld gegeben werden.“

Auch wenn mit den Gründungen z.T. lokale Standortinteressen verfolgt wurden, gab es – bei Wissenschaft naheliegend – immer wieder auch weltweite Interessen. Britta Padberg, die langjährige Geschäftsführerin des ZiF in Bielefeld, bevor sie zur BBAW nach Berlin wechselte, hatte in einem Artikel 2020 als Ergebnis ihrer vergleichenden empirischen Studie weltweit mehrere Entwicklungsschübe unterschieden:⁶ Sie fasst die Entwicklung „in der Unterscheidung von – global betrachtet – vier Gründungswellen zusammen. Auf die IAS-Pioniere (1930 bis 1970) folgten in der zweiten Generation (1970 bis 2000) überwiegend nationale Gründungen, nicht zuletzt mit dem mehr oder minder erklärten Ziel, den Anschluss an die anglo-amerikanische Forschungslandschaft (wieder-)herzustellen, die inzwischen auf vielen Feldern einen Primat für sich beanspruchen konnte. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgen in einer dritten Welle verstärkt universitäre IAS-Gründungen, die in Asien und Europa häufig im Kontext nationaler Exzellenzinitiativen zur Förderung von Spitzenuniversitäten

² Wissenschaftsrat (2016): Stellungnahme zum Wissenschaftskolleg zu Berlin – Institute for Advanced Study Berlin (Drs. 5410-16), Kiel, S. 9f.

³ Wissenschaftsrat (2017): Stellungnahme zum Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK), Delmenhorst (Drs. 6218-17), Halle/S.

⁴ https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8958-21.pdf?__blob=publicationFile&v=8, Vorbemerkung.

⁵ https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/Arbeitsprogramm_EVA.pdf?__blob=publicationFile&v=6

⁶ Padberg, B. (2020): The Global Diversity of Institutes for Advanced Study. In: Sociologica. International Journal for Sociological Debate, 14 (1), pp. 119-161.

stehen. Als vierte Generation werden seit 2015 nationale IAS-Gründungen im Ausland, beispielsweise in Lateinamerika, vorgenommen, die von Einrichtungen in Europa oder Asien initiiert und/oder gefördert werden. Von der Gründung dieser Einrichtungen erhofften sich die Initiatoren und die Geförderten außerdem mehr internationale Sichtbarkeit; die Zentren fungieren als Resonanzraum für die (internationale) Rezeption, etwa der Forschung in Lateinamerika". Hier wird Vielfalt der Interessen und der Umsetzungsformen sichtbar.

Volumen des Untersuchungsgegenstandes

Diese Absicht, „eine systematische Bestandsaufnahme von IAS in Deutschland durchzuführen“, wurde durch zahlreiche Kontakte, Gespräche, schriftliche Befragungen als nähere Untersuchung von 23 Institutionen in Deutschland sowie 8 Beispielen im Ausland zu Vergleichszwecken verfolgt. Außerdem wurden 24 Institutionen schriftlich befragt. Genauer betrachtet wurden:

1. Außeruniversitäre Institute (11)

- Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald (seit 2000),
- Center for Advanced Internet Studies (CAIS), Bochum (seit 2016),
- Forschungskolleg Humanwissenschaften (FKH), Bad Homburg (seit 2006),
- Frankfurt Institute for Advanced Studies (FIAS), Frankfurt am Main (seit 2003),
- Hamburg Institute for Advanced Study (HIAS), Hamburg (seit 2019),
- Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK), Delmenhorst (seit 1995),
- Historisches Kolleg, München (seit 1980),
- Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach (MFO) (seit 1944),
- Schloss Dagstuhl – Leibniz-Zentrum für Informatik (LZI), Wadern (seit 1990),
- The New Institute, Hamburg (seit Anfang 2020),
- Wissenschaftskolleg zu Berlin (seit 1981).

2. Universitätsbasierte Institutes for Advanced Studies in Deutschland (12)

- Bayreuth Academy of Advanced African Studies (BA) der Universität Bayreuth (seit 2012),
- Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München (CAS LMU) (seit 2008),
- Center for Interdisciplinary and Intercultural Studies (CIIS) der Universität Tübingen (seit 2005),
- Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) der Universität Freiburg (seit 2007),
- Jakob-Fugger-Zentrum (JFZ) – Forschungskolleg für transnationale Studien der Universität Augsburg (seit 2012),
- Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI) (seit 1988/2005),
- Lichtenberg-Kolleg der Universität Göttingen (seit 2009),
- Marsilius-Kolleg der Universität Heidelberg (seit 2007)
- Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt (seit 1998),
- TUM Institute for Advanced Study (TUM-IAS) der Technischen Universität München (seit 2005),

- Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) der Universität Bielefeld (seit 1968),
- Zukunftskolleg der Universität Konstanz (seit 2007).⁷

Die vorstehenden Einrichtungen wurden in den WR-Empfehlungen nach Gründungsjahr und Gründungsinitiatoren, Rechtsform (und ggfls. Status in der Universität) sowie Finanzierung geordnet.

Wer übernahm die Untersuchung?

Die Arbeitsgruppe war zusammengesetzt aus 12 Mitgliedern (deren Namen mit deren Einverständnis hier zum ersten Mal genannt werden) und versammelte ein breites Spektrum an fachlicher und internationaler Erfahrung:

- Frau Professorin Dr. Sabine Maasen – Vorsitz, Professur für Wissenschafts- und Innovationsforschung, Universität Hamburg (Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission und des Evaluationsausschusses des Wissenschaftsrats),
- Frau Professorin Dr. Nadia Al-Bagdadi, Direktorin des Institutes for Advanced Study der Central European University (CEU), Budapest (Ungarn),
- Eine Vertreterin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF),⁸
- Herr Professor Dr. Till Förster, Department Gesellschaftswissenschaften/Ethnologisches Seminar, Universität Basel (Schweiz),
- Frau Professorin Monika Harms, Generalbundesanwältin a.D.,
- Frau Senatsdirigentin Dr. Jutta Koch-Unterseher, Leiterin der Forschungsabteilung, Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei – Wissenschaft und Forschung,
- Herr Dr. Justus Lentsch, Referatsleiter Universitäten, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg,
- Herr Dr. Sebastian Matzner, Department of Comparative Literature, King's College London (Großbritannien),
- Herr Professor Dr. Jan-Michael Rost, Direktor am Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme, Dresden (Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats),
- Herr Professor Dr. Drs. h.c. Helmut Schwarz, Institut für Chemie, Technische Universität Berlin,
- Frau Professorin Dr. Margit Szöllösi-Janze, Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Zeitgeschichte (Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats),
- Herr Professor Dr. Miloš Vec, Lehrstuhl für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Universität Wien (Österreich).

Ergebnisse

Die Untersuchungen begannen im Herbst 2018 und wurden mit der Verabschiedung der Empfehlungen „In-

⁷ https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8958-21.pdf?__blob=publicationFile&v=8

⁸ Ihr Einverständnis zur Namensnennung konnte wegen Abwesenheit nicht eingeholt werden.

stitutes for Advanced Studies (IAS) in Deutschland – Orte für Freiräume in einem dynamischen Wissenschaftssystem“ durch den WR am 23./24. April 2021 abgeschlossen.

Der Gesamttext ist gegliedert in drei Teile: A) den Haupttext der Empfehlungen (109 Seiten) mit drei Abschnitten A. Bedeutung und Aufgaben im Wissenschaftssystem; B. Entwicklung und Charakterisierung der Vielfalt; C. Perspektiven und Empfehlungen mit einem besonderen Abschnitt „europäische Entwicklungsperspektiven“, B) die Kurzprofile von 11 außeruniversitären und 12 universitätsbasierten IAS (193 Seiten) und C) eine Abteilung Hintergrundinformationen (2 Seiten) mit Angaben, wie die in den Überblick aufgenommenen 23 IAS identifiziert wurden, zu der Verteilung von Disziplinen an IAS, der jeweiligen Zahl der Mitglieder, den Gründungszeiträumen und der regionalen Verteilung ihrer Standorte (durch die auch hier wiedergegebene Karte). Noch etwas genauer, um zusätzliches Leseinteresse zu wecken: Nach dem einleitenden Teil (Vorbemerkung und Kurzfassung) bietet der Abschnitt A. *Bedeutung und Aufgaben im Wissenschaftssystem* eine Vertiefung in A.I *Einordnung der Rolle von IAS* sowie A.II *Zielsetzung und Adressaten der Empfehlungen*. Der Abschnitt B. *Entwicklung und Charakterisierung der Vielfalt* teilt sich in B.I *Entstehungskontext und Entwicklung*, B.II *Charakterisierung der Vielfalt* und darunter II.1 *Aufgaben und Programmformate*, II.2 *Struktur und Organisation*, II.3 *Netzwerke der IAS*. Damit ist die Bestandsaufnahme abgeschlossen. Der Abschnitt C. *Perspektiven und Empfehlungen* offeriert Anmerkungen des WR in C.I *Zu Funktionen von IAS*; C.II *Zu Fokus und Formen der Förderung*; II.1 *Wissenschaftsfelder*; II.2 *Diversität der Fellows*; II.3 *Auswahlverfahren*; II.4 *Formen des Austauschs* und in C.III *Zu Governance und Organisation* und endet in C.IV *Europäische Entwicklungsperspektiven*.

Die Stellungnahme des WR soll sowohl Bestandsaufnahme, analytische Einordnung, als auch Entwicklungsperspektive für diesen Bereich sein. In der Bestandsaufnahme berichtet der WR ausführlich über die Vielfalt der IAS – in jeder Hinsicht:⁹ Die Rechtsform, institutionelle Ansiedelung, Aufgaben, Strukturen, die Akteure, Auswahlverfahren für die Fellows usw. Das Spektrum macht den Eindruck, als ob alle – jedenfalls nahezu alle – Schwächen des Wissenschaftssystems jeweils sektoral ausgeglichen werden sollten. Der Vorteil besteht darin, dass für Organisation und Ziele von IAS kein Hochschulgesetz gilt. Hier können die Versuche im Bereich der Forschungsorganisation und ihrer Ziele in alle Richtungen gehen. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass das breite Spektrum der Lösungen schon in wenigen Jahren ein ebenso breites Band an Erfahrungen zu sammeln verspricht. Insofern liegt auch eine analytische Einordnung vor und ein „weiter so...“ für diese vielfältige bisherige Entwicklung, mit der Anregung ganz geringer Verstärkung von Akzenten. In seinen Empfehlungen rät der Wissenschaftsrat lediglich zu einer Fokussierung der Aktivitäten, noch mehr Diversität in der Fellow-Auswahl und zu einer stärkeren europäischen Verankerung.

Die Gründungen auf einen Zeitstrahl gebracht – was in den WR-Empfehlungen geschieht – lässt unmittelbar erkennen, dass 6 der insgesamt 11 außeruniversitären Ein-

richtungen sowie 9 (bzw. im Falle der Umgründung des KWI) 10 der 12 universitätsbasierten Institute nach dem Jahr 2000 gegründet worden sind. Davon sind 6 explizit im Zuge strategischer Planungen der jeweiligen Trägeruniversität im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative begonnen worden. Messbar höhere Erfolge in den etablierten Disziplinen am Ort zu erzielen war im Kontext dieses Wettbewerbs ein naheliegendes Vorhaben. Dies schien jedoch als deutlich komplexer eingeschätzt zu werden als die Gründung eines solchen IAS im Rahmen des Zukunftskonzepts der Trägeruniversität, um zusätzliche Reputation zu gewinnen. Mit seinem Konzept der Gastwissenschaftler*innen war das Vorhaben auch mit einer geringen Zahl von Planstellen realisierbar – selbst für den Fall, dass dieses neue Institut bald wieder eingestellt werden würde, war das finanzielle Risiko als relativ gering einzuschätzen. Insgesamt ist ein gigantisches Labor zur Erprobung neuer Formen der Organisation von Wissenschaft, von internationaler Vernetzung und von Praxisverbindungen entstanden. Dies weiter auszuwerten, bildet eine große Chance.

Die geografische Streuung der Standorte lässt Zufälligkeiten vermuten – weder sind spontan einleuchtende Verteilungen als Ergebnis gezielter Landespolitik zu erkennen, noch eine Beschränkung auf Standorte von Hochschulen, die sich Chancen im Exzellenzwettbewerb ausgerechnet haben. Die Entwicklung in Hamburg z.B. hätte vor 10 Jahren noch niemand vorausgesagt. Aber natürlich wurde sich der Unterstützung durch das jeweilige Bundesland versichert.

Die Deutschlandkarte (s. Abb. 1) mit den Standorten und der Unterscheidung zwischen universitätsbasierten und außeruniversitären Instituten, die der WR aufgestellt hat, unterstreicht diese Streuung ohne erkennbar geplante Verteilung. Es handelt sich um lokale Initiativen mit großenteils lokaler Begründung.

Kommentar des WR dazu: „IAS haben sich seit ihren Anfängen weltweit von einer Ausnahme zu einem markanten und selbstverständlichen Institutionentyp des Wissenschaftssystems entwickelt. Befördert wurde das dynamische Wachstum hierzulande insbesondere durch die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, die der Gründung universitätsbasierter IAS zu einem Aufschwung verhalf.“¹⁰

Ergebnisse bzw. Empfehlungen: „Die bloße Zunahme an IAS und ihre institutionelle Vielfalt betrachtet der Wissenschaftsrat nicht als problematisch. „Es gibt nicht das eine Modell, die Best Practice etwa als Blaupause für eine Neugründung“, sagt die Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Dorothea Wagner.¹¹ Allerdings sollten sich IAS vorrangig auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: großzügig bereitgestellte Zeit für freie Forschung unter besten Arbeitsbedingungen in einem anregenden intellektuellen Umfeld. Diesen Kern gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. „IAS sind vielfach aufgefordert, den Dialog mit Gesellschaft und Öffentlichkeit stärker in den Mittelpunkt zu rücken oder einen Schutzraum für ge-

⁹ <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8958-21.pdf>

¹⁰ Pressemitteilung des WR: https://www.wissenschaftsrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/PM_2021/PM_0921.html

¹¹ Ebda.

Abb. 1: IAS in Deutschland



Quelle: Wissenschaftsrat, Kartengrundlage infas LT.

fährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu bieten. Diese Ziele haben ihre Berechtigung. Damit werden jedoch vielfältige Erwartungen an IAS erzeugt, dem sie nur durch eine sehr bewusste Gestaltung ihrer Aktivitäten begegnen können", betont Wagner. Der Wissenschaftsrat bestärkt die IAS in Deutschland nachdrücklich darin, unterschiedliche Perspektiven ein-

zubeziehen und damit noch diverser zu werden. Zwar sind sie bereits auf einem guten Weg, mehr hochqualifizierte Frauen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase zu gewinnen. Darüber hinaus sollten aber auch Wissenschaftlerinnen und Forscher aus großen Weltregionen wie dem globalen Süden gezielt in den Blick genommen werden. Inner-

halb Europas gilt es, besonders die osteuropäischen Länder anzusprechen.

Der zentrale Schlüssel, um ein hohes Maß an Qualität und Perspektivenvielfalt zu gewährleisten, ist ein transparentes Auswahlverfahren und ein prinzipiell offener Zugang. Insofern unterstreicht der Wissenschaftsrat als positiv, dass die Auswahlverfahren und Entscheidungswege in den letzten Jahren zunehmend überprüft und im Sinne der Transparenz weiterentwickelt wurden.

IAS brauchen programmatische und finanzielle Handlungsautonomie, um die ihnen zugedachte Rolle im Wissenschaftssystem wahrnehmen zu können, wird dort betont. Unabhängig von Profil und Trägerschaft eines IAS muss sichergestellt sein, dass es in der strategischen Ausrichtung und inhaltlichen Gestaltung des Programms sowie in der Auswahl seiner Fellows selbstständig agieren kann. „Vor allem in Fragen der konzeptionellen Ausrichtung der Förderformate ist diese Handlungsfähigkeit sicherzustellen.“ ... „Wir sehen zudem die Chance, IAS insbesondere auf europäischer Ebene stärker zu verankern“, erklärt Wagner. „Die Vertiefung bereits bestehender Netzwerkstrukturen und zudem der Aufbau von institutionalisierten europäischen Strukturen könnten wichtige Schritte auf dem Weg dahin sein“. In den Empfehlungen wird bei aller institutionellen Vielfalt als zentrales Merkmal, als „programmatischer Kern“ eines IAS betont, den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern großzügig Zeit für ihre Forschungen zur Verfügung zu stellen.

Auswirkungen auf die weitere Entwicklung – Offen bleibende Fragen

Immer wieder wird die Frage gestellt – und sie liegt ja auch nahe – ob das Wachstum des IAS-Sektors in Deutschland und die Attraktivität dieses Institutionentyps vor allem eine Kompensationsfunktion für Schwächen im System hat und unmittelbar mit dem Zustand der Universitäten zusammenhängt.

Zunächst eine positive Bemerkung: Auf die denkbare Frage „Was müsste im Universitätssystem geändert werden, um IAS wieder überflüssig zu machen?“ kann als Antwort wohl nur gelten: Die Merkmale der IAS flächendeckend auf Fachbereichsstrukturen auszudehnen, verbietet sich. Allenfalls würde jede Universität ein IAS als „Kurort“ für gestresste, aber verdiente Wissenschaftler*innen im Austausch – also mit Ortswechsel – erhalten; eine gesellig organisierte Form des Forschungsemesters.

Wie der Autor gefragt wurde: Kann man über IAS reden und über die Situation der Universitäten schweigen? Der WR streift dieses Thema in seiner Stellungnahme nur kurz. Wäre er darauf eingegangen, dann hätte er neben der Untersuchung des kleineren Kreises der IAS sich ganz nebenbei noch eine Untersuchung ganz anderen Ausmaßes zugelegt, die nicht beabsichtigt war. Aber eine Reihe von Querverweisen wären denkbar gewesen, von denen hier 3 als Beispiele aufgegriffen und in ihren Umrissen skizziert werden sollen: 1.) Etwa derart, ob die zeitlich geballte Zunahme der Anzahl der IAS als Symptom für den krisenhaften Zustand der Universitäten aufzufassen sei oder sich das Universitätssystem lediglich im Sinne gelungener Binnendifferenzierung ergänzt

habe? Das würde die Frage nach Anzahl, Profil/Ausprägung und Standorten nochmal neu stellen, sodass letztere positive Annahme von gelungener Binnendifferenzierung eher unwahrscheinlich wird. 2.) Die nächste – dem Autor ebenfalls gestellte Frage lautet: Übernehmen IAS bestandswichtige Funktionen/Leistungen oder stellen sie ein erfreuliches additum dar, das aber für sich „Systemrelevanz“ in der Krise nicht beanspruchen kann? Und 3.) Könnten IAS als zusätzliches Belohnungs-/Reputationsbildungsinstrument für vom Normalbetrieb Wissenschaft frustrierte Wissenschaftler dienen?

Zu 1.) (1.1) Wenn die IAS in Deutschland ein Zeichen für Systemprobleme der Universitäten wären, könnten die Überlegungen für eine nähere Untersuchung auf die hohe Belastung durch Bürokratie-, Berichts- und Selbstverwaltungsanforderungen kommen. Dann müsste a) über den **Wert steigender Autonomie der Hochschulen** gesprochen werden, der sich u.a. in steigenden Dokumentations-, Qualitätskontroll- und Berichtspflichten niederschlägt. Seit wenigen Jahren sind hier Fakultätsentwicklungspläne aufzustellen und mit jeder einzelnen Professur abzustimmen. Natürlich hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu erfahren, was mit den autonom verwalteten Mitteln geschieht. Aber gegen eine überbordende Bürokratisierung, schwerfällige Qualitätssicherungsverfahren und -berichte und Übertreibung in der Kontrolle muss angegangen werden, um ausreichend Zeit für die Primäraufgaben F&L zu lassen. Und b) müsste über den unstreitigen **Wert der akademischen Selbstverwaltung** gesprochen werden – eine Selbstverwaltung, die leider z.T. bestürzend amateurhaft ausgeübt wird. Schlecht vorbereitete Gremienmitglieder, die die Unterlagen nicht gelesen haben, Gremien, die sich mit ihren hoch bezahlten Mitgliedern mal eben zu Redaktionszirkeln erklären und als ganze Gruppe an Formulierungsdetails eines Antrags herumfeilen, statt das Ganze vor der Sitzung zu erledigen, ein Vorsitz, der nicht moderieren gelernt hat und statt des vorherrschenden Schneckenangeses die Tagesordnungspunkte in einem Bruchteil der Zeit behandeln könnte – das alles könnte in seinem Wert erhalten und in seiner Durchführung schlanker gestaltet werden.

Auch wäre zu prüfen, ob angesichts wachsender Aufgaben und zur Erhöhung der Professionalität und Entlastung der Einzelmitglieder nicht flächendeckend **Fakultätsgeschäftsführer*innen** oder sogar **der hauptberufliche „Dean“ nach US-amerikanischem Muster** eingeführt werden sollten, die den Fakultätsmitgliedern eine Menge Zeit sparen können. Ob der Verlust der unmittelbaren Mitwirkung den Zeitgewinn Wert ist, muss die Zukunft zeigen. Hier ist an die Debatte anzuknüpfen, die seinerzeit bei Einführung der Gruppenuniversität in den Bundesländern (1968ff.) über deren Folgen geführt worden ist. In der bis dahin geltenden Ordinariatenuniversität herrschte das Virilsystem, d.h. jeder Fachvertreter vertrat seine Interessen selbst in den Gremien. Eingeführt wurde das Delegationssystem, d.h. die Gruppen entsandten gewählte Delegierte in die Gremien – zwar einleuchtend, weil eine direkte Beteiligung aller Mitglieder nicht operabel war, aber mit erheblichen negativen Folgen in den Gruppen durch Kommunikationsmängel und Verlusten an Identifikation mit der Hochschule. Immer-

hin handelte es sich noch um wahlperiodisch in der Gruppe wechselnde Mandate. Die Übergabe wesentlicher Teile der Zuständigkeiten und Selbstverwaltungsrechte an Hauptberuflich-Dauerbeauftragte, wie einen Dean, würde die damaligen Probleme aus Kommunikation und Identifikation noch einmal verschärfen. Außerdem würden die Prinzipien bestmöglicher Selbstbestimmung (zumindest Mitbestimmung) aufgegeben.

Zu 1.) (1.2.) Unter der Annahme, dass die Konjunktur für IAS in Deutschland ein Zeichen für Systemprobleme der Universitäten sein könnte, wäre die Debatte schnell bei den Varianten der **Debatte um die Einheit von Forschung und Lehre** angekommen:

- a) es sei Zeit, beides zu trennen,
- b) die Trennung könne sich auf den Bereich des Bachelor beschränken,
- c) zumindest müsse das Lehrdeputat gesenkt werden,
- d) die Abstände zwischen den Forschungssemestern könnten verkürzt werden,
- e) die Einheit von Forschung und Lehre sei unverzichtbar!

Zu a) Die Trennung von Forschung und Lehre wird wieder und wieder diskutiert, aber mit wechselnder Begründung. Variante 1: Es werde sowieso nach Forschungsleistungen berufen. Dabei komme die Lehre in jeder Hinsicht zu kurz: Da sie nicht berufsrelevant sei, werde kein professionelles Niveau erreicht. Die favorisierte Forschung werde also auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen. Da sei es ehrlicher und wirksamer im Sinne des Lernerfolgs, wenn die Lehre von Personen übernommen werde, die sich ganz darauf konzentrieren könnten. Variante 2: Forschung sei heute so speziell, dass eine Verbindung in die Lehre mit diesen Ergebnissen kaum stattfindet. Variante 3: Die Studiengänge seien in ihrer Modularisierung (anders, als das Konzept vorsieht) so sehr auf die Sammlung von Standardwissen ausgelegt, dass die Lehre nicht in die Nähe von Forschungsprozessen reiche, Erkenntnisprozesse also nicht erlebt würden.

Zu b) Wenn die Trennung auf den Bereich des Bachelor beschränkt würde, so wird argumentiert, wäre eine Zielgruppe betroffen, die sowieso noch nicht voll in die Wissenschaft eintreten müsste. Die Lehre dort könnten LfbA's übernehmen. Erst im Masterstudium könne die Verbindung von F&L hergestellt werden. Das würde eine entscheidende Senkung der Lehrbelastung für die Forschenden bedeuten.

Zu c) Senkung des Lehrdeputats: Diese Maßnahme würde zumindest die Chancen für intensivere Forschung erhöhen, die sonst vergleichbar nur an IAS zu gewinnen seien.

Zu d) Verkürzung der Abstände zwischen den Forschungssemestern: Auch dies könnte dazu beitragen, eine bessere Balance zwischen der Chance zur Forschung und den übrigen (in den vergangenen Jahren ständig gewachsenen) Aufgaben zu erzielen.

Zu e) Unverzichtbarkeit der Einheit von Forschung und Lehre. Wer aus dieser Richtung argumentiert, hat nicht allein den direkten Transfer aus der Forschung im Auge, sondern generell die Wirkungen, die die eigene Forschungserfahrung auf das Verhältnis zur Wissenschaft und ihrer Lehre hat. Verstehen von Erkenntnisprozessen, differenziertes Denken, Relativität von Sichtweisen

(auch in ihrer Methodenabhängigkeit), entsprechender Umgang mit Wissen und die Wirkungen eigener Forschungstätigkeit auf die Persönlichkeitsentwicklung sind mit dem Vortragen wissenschaftlicher Wissensbestände nicht zu erzielen. Insofern gibt es keinen Grund, solche Begegnungen den Bachelorstudierenden vorzuenthalten. Sie sind Kernbestand eines wissenschaftlichen Studiums, und der Bundestag hat in einem Beschluss das Bachelorstudium als ein wissenschaftliches Studium ausdrücklich bestätigt.

Zu 2.) Übernehmen IAS bestandswichtige Funktionen/Leistungen oder stellen sie ein erfreuliches additum dar, das für sich „Systemrelevanz“ in der Krise nicht beanspruchen kann? Hier wäre weiter zu verfolgen, ob der Bestand des Wissenschaftssystems in Funktion/Leistungen bei Wegfall der IAS gefährdet würde. Das schien zumindest bis zur Gründungswelle im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative nicht der Fall gewesen zu sein, wäre aber näher zu untersuchen. Zusätzliche Wirkungen entfalten IAS auf jeden Fall, etwa die als „soziale Forschungsinfrastrukturen“ (WR). Selbst wenn sie auch auf andere Weise zustande kommen könnten, würde dies im normalen Alltag im Fachbereich vermutlich deutlich länger dauern.

Zu 3.) Könnten sie als zusätzliches Belohnungs-/Reputationsbildungsinstrument für vom Normalbetrieb Wissenschaft frustrierte Wissenschaftler dienen? Hier wäre als Anfangsthese zu vermuten, dass die Einladung in ein IAS schon heute zur Reputation der Fellows beiträgt. Da dem eigene Leistungen voraus gegangen sein müssen, um für die Einladung infrage zu kommen, kann es vermutlich bereits jetzt als Belohnungs-/Reputationsbildungsinstrument angesehen werden. Ob als Einladungsvoraussetzung ein bestimmtes Maß an Frustration durch den Normalbetrieb Wissenschaft vorliegen muss, ist eher zu bezweifeln. Weder sind Kriterien, noch ein Maßstab, noch Messwerte als Mindestmaß an Frustration bekannt, um in den erlauchten Kreis der Einzuladenden vorzustoßen. Das könnte ja geradezu Bemühungen in dieser Richtung auslösen.

Fazit

In einer durch die wachsende Zahl von IAS in vielfältigen Ausprägungen unübersichtlicher werdenden Situation war es äußerst verdienstvoll, die gesamte Gruppe durch den WR einmal gesichtet und untersucht zu haben. Wie schon festgestellt: Insgesamt ist ein gigantisches Labor zur Erprobung neuer Formen der Organisation von Wissenschaft, von internationaler Vernetzung und von Praxisverbindungen entstanden. Dies weiter auszuwerten, bildet eine große Chance.

Was das Verhältnis von IAS als Gattung zu den Universitäten angeht, wächst sich die Debatte schnell zu einer Generalabrechnung mit dem status quo der Universitäten aus. Mit relativ kleinen Alltagsproblemen begonnen, stellen sich immer größere Zusammenhänge heraus, die es Wert sind, den status quo prüfen zu lassen. Schritt für Schritt hat die Alltagsentwicklung vom Konzept der Universität Humboldtscher Prägung kontinuierlich weggeführt, ohne dass dieser Entwicklung ein ausreichend durchdachtes Konzept und förmliche Beschlüsse von irgendeiner Seite zugrunde lagen. Der Zusammenhang

zwischen Entstehungsbedingungen, Wachstum und Veränderung der IAS und dem übrigen Wissenschaftssystem,

insbesondere den Universitäten, bedarf auch weiterhin aufmerksamer Beobachtung.

II. Ein neues, deutlich anderes IAS und damit eine wichtige Erweiterung: THE NEW INSTITUTE Hamburg

1. Die Idee hinter den Einzelvorhaben

In Hamburg nahm 2020 ein Institute for Advance Study seine Arbeit auf, das sich nicht einfach einreihen wollte in die Reihe der IAS, denn es hat unterscheidbar andere Ziele. Sein Name will Signal sein: THE NEW INSTITUTE (TNI). Jeder soll sofort fragen, was daran denn neu sei. Damit ist die Aufmerksamkeit gewonnen, die das Institut verdient. Hier soll nicht nur Forschung auf höchstem Niveau stattfinden und die Initiative mit dem Erkenntnisprozess und der folgenden Publikation bzw. Dialog mit der Öffentlichkeit vorläufig abgeschlossen sein. Sondern die Erkenntnisse sollen zu praktischen Veränderungen führen. Dieser Auftrag in einem solchen Institut ist neu. Die Dynamik dieser Entwicklung kann am Gründungsprozess des TNI verfolgt werden. Es lohnt zu beobachten, wie diese Mission angegangen und umgesetzt wird. Das TNI erklärt sich auf seiner Homepage in seinen Zielen, Werten, Programmen und Prozessen unter den Institutes for Advanced Study (IAS) besonders ausführlich – ein Anlass mehr, die Grundzüge hier zusammenzufassen.¹²

In der eigenen Beschreibung liest sich das so: „ein Institut ..., das international vernetzte Forschung, visionäres Denken und innovative Praxis verbindet: THE NEW INSTITUTE. Auf Initiative des Hamburger Unternehmers Erck Rickmers entsteht eine interdisziplinäre und transsektorale Plattform für lösungsorientierte Denker*innen aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Politik, Aktivismus und den Medien. Ziel ist es, neue Antworten auf die drängenden ökologischen, ökonomischen und politischen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln und gesellschaftlichen Wandel zu gestalten.“ Dies geschieht aus Sicht des Stifters Erck Rickmers insbesondere mit Blick auf Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und Klimawandel. „In vielen Bereichen wird systemischer Wandel für die Menschheit zu einer Existenzfrage.“¹³ Der Gründungsdirektor, Wilhelm Krull, formuliert: „Wir wollen die Wissenschaft mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren in einen intensiven Austausch bringen, um neue Impulse für gesellschaftlichen Wandel zu setzen“. – Und die Programmatik nochmal anders gewendet:¹⁴ „Am THE NEW INSTITUTE werden wissenschaftliche Konzepte kollaborativ erarbeitet, um sie in praktische Initiativen zu überführen. Erste Forschungsthemen sind die Neugestaltung unserer Werteordnung, wirtschaftlich nachhaltige Fortschrittsmodelle, die Zukunft der Demokratie sowie die Verbindung von Digitalisierung und Nachhaltigkeit im städtischen Raum.“

In den letzten Jahren sind mehrere IAS gegründet worden, und der Wissenschaftsrat unterscheidet sie schon einmal nach ihrer Trägerschaft: Universitätsintern oder unabhängig. Das TNI geht auf eine Stiftung zurück, ist also von einer Universität unabhängig. Bevor darauf weiter eingegangen wird – was veranlasst solche Stiftungen inhaltlich?

2. Zum Klima der Veränderung als Ausgangslage für das TNI

Viele Menschen sind von der Entwicklung der Welt und auf der Welt tief beunruhigt, ja alarmiert. Aber sie sehen für sich kaum eine Chance, daran etwas zu ändern – außer in Protestbewegungen, die aber oft an der widerständigen Realität abprallen – mit jüngsten Beispielen in Weißrussland und Afghanistan. Die These lautet: Viele Proteste scheitern, weil in weiter bestehenden Macht-Konstellationen die Protestierenden erwarten, dass die bisherigen Akteure aufgrund des Drucks (nicht der Überzeugung) Wandel einleiten (von den weiter gehenden Fällen abgesehen, in denen sogar die Ablösung der Akteure beabsichtigt ist). Diese Konstellation baut jedoch letztlich darauf, dass nicht die Protestinhalte überzeugen, sondern die Sorge um Machterhalt zu Wandel führt. Triebkraft ist also die Furcht vor Machtverlust. Umgekehrt wird Wandel dann (in einem friedlichen Prozess) nur soweit zugelassen, wie die eigene Macht nicht gefährdet wird. Weil sich damit an Machtverhältnissen nichts ändert, sind die Chancen auf Wandel äußerst begrenzt. Ständig besteht die Gefahr, dass die Zugeständnisse bei nächster Gelegenheit zurückgenommen werden.

Die Gefährdung der menschlichen Lebensbedingungen geht über diese Begrenzungen weit hinaus. Also müssen andere, weniger machtabhängige Wege des Wandels gefunden werden. Alternativen zu den o.g. Protestbewegungen sind gefragt. Eine direkte Konfrontation mit den bisherigen politischen Akteuren sollte vermieden werden. Welche Alternativen gibt es?

Zum Beispiel die Wissenschaft. Dort wo an ihren Wissensstand appelliert wird, könnte sie imstande sein, die Legitimation der herrschenden Ordnung zu schwächen. Und prompt wird auch die Wissenschaft bekämpft – als verlässliche Quelle der Erkenntnis in Zweifel gezogen. Orban und Trump sind als Politiker exponierte Beispiele. Geistiges Kapital ist allerdings nicht so leicht (an-)greifbar wie Demonstranten auf Straßen.

Alternativen können auch mit innovativen Ideen anfangen, die kontinuierlich geboren und verfolgt werden. Das setzt allerdings die Möglichkeit zur stetigen Verfolgung solcher Ideen voraus – also Formen der Institutionalisierung und der materiellen Absicherung dieser Personen – aber auch ihres Schutzes. Immer zeitlich befristet, ist dies in Projektform über Wissenschaftsförderung mit öffentlichen Mitteln möglich. Angesichts des Umfangs der Probleme ist aber mehr Stetigkeit erforderlich.

3. Stiftungen als Motoren von Erkenntnis und Wandel

Nur wenige Menschen verfügen nicht nur über die Einsicht in die Notwendigkeit zu umfassendem Wandel,

¹² <https://thenew.institute/de/about>

¹³ <https://thenew.institute/de/press/launching-the-new-institute>

¹⁴ Eigene Darstellung des TNI: <https://thenew.institute/de/press/launching-the-new-institute>

sondern fühlen sich auch einer Kultur verpflichtet, in denen private Initiative einen höheren Stellenwert hat als die Erwartung öffentlichen Engagements – z.B. in den USA. In diesem Text kann nicht auf unterschiedliche Staatsvorstellungen eingegangen werden, aber historisch ist in den USA (im Unterschied zu Deutschland) das Bewusstsein sehr viel stärker ausgeprägt, jede*r sei für die engeren Lebensumstände selber verantwortlich und müsse sich bei der Gestaltung seiner Umgebung entsprechend einsetzen. In Europa haben sich Ideen des Sozialstaates, der öffentlichen Vorsorge für die Bürger historisch eher entwickelt. Diese Unterschiede prägen auch die Vorstellungen gegenüber dem Wissenschaftssystem – in Deutschland überwiegend als einem – dem Anspruch nach – mit öffentlichen Mitteln auszufinanzierenden System als gesamtstaatliche Aufgabe. In Europa und besonders in Deutschland ist die Erwartung privater Initiative deutlich langsamer gewachsen, hat sich aber entwickelt. Das beschleunigte sich seit den 1920er Jahren, als der Staat (unter den im Versailler Vertrag aufgegebenen Reparationen, der Inflation – insbesondere 1914-1923 als Hyperinflation – und sonstigen Krisen leidend) zu vielen Leistungen nicht mehr imstande war (siehe die „Notgemeinschaft für die Deutsche Wissenschaft“ – heutige DFG, oder den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft oder das Deutsche Studentenwerk). Stiftungen sind in neuerer Zeit sogar steuerlich (also staatlicherseits) erleichtert worden, um Anreize zu setzen.

Wenige Menschen verfügen sowohl über Lösungsideen (oder bescheidener: Wege zu Lösungen), als auch über das Kapital, ihrer Einsicht in die Notwendigkeit des Wandels oder ihrem Wunsch nach verstärkter Förderung ihnen wichtig erscheinender Themenfelder und der Weiterverfolgung ihrer Ideen – etwa im Wege einer Stiftung – eine institutionelle Basis zu geben. Das gilt z.B. für George Soros mit der von ihm (und inzwischen vielen anderen) gestifteten Zentraleuropäischen Universität in Wien und Budapest. Insgesamt ist zu beobachten, dass in Kulturen (und den dort geschaffenen Staaten), in denen die öffentlichen Aufgaben sehr weit gefasst werden, Stiftungen seltener sind, weil hier ein Engagement des Staates erwartet wird. Aber die Unzufriedenheit mit staatlicher Förderpolitik steigt. Also sind private Initiatoren gesucht. Erck Rickmers, Unternehmer aus Hamburg, ist ein solcher zukunftsbewusster und dabei auch kapitalstarker Initiator. Nachdem er (zusammen mit seiner Familie) 2014 für ein Studium der Religionswissenschaft an die University of California gewechselt war, kam er dieser für die USA typischen Stiftungstradition näher und entwickelte dort „die Idee, den Geisteswissenschaften mehr Gewicht bei der Gestaltung der Zukunft zu geben. Daraus entstand die Humanities and Social Change International Foundation. Die Stiftung wurde 2016 errichtet und finanziert seither vier Forschungszentren an der University of California, der Humboldt Universität zu Berlin, der Universität Ca 'Foscari in Venedig und der University of Cambridge.“¹⁵ Nach Hamburg zurückgekehrt, wurde der Stiftung ein neuer Name gegeben: THE NEW INSTITUTE FOUNDATION sowie ein gleichnamiges Institute for Advanced Study¹⁶, um „eine Plattform für die Gestaltung gesellschaftlichen Wandels“ zu gründen. „Ein Ort, an dem sich eine inter-

disziplinäre und transsektorale Gemeinschaft von Akademiker*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen, Unternehmer*innen und Politiker*innen versammeln wird, um grundsätzlich neue Konzepte für systemischen Wandel zu entwickeln.“ (Ebda.) Bis zu 35 Fellows soll das Institut umfassen. Sie werden ab Herbst 2021 genügend Platz in einem historischen Gebäudeensemble finden, dem Warburg-Ensemble mitten in Hamburg – aus 6 Gebäuden bestehend. Hier gehört alles zusammen. Das TNI soll nicht nur geistig ein besonderer Ort sein, sondern auch baulich soll Begegnung, Anregung gefördert werden – nicht in Einsamkeit und Freiheit oder als Pilgerstätte, wie Oberwolfach im Schwarzwald oder das ZiF entrückt am Hang des Teutoburger Waldes, sondern nahe dran an den Menschen, mit denen der Dialog gelingen soll. Dem Alltag entrückt zu sein kann für neue Gedanken sehr förderlich sein – es kann aber auch zeigen, dass dies eine alternative Welt darstellt, in die auf Zeit eingetaucht wird, wie eindrucksvolles Theater und gutes Kino.

Warum werden solche IAS gegründet, was macht ihre Attraktivität aus? Die disziplinäre Organisation von Fachbereichen mit festen Professuren hat viele Vorteile (in ihrer Kontinuität insbesondere für die Grundlagenforschung), ist aber auch durch die dort erforderlichen Zeiträume und die Stetigkeit der Ausrichtung ihrer Professuren relativ schwerfällig. Das für IAS typische System der Fellows erlaubt es, fachlich hervorragende und originelle Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis auf Zeit an einem Ort zu versammeln, ohne sich auf Jahrzehnte festzulegen.

Was bewegt Persönlichkeiten, solche wegweisenden Gründungen zu initiieren? Vermutlich Einschätzungen wie diese: Menschen sind imstande, diesen Planeten durch Egoismus und Habsucht für Menschen unbewohnbar zu machen. Menschen sind aber auch dazu imstande, dieses abzuwenden. Nach der menschlichen und physikalisch-globalen Ursachenanalyse nähern wir uns als Entwicklungsphase dem Aufbau von Rettungskonzepten und stehen an der Schwelle zu deren Realisierung – allerdings schon in einem Wettlauf mit der Zeit. Während die Analyse und die gedankliche Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten unter Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in vielen Weltgegenden geschützt ist, werden praktische Schritte zu umfassenden Verhaltensänderungen aller auf heftigen Widerstand stoßen. Ein Widerstandslager heißt Bequemlichkeit, ein zweites Habgier, ein drittes Macht (und es mag noch andere geben). In den bevorstehenden, unvermeidlichen Auseinandersetzungen um grundlegende Verhaltensänderungen gibt es allerdings zwei in der Sache Verbündete: Die nächsten Generationen, die um ihr Existenzrecht und ihre Zukunft kämpfen werden, und Teile der älteren Generation, die ihre moralische Verpflichtung, ja ihre Mitschuld am Ausmaß der existentiellen Gefahren erkennen und nun aktiv werden. Beide Verbündeten haben Zulauf, je mehr sich die Einsichten in das Ausmaß der Gefahren und die Unumgänglichkeit umfassender Verhaltensänderungen verbreiten – unter der Voraussetzung, sie verbreiten sich.

¹⁵ <https://thenew.institute/de/who#founder>

¹⁶ In Hamburg heißt es „Institute of Advanced Study“, anders als in Princeton.

Eine der ersten Maßnahmen der Gegenwehr gegen Änderungen wird sein, die Verbreitung dieser Einsichten zu unterbinden und die Gefahren zu verniedlichen. Diese Prognose bedeutet nicht Spekulation, sondern dafür gibt es historische Muster und aktuelle Beispiele. Verbreitet werden sie über das Bildungssystem, in Schulen und Hochschulen und den sozialen Medien. Trotz bestehender Wissenschafts- und Meinungsfreiheit wird dann versucht, in Stoffpläne einzugreifen und „gefährliche Inhalte“ zu entfernen. Als nächste Stufe wird versucht werden, ihre Äußerung als Protest einzuschränken. Das zielt auf die Versammlungsfreiheit und die journalistische Freiheit in Massenmedien. Versuche in dieser Richtung sind längst beobachtbar – in nächster Nähe Weißrussland, Polen, Ungarn. Unterhalb dieser globalen Bedrohung gibt es abgestuft weitere Krisen (Beispiel Corona, Hungersnöte, Arbeitslosigkeit, Auseinanderklaffen der Einkommensschere, Versorgung der alten Menschen usw.). Diese ganzen Ebenen wissenschaftlich zu untersuchen, wird von Forschungseinrichtungen wahrgenommen. Praxis gestaltende Konsequenzen daraus zu ziehen, also Politik zu betreiben, wird von vielen an Erkenntnis beteiligten Disziplinen nicht als ihre Aufgabe angesehen. Diese Trennung ist nachvollziehbar, hat aber oft Wirkungslosigkeit zur Folge. Umgekehrt: Von Wahlen abhängig zu sein, schränkt Handlungsmöglichkeiten staatlicher Politik stark ein. Was bleibt? Ein Engagement der Stiftungen – wie das der THE NEW INSTITUTE FOUNDATION.

Den Gründer*innen schien die Trennung in die Organisation von Erkenntnis in eigenen Institutionen und Handeln in anderen Institutionen bzw. Organisationsformen dysfunktional. Sie wollten beides in einer einzigen Institution und durch die gleichen Personen zusammen bringen – zumindest stark annähern als wissenschaftliches Institut und als „Plattform für gesellschaftlichen Wandel“.

4. Die Gründungs- und Initiativgruppe

Erck Rickmers, Reeder und Unternehmer in Hamburg, hatte – wie schon erwähnt – nach einem Studium der Religionswissenschaften in Californien die Idee zu dieser Stiftung und hat sie mit einem dauerhaften Haushalt für den Kern ständiger Mitarbeiter und für bis zu 35 Fellows aus aller Welt ausgestattet.

Wilhelm Krull, langjähriger Generalsekretär der VolkswagenStiftung und einer der erfahrensten Wissenschaftsmanager, hat die Aufgabe des Gründungsdirektors für die Initiative übernommen. Er leitet im Trio mit der Finanzexpertin Anke Hennings und mit Christoph Gottschalk, dem ehemaligen Partner und Leiter des Hauptstadtbüros der Kommunikationsberatung Kekst CNC, die THE NEW INSTITUTE Foundation.

„Wir wollen die Wissenschaft mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren in einen intensiven Austausch bringen, um neue Impulse für gesellschaftlichen Wandel zu setzen“, sagt Wilhelm Krull. „Neben wissenschaftlich fokussierten Kooperationen mit der Universität Oxford und Zentren an den Universitäten in Santa Barbara, Cambridge und Venedig sowie der Humboldt Universität zu Berlin gibt es eine Reihe von vereinbarten Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, u.a. mit der Right Livelihood Foundation, die alljährlich den alternativen Nobelpreis vergibt.“ (WR)

5. Als Herausforderung – Anlass zum Handeln – wird bezeichnet:

„Wir befinden uns an einem historischen Wendepunkt. Krisen prägen unser Leben, als Individuen, als Menschen. Diese Krisen erfordern neues Denken und neues Handeln. Wir brauchen neue Ideen für unsere gemeinsame Zukunft – und den Mut, diese Ideen auch umzusetzen. Wir sind zuversichtlich, dass wir die ökologischen, ökonomischen und politischen Grundlagen unseres Lebens gemeinsam neu entwickeln können. Die Klimakrise ist die größte Herausforderung – sie ist ein Symptom dafür, dass wir es nicht geschafft haben, unseren Planeten zu schützen. Aber es gibt noch weitere Krisen: Wir müssen unsere Wirtschaft neu strukturieren und unsere Demokratien neu denken. Nur dann werden wir unsere Verantwortung gegenüber der Zukunft gerecht. Ein Wendepunkt kann auch eine Chance sein. Eines ist sicher: Die Welt wird eine andere sein. Mit dieser Gewissheit ist aber auch ein Versprechen verbunden: Wir können unsere Zukunft gemeinsam gestalten.“¹⁷

Auf der Homepage des TNI wird ein ganzes Kapitel den *Werten* gewidmet, die der eigenen Arbeit zugrunde liegen und von allen Fellows ausdrücklich geteilt werden sollen. Jeder der vier Werte wird mit Essays weiter ausgeführt: CARE – Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Planeten – und die Grundlagen des Lebens. Essay von Colin Mayer: „Care als Praxis“ sowie ein Essay von Tom Carlson: „Liebe als Fürsorge füreinander“. COURAGE – Wir sind offen für das Neue und bereit, Risiken einzugehen und Widerstände zu überwinden. Essay von Corine Pelluchon: „Die Fähigkeit, Furcht zu empfinden“ sowie ein Essay von Geoff Mulgan: „Unsere Aufgabe“. CREATIVITY – Wir bauen auf Inspiration, Vorstellungskraft und Wissen, um wirksame und nachhaltige Zukunftskonzepte zu entwickeln. Essay von Wilhelm Krull: „Weiter sehen“. COMMITMENT – Unsere Zusammenarbeit basiert auf Vertrauen, Offenheit und Respekt. Essay von Rahel Jaeggi: „Versprich es mir“.

Nicht nur der geistige Kontext wird beschrieben – auch der physisch-räumliche Standort: Das Warburg-Ensemble – eine Reihe von 9 Häusern aus der Gründerzeit (errichtet zwischen 1860 und 1870) im Stadtteil Harvestehude-Rotherbaum, eng verbunden mit dem jüdischen Leben in Hamburg bis kurz vor dem 2. Weltkrieg und dem Bankier Max Warburg. Die besondere Architektur dieser Häuser soll sich auch kreativ auf die Arbeit auswirken und wird unter der Leitung internationaler Architekten in Stand gesetzt.

6. Die Themen und Fellows der Aufbauphase

Das Selbstverständnis des TNI lautet: „THE NEW INSTITUTE ist ein Institute of Advanced Study und eine Plattform für die Gestaltung gesellschaftlichen Wandels. Es wurde Anfang 2020 in Hamburg gegründet, um Antworten auf die drängendsten ökologischen, ökonomischen und politischen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Ziel des THE NEW INSTITUTE ist es, wirksame und nachhaltige Zukunftskonzepte zu entwickeln und umzusetzen.“¹⁸

¹⁷ <https://thenew.institute/de/why>

¹⁸ <https://thenew.institute/de/about>

Es gibt 5 Leitfragen, an denen sich die Arbeit ausrichtet.

- Wie funktioniert Wandel?
- Wie erschließen wir neue Horizonte?
- Wie erreichen wir unsere Ziele?
- Wie sorgen wir dafür, dass alle Stimmen gehört werden?
- Wie schließen wir die Kluft zwischen Erkenntnis und Handeln?¹⁹

Im Institut werden Programme formuliert, die nicht nur Themen formulieren, sondern zu denen im Hintergrund schon Menschen gedacht werden, die sie voranbringen könnten. „THE NEW INSTITUTE bringt eine internationale Gemeinschaft von Denker*innen und Praktiker*innen zusammen: Menschen aus Wissenschaft, Kunst, Medien, Aktivismus, Wirtschaft und Politik, die unsere Werte und Ziele teilen. Wir planen strategische Partnerschaften mit institutionellen Akteuren, die gemeinsam mit uns den gesellschaftlichen Wandel lösungsorientiert gestalten wollen.“²⁰

Programme sind das eine – sie lebendig werden zu lassen und zu Ergebnissen zu führen das andere: Die personelle Basis bilden die Fellows. Die Beschreibung der Mission endet mit dem Satz: „Wir suchen Menschen, die unsere Vision und Werte teilen. Menschen, die Denken als Anleitung zum Handeln verstehen. Menschen, die den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben.“²¹

Hierfür werden weltweit von der Institutsleitung geeignet erscheinende Personen gezielt angesprochen. Fellows, ehemalige Fellows und Partner können selber Personen für Fellowships vorschlagen. Auf eine Fellowship kann sich aber auch initiativ beworben werden. Die Berufung wird nach einer sorgfältigen Prüfung durch eine Kommission ausgesprochen. Die Mitglieder des TNI müssen hohen Ansprüchen genügen: „THE NEW INSTITUTE baut auf akademische Exzellenz, um Veränderung zu bewirken.“... „Nominierungen werden zu folgenden Personengruppen entgegengenommen:

- international anerkannte Spitzenwissenschaftler*innen aus allen geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen für Fellowships von bis zu zwei Jahren;
- Vertreter*innen aus Aktivismus, Politik, Kunst, Medien, Journalismus, Wirtschaft und Verwaltung mit starkem Interesse an Fragen von Ethik, gesellschaftlichem Wandel und menschlichem Verhalten, Bewusstsein für ökologisch-ökonomisch nachhaltige Zukünfte für Fellowships von bis zu sechs Monaten; eine Aufteilung in mehrere, kürzere Aufenthalte ist möglich.

Die Kandidat*innen sollten herausragende, international anerkannte Persönlichkeiten ihres jeweiligen Fachgebiets sein, die sich mit den Zielen des THE NEW INSTITUTE identifizieren und daran interessiert sind, einen Beitrag zum sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Wandel zu leisten. Aufgrund ihrer bisherigen Erfolge sollten sie die Fähigkeit haben, transformative Ideen in das THE NEW INSTITUTE einzubringen und Forschungsergebnisse mit Blick auf praktische Lösungen weiterzuentwickeln.

Die Kandidat*innen verfügen über Erfahrung und nachweisliche Erfolge in der Zusammenarbeit mit Netzwerken außerhalb ihres eigenen Fachgebiets (z.B. Akademiker*innen jenseits der Wissenschaft unter Verwendung

kreativer Formate zur Schaffung von öffentlicher Wirksamkeit). Die Kandidat*innen müssen ein hohes Interesse an interdisziplinären und transsektoralen Zusammenhängen haben. Gute Englischkenntnisse sind Voraussetzung.“²²

Und die Programme, die sie weiter ausgestalten und voranbringen sollen? „Unsere Fellowship-Programme verbinden die Suche nach Erkenntnis mit der Entschlossenheit zum lösungsorientierten Handeln – von der Analyse bis zur Umsetzung.“²³ Solche Programme sind gegenwärtig: A) „Shaping Regenerative Economies“ (Wie kann eine regenerative Wirtschaft funktionieren?), B) „The New Hanse“ (Was ist die grüne digitale Modellstadt?), C) „Voices from the Past – Lessons for the Future“ (Wie gelingt Veränderung?), D) The Foundations of Value and Values (Was ist ein tragfähiges Wertesystem für das 21. Jahrhundert?), E) The Future of Democracy (Welche Reformen braucht eine zukunftsfähige Demokratie?).

Die Arbeitsformen und Brückenschläge zur Zivilgesellschaft sind vielfältig: Projekte, Interviews, Essays, Podcasts, Bücher, institutionelle Kooperationen (z.B. mit Think Tanks).

Um neue Mitglieder für diese Programme wird geworben: „Fellows am THE NEW INSTITUTE sind aktiv beteiligt an der Gestaltung gesellschaftlichen Wandels. Willkommen sind Bewerbungen aus Wissenschaft, Aktivismus, Politik, Kunst, Medien, Journalismus, Wirtschaft und Verwaltung. Entscheidend ist die Vielfalt an Erfahrungen und ein lösungsorientierter Ansatz.“²⁴ Von ihrer Zusammensetzung hängt die weitere Entwicklung des TNI entscheidend ab. Denn bisher sind vor allem aussichtsreiche Gründungskonzepte vorgelegt worden. Leben gewinnen sie durch den Austausch zwischen Gründern, Leitung und den gewünschten markanten Fellows, die ihre Sicht mit einbringen.

Mit der Gründung des TNI ist eine in viele Richtungen Mut machende Chance gewonnen worden, die globale Zukunft mit einem qualifizierten Beitrag zu beeinflussen. Die wachsenden Erfahrungen mit der Praxis des Instituts werden weitere Wege aufzeigen.

¹⁹ <https://thenew.institute/de/what>

²⁰ <https://thenew.institute/de/about>

²¹ <https://thenew.institute/de/why>

²² <https://thenew.institute/de/what>

²³ <https://thenew.institute/de/what>

²⁴ <https://thenew.institute/de/what>

■ **Wolff-Dietrich Webler**, Prof. Prof. h.c. Dr., ehem. Professor of Higher Education, University of Bergen/Norway, Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), E-Mail: webler@iwbb.de

Thorsten Wilhelmy

Ambivalenzkunst – Zur Erfolgsgeschichte der Institutes for Advanced Study



Thorsten Wilhelmy

Starting from the recent analysis of Germany's landscape of Institutes for Advanced Study published by the German Council for Science and the Humanities, the article focuses on IAS' flourishing in Germany since the launch of the Excellence Initiative. It argues that the secret of IAS' success and ongoing mushrooming lies in its particular interpretation of dominant paradigms in Germany's science policy discourse. While relying on those paradigms – strengthening the local research environment, fostering excellence, enhancing competitiveness and allowing for interdisciplinary research – IAS offer at the same time an alternative to them. Thus, they benefit both from trends of reasearch policy and are addressed as places of remedy against the damages associated with them. At the heart of IAS lies their ambivalent position vis à vis the "zeitgeist" of research policy. Forcing them to give up their ambivalence would endanger their identity. New paradigms of research policy – digital research environments and creating impact – are challenges for IAS' mission.

Der Wissenschaftsrat hat sich in seinen *Entwicklungsperspektiven von Institutes for Advanced Studies (IAS) in Deutschland*¹ erstmals systematisch mit dem Typus einer Wissenschaftseinrichtung befasst, die weltweit seit der Gründung des *Institute for Advanced Study* in Princeton Karriere gemacht hat und insbesondere in Deutschland zu einer außergewöhnlich großen Zahl von Neugründungen innerhalb von weniger als zwei Jahrzehnten geführt hat. Zutreffend beschreibt der Wissenschaftsrat die Variationsbreite der unter dem Label IAS operierenden Einrichtungen. Trotz vielerorts ähnlicher Routinen wie der Vergabe von Fellowships auf Zeit, der interdisziplinären Zusammenstellung der jeweiligen Kohorten von Fellows, der vergemeinschaftenden Elemente durch wöchentliche Vorträge/Kolloquien und gemeinsame soziale Aktivitäten (z.B. gemeinsame Mahlzeiten) hat sich ein großes Formenspektrum von IAS entwickelt, sodass man eher von einer Familienähnlichkeit zwischen ihnen sprechen sollte. Es wird gerade keine identische Blaupause an den unterschiedlichen Standorten realisiert – das Zukunftskolleg in Konstanz mit seinem klaren Fokus auf den Freiräumen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer früheren Karrierephase unterscheidet sich vom ZiF mit seinem Gruppenprinzip; das explizit transdisziplinäre und als Forschungsinkubator angelegte Center for Advanced Internet Studies CAIS in Bochum wiederum verschreibt sich deutlich anderen Zielen als das um die Einzelforschung herum organisierte Wissenschaftskolleg zu Berlin. Und das Hamburger „The New Institute“ kündigt seine Neuinterpretation des Institutionentyps bereits im Namen an und will sie mit dem klaren Fokus auf der Intervention von Wissenschaft in drängende gesellschaftliche Fragen einlösen. Dass der Wissenschaftsrat, indem er zwischen den unterschiedlichen Interpretationen und Missionen

der IAS differenziert, gleichzeitig Legitimation für die Vielzahl der IAS gerade auch in Deutschland schafft, ist keine kleine Leistung, könnte doch bei oberflächlicher Betrachtung die Frage gestellt werden: Wie viele braucht es denn noch?

Interessanterweise hat es der Wissenschaftsrat bei dieser Beschreibung vermieden, die Erfolgsgeschichte der IAS auf ihre wissenschaftssystematischen Voraussetzungen zu durchleuchten – denn erklärungsbedürftig bleibt es doch, weshalb ausgerechnet diese kleinen Einrichtungen eine solch rasante Ausbreitung erfahren haben und weiterhin erfahren. Sagt dieser Erfolg etwas aus über das Wissenschaftssystem, in welches die IAS eingebettet sind und innerhalb dessen sie sich binnen kurzer Zeit von einer ebenso exklusiven wie exotischen Randerscheinung zu einem festen Bestandteil der Institutionenlandschaft gewandelt haben? Im Folgenden sollen genau zu diesem Zusammenhang zwischen dem Wissenschaftssystem und den IAS einige Überlegungen angestellt werden. Schwerpunkt der Betrachtung wird die Gründung von IAS seit dem Beginn der Exzellenzinitiative sein. Die lange Vorgeschichte der IAS, auch im internationalen Kontext, hat die vorzügliche Analyse von Britta Padberg rekonstruiert, auf die sich auch der Wissenschaftsrat in seiner Beschreibung stützt.² Die folgenden Ausführungen stimmen mit Padberg darin überein, dass die Erfolgsgeschichte der IAS mit den jeweils dominanten wissenschaftspolitischen Diskursen und Paradigmen zusammenhängt. Für die Zeit seit der Exzellenzinitiative soll noch schärfer in den Blick genommen wer-

¹ Wissenschaftsrat (2021): *Entwicklungsperspektiven von Institutes for Advanced Studies (IAS) in Deutschland*. Köln. Im folgenden zitiert als WR.

² Padberg, B. (2020): *The Global Diversity of Institutes for Advanced Study*. In: *Sociologica. International Journal for Sociological Debate*, 14 (1), pp. 119-161.

den, wie diese Wechselwirkung zwischen der Entwicklung des Systems und den IAS selbst letzteren zum Erfolg verhilft. Die These lautet, die Pointe der IAS bestehe darin, jeweils affirmativ auf herrschende Paradigmen bezogen zu werden und gleichzeitig als Orte angesehen werden können, an denen die wirklichen oder vermeintlichen Schäden geheilt werden, die durch diese Paradigmen angerichtet werden. Oder kürzer: IAS sind je nach Perspektive Teil und Produkt des wissenschaftspolitischen Zeitgeistes oder sein (besseres) anderes. Von dieser Ambivalenz leben sie, weshalb es für sie riskant wäre, würde man sie zwingen, diese aufzulösen. Der Wissenschaftsrat tut das gerade nicht, was man als List seiner Vernunft interpretieren darf.

Um es konkret zu machen: IAS versöhnen Standortförderung mit Rückzugsmöglichkeiten für einzelne (I); sie sind Teil des Exzellenzdiskurses, ohne der Kritik an ihm zu verfallen (II); sie profitieren von der Logik des Wettbewerbs und bleiben zugleich den für diesen Wettbewerb eigentlich selbstverständlichen Kriterien entzogen (III); schließlich beherrschen sie beinahe quantenmechanisch die Kunst, durch zwei Türen gleichzeitig zu gehen – durch die der Disziplinarität wie die der Interdisziplinarität (IV). Abschließend sollen noch zwei Herausforderungen der IAS benannt werden, die sich durch die Etablierung neuer wissenschaftspolitischer Leitmotive am Horizont abzeichnen (V).

Den Schwerpunkt wird die Betrachtung der deutschen Wissenschaftslandschaft bilden, gelegentliche Seitenblicke in die europäischen Nachbarländer dienen der Illustration – eine seriöse Rekonstruktion der Zusammenhänge zwischen IAS und dem jeweiligen nationalen Wissenschaftssystem würde sicher bemerkenswerte Unterschiede offenbaren, muss aber hier aus Platzgründen entfallen.

I. IAS als Instrumente der Standortförderung

Dass zahlreiche deutsche IAS im Zuge der Exzellenzinitiative gegründet wurden, unterstreicht ihren Zusammenhang mit der Stärkung von Spitzenforschung an Universitäten. Gerade die strukturelle Verkopplung mit Universitäten in Gestalt von Berufungsgremien, die Finanzierung aus dem Universitätshaushalt oder die Rolle der Universitätspräsidenten in der Governance unterstreichen dieses Motiv. Auch die mit ähnlichen Routinen operierenden Käte Hamburger-Kollegs, die der Wissenschaftsrat in seiner Analyse vielleicht etwas vorschnell ausgeklammert hat, folgen dieser Logik. Die viel beschworenen „besten Köpfe“ an die eigene Universität oder in die eigene Stadt zu holen und damit den Standort wissenschaftlich voranzubringen, sichtbar zu machen, all dies passte und passt hervorragend in die Logik der Standortförderung und in ein neues Bewusstsein insbesondere der staatlichen Geldgeber, nicht nur auf die einzelne Institution bezogene Politik zu betreiben, sondern Wissenschaftsförderung in regionalem Zusammenhang. Entscheidendes Merkmal und Teil ihres Erfolges ist nun für die IAS die sehr spezifische Verbindung, die sie zwischen Fellows, Institution und Standort stiften, und die sich von der andernorts verwirklichten Ineinanderfühlung dieser Dimensionen deutlich unterscheidet. Denn

die Fellows sind auf Zeit vor Ort, zugleich aber sind die eingeladenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dem Standort mit seinen durch Dauerpersonal geprägten Institutionen durch nichts verpflichtet: Sie erbringen keine Leistung, die der jeweiligen Universität zugeschrieben wird, sie sind in der Regel nicht in ein Beschäftigungsverhältnis eingebunden, sie sind niemandem gegenüber weisungsgebunden und sie gehen nach der begrenzten Zeit der Fellowship wieder – gegebenenfalls an das nächste IAS. Dies gilt für viele universitätsbasierte IAS wie für solche, die autonom agieren gleichermaßen. Natürlich ist die Hoffnung der jeweiligen Initiatoren von IAS nicht unbegründet, dass sich vor Ort Kontakte auch zu vor Ort fest verankerten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ergeben, zu Fachbereichen, anderen Institutionen etc., aus denen sich langfristige Netzwerke ergeben können. Anders aber als bei den Forschungsaufenthalten der Humboldtianerinnen und Humboldtianer ist dieser Effekt nicht zentral für die meisten IAS. Die Fellows sind nicht gezwungen, „auf die Ziele der des Standorts einzuzahlen“, und zwar nicht einmal auf die messbare Leistung des IAS selbst, was unten noch ausgeführt wird. Damit aber tragen die Fellows völlig anders zur Stärkung lokaler Forschung bei als neu berufene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, als Stipendiatinnen und Stipendiaten der Humboldt-Stiftung usw. Fellows können in Halbdistanz zu den ortsansässigen Wissenschaftseinrichtungen bleiben. Zuge-spitzt ließe sich sagen, IAS betrieben Standortförderung durch reine Anwesenheit. Die Fellows sind Faktoren im Standortwettbewerb, ohne diesen Standort – also die jeweilige Universität bzw. Institutionenlandschaft – so ernst nehmen zu müssen wie deren echte Angehörige. Denn geschätzt wird von den Eingeladenen vielfach die Möglichkeit der Konzentration auf die je eigene Forschungsarbeit, also gerade der Rückzug von institutionellen Verpflichtungen an einen Ort, der ganz von ihren eigenen Interessen bestimmt wird. Die Programmatik des Heidelberger Marsilius-Kollegs, das sich eben vorwiegend an eigene Universitätsangehörige richtet, belegt, dass aus Perspektive der Fellows dieser Freiraum den entscheidenden Mehrwert darstellt.

Es ist daher kein Zufall, dass die Lücke zwischen der berechtigten Hoffnung auf Effekte für die lokale Umgebung und deren tatsächlichem Eintreten vielerorts mit zusätzlichen Instrumenten verringert werden soll. So spielt das Tandemprinzip inzwischen vielerorts eine große Rolle, d.h. für die eingeladenen Fellows ist jeweils eine Kooperationspartnerin in einer Einrichtung vor Ort identifiziert, ein Prinzip, das am Hanse Wissenschaftskolleg in Delmenhorst und jüngst am HIAS in Hamburg die enge Verknüpfung von Fellowship und Forschungsförderung *at home* unterstreicht. In Frankreich lässt sich dies gleichfalls beobachten: Die meisten Gründungen dort fanden im Kielwasser des nationalen Exzellenzwettbewerbs statt, und auch dort geht es um die Standortförderung der jeweils eng eingebundenen Universitäten, auch dort sind die Tandems bevorzugtes Instrument. Die Einbindung externer Fellows in universitäre, am IAS angesiedelte Arbeitsgruppen stellen eine weitere Verknüpfung dar (vgl. CAS LMU). IAS, die einen besonderen Fokus auf jüngere Karrierephasen legen, wie das Zu-

kunftscolleg in Konstanz oder das im dänischen Ahaus gelegene AIAS, binden die jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer Weise ein, die auch Anschlussperspektiven eröffnet – sie können zu Plattformen für mögliche Berufungen werden. Auch ein entsprechendes Programm am TUM-IAS zielt auf eine solche Funktion der Felloweinladung im Berufungsprozess ab.

Der Wissenschaftsrat reagiert mit seinen Empfehlungen auf diese gefühlte, aber nicht ganz ausgelotete Lücke zwischen erwünschten *spill-over*-Effekten und dem Versprechen des Rückzugs, das IAS vielfach denn je einzelnen machen. Er rät zur

„Öffnung gegenüber den anderen Einrichtungen des Wissenschaftssystems. Kooperationen bieten sich vor allem im Verhältnis von außeruniversitären IAS und Universitäten an. Aber auch universitätsbasierte IAS sollten erwägen, über die inneruniversitäre Kooperation hinaus verstärkt mit weiteren benachbarten Universitäten zusammenzuarbeiten, um die bestmöglichen Arbeitsvoraussetzungen zu schaffen.“ (WR, S. 7)

Zwar geht es hier einerseits um die möglichen Vorteile für die IAS, z.B. bei der Gewinnung von Fellows. Zugleich aber schimmert die Erwartung eines Mehrwerts der Anwesenheit der Fellows für die lokale Forschungs-umgebung durch. Es ist kein Zufall, dass der Wissenschaftsrat in seinen in den vergangenen Jahren vorgelegten Einzelevaluationen des Wissenschaftskollegs zu Berlin und des Hanse Wissenschaftskollegs in Delmenhorst mit Blick auf die Beziehung zu den benachbarten Einrichtungen denn auch zu unterschiedlichen Empfehlungen gelangte. Empfahl er dem unabhängigen Berliner IAS, die Verbindung zu den Universitäten zu stärken, so warnte er das mit enger Einbindung in die Universitäten Oldenburg und Bremen operierende Hanse Wissenschaftskolleg davor, die Fellows zu stark für die Interessen dieser Universitäten zu funktionalisieren. In dieser pendelnden Empfehlungslage drückt sich wie in der obigen Passage der aktuellen Empfehlungen aus, wie die IAS in einem für sie bislang produktiven Einerseits-Andererseits von Standortförderung und Rückzugsort existieren, wie aber immer wieder auch die nicht auflösbare Spannung dieser Kippfigur riskant wird. Wer wegen der Effekte auf die benachbarte Forschungslandschaft gegründet wurde, diese Effekte aber nur mit dem Versprechen der größtmöglichen Freiheit erreichen will, welches er den eingeladenen Fellows gibt und das auch der Wissenschaftsrat erneuert, dem bleibt letztlich nur der Verweis auf die sich von selbst einstellenden Effekte, auf die Überraschungen, auf das Unverfügbare – daher die Beliebtheit der *serendipity* in den Selbstbeschreibungen der IAS. Zwingt man das IAS, gerade wenn es an einer Universität hängt, aber zum Nachweis seiner Standortwirkung, so muss es zwangsläufig in viel größere Erklärungsnot geraten als eine nach üblichen Kriterien operierende Einheit – Fakultät, Institut etc. Die Argumente, die im Zuge des Schließungsbeschlusses des Lichtenberg-Kollegs in Göttingen seitens der Universitätsleitung vorgebracht wurden, belegen dies eindringlich: „Es lässt sich aber nicht leugnen, dass es dem Kolleg trotz vieler individueller Interaktionen nicht gelungen ist, dauerhafte und stabile Verbindungen zu the-

matisch verwandten Fakultäten der Universität herzustellen“.³ *Quod erat demonstrandum*.

II. Exzellenz ohne Nebenwirkungen

Die nur lockere Verbindung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der Einrichtung und dem Ort drückt sich für diese selbst auch noch in anderer Hinsicht aus. Eines fehlt in den IAS, anders als an allen anderen, auch besser ausgestatteten Wissenschaftseinrichtungen: die Verantwortung der dort forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Strukturen, Routinen, Regeln, und Entscheidungserfordernisse der Einrichtung, an der sie diese Forschung betreiben. Jedes Max-Planck-Institut zeichnet sich gleichermaßen durch einen starken Forschungsfokus und die Entlastung bei der Lehre aus – bis hin zu einer Deputatsreduktion auf zwei Stunden für die Direktorinnen und Direktoren. Max-Planck-Institute stellen für die Forschung der hervorragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ungleich mehr Ressourcen zur Verfügung als ein IAS dies kann. Jedoch sind auch an den MPI die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Selbstverantwortung eingebunden – sie treffen Personalentscheidungen, müssen sich über Ressourcenverteilungen einigen, Zuständigkeiten klären, sich Evaluationen und Berichtspflichten unterwerfen etc. Diese Verantwortung der Professorinnen und Professoren für die organisatorischen Belange der Universität gehört zu deren Identitätskern. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betont seit 1973 regelmäßig, dass die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit der einzelnen Forscherinnen und Forscher sich in der organisatorischen Gestalt der Universität und der Stellung der Professorinnen und Professoren in dieser manifestiert. Diese Verantwortung und die damit einhergehenden Machtbefugnisse würden in der Universität und in allen anderen Wissenschaftseinrichtungen von den Forscherinnen und Forschern niemals preisgegeben werden – und doch ist es vermutlich ausgerechnet deren Fehlen, was die IAS aus der individuellen Perspektive zu so begehrten Orten macht. Die befristete Entlastung nicht nur von der Lehre, sondern mehr noch von aller Verantwortung für die in Wissenschaftsorganisationen relevanten institutionellen Belange ist es, die mutmaßlich das Gefühl unvergleichlicher Freiheit erzeugt. Und genau hier setzt auch die in den IAS gelingende Verbindung von Exzellenzdiskurs und der Vermeidung der Kritik an ihm ein: denn von Beginn an wurde der Exzellenzförderung neben der Aufkündigung des Gleichheitsanspruchs angelastet, dass sie die *Institution* ins Zentrum der Förderung rückte und damit deren Strategie- und Steuerungsfähigkeit vergrößerte. Folglich, so die Kritik, würden die administrativen Strukturen in den Universitäten aufgebläht und die herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu Managern ihrer eigenen Exzellenz verurteilt.

Für die Fellows in den IAS entfallen hingegen all jene Aspekte, die sie in ihren Heimateinrichtungen in die organisatorische (bürokratische, institutionelle usw.) Di-

³ Zitiert nach Wiarda, J.-M. (2020): Vermeidbarer Abschied. Online: <https://www.jmwiarda.de/2020/12/21/vermeidbarer-abschied/> (03.06.2021).

mension verstricken. Natürlich gibt es diese Dimensionen genauso auch an IAS. Auch dort existieren Berichtspflichten, müssen Ressourcen verteilt werden, Ausschreibungen gemäß Vergaberecht erfolgen, müssen Personalentscheidungen getroffen und Gremiensitzungen abgehalten werden. Aber die Fellows werden von der Verantwortung für diese Aspekte freigestellt. So sehr sie *Principal Investigators* sind – und da manche IAS neben Rektorinnen und Präsidenten gar kein eigenes wissenschaftliches Personal beschäftigen, sind die Fellows dort die einzigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Institution – so wenig sind sie „Prinzipal“. In Abwandlung einer Parole des aufgeklärten Absolutismus ließe sich als Prinzip der IAS formulieren – *alles für die Forscher, nichts durch die Forscher*. Es herrscht Verantwortungsasymmetrie. Es ist vor allem dieser Aspekt, der die IAS als Organisationen entlastet von der von Beginn an neben der Exzellenzinitiative herlaufenden Kritik an deren bürokratischen Nebenfolgen, an der Bevorzugung großer Clusterstrukturen und der Indienstrategie von Forscherinnen und Forscher für „betrieblich“ organisierte, im Stile von Fünf-Jahres-Plänen aufgesetzte Prozesse. Zugespitzt könnte man sagen: IAS entschädigen die Forscherinnen und Forscher für ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf die Gesamtverantwortung in ihren Heimateinrichtungen mit einer organisatorischen Entmündigung auf Zeit.

Obwohl also die IAS durch den Exzellenzwettbewerb vielerorts überhaupt erst plausibel wurden und werden, sind sie gleichzeitig immer wieder als die idealen Orte adressiert worden, an denen die Folgeschäden der strategischen, geplanten, wettbewerblichen und gesteuerten Forschung kompensiert werden. Durch ihre Verpflichtung auf die Freiheit der einzelnen Forscherinnen und Forscher und die an den meisten Orten konsequente Betonung der Individualforschung setzen sie der Kritik an der Exzellenzstrategie als zu gesteuert, betrieblich etc. ein romantisches Bild von Einsamkeit und Freiheit entgegen, das sie nun gerade zum Sehnsuchtsort außerhalb der Nebenfolgen des Exzellenzwettbewerbs macht. Richtig daran ist, dass die Exzellenzförderung eben nie ohne die klugen Köpfe der einzelnen funktioniert und in ihnen ihren eigentlichen Adressaten hat; vergessen wird aber bei dieser Kritik, von welcher ein Glanz auf die IAS abfällt, dass man damit im Grenzwert auf die Abschaffung der Mitverantwortung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Wissenschaftsorganisationen abzielt, dass also Exzellenzförderung alleine als Form der an den IAS vorgehaltenen Förderinstrumente in ihrer Reichweite auch beschränkt bliebe.

III. Jenseits des Wettbewerbs?

Der Zusammenhang von IAS und Standortwettbewerb wurde bereits ausführlich erläutert. Die wettbewerblich organisierten Auswahlverfahren, die es vielerorts an IAS bei der Berufung von Fellows gibt, unterstreichen, dass die IAS dem Prinzip der Bestenauslese verpflichtet sind und gerade darin ihre *raison d'être* sehen. Von alles überragender Bedeutung ist aber die Zusage der IAS, auf die üblichen Mechanismen der Leistungsmessung nach Aufenthalt, die ja für den Wettbewerb unabdingbar

sind, weitgehend zu verzichten. Es gibt in der Regel keine output-Messung, es wird keine Zielvereinbarung bei Ankunft geschlossen, es werden keine Publikationen gezählt. Zwar listet der Wissenschaftsrat unterschiedliche Umgangsweisen mit der Erfolgs- und Leistungsbeurteilung der eigenen Arbeit durch IAS auf, dennoch ist deutlich, dass der eigentliche Reiz für die eingeladenen Forscherinnen und Forscher in der weitgehenden Freistellung von unmittelbaren Produktionserwartungen besteht. Die (messbare) Produktivität der Forscherinnen und Forscher ist nicht unmittelbar Gegenstand der Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Einrichtung. Die Forschungsleistung der einzelnen wird vom Qualitätsurteil über die Einrichtung partiell entkoppelt. Es ist für die IAS ohne Frage existenziell, dass der Wissenschaftsrat die Anwendung von in anderen Wissenschaftseinrichtungen üblichen Formen der Leistungsmessung auf die IAS gerade nicht einfordert und ausdrücklich anerkennt, dass es mit ihnen Orte im Wissenschaftssystem gibt und geben muss, die einer output-Evaluation entzogen sind. Allerdings können sich die IAS auch dem eigenen Selbstverständnis nach nicht indifferent zum langfristigen Erfolg der durch sie geleisteten Forschungsförderung verhalten. Auch sie müssen daran festhalten, dass „etwas herauskommt“, dass der Aufenthalt sich befördernd, beflügelnd etc. auf die Forschung ihrer Fellows auswirkt und dass die dort geschriebenen Bücher, Artikel und die geförderten Personen in ihren jeweiligen Fachgebieten einen Unterschied machen. Auch IAS können langfristig nicht ohne die Legitimationszufuhr durch Erfolg auskommen – sie haben jedoch mehr Spielräume, diesen zu definieren und zuzuschreiben. Niemand aber wird in Abrede stellen, dass ein Nobelpreis, der einer ehemals am ZIF forschenden Wissenschaftlerin zugesprochen wird, auch das ZIF selbst legitimiert und absichert – genau wie der Balzanpreis, der Holberg-Preis, der Leibnizpreis, die Fields-Medaille oder die Einwerbung eines ERC-Grants für eine Geförderte andernorts. Das Papier des Wissenschaftsrats hält den IAS hier weiterhin den Rücken frei, die output-Evaluation für sich abzulehnen. Damit lässt er ihnen die Chance, den Nachweis ihrer jeweiligen Erfolge selbst mitzubestimmen, von quantitativen Leistungsmessungen mehrheitlich abzusehen und alternative Argumente zu entwickeln. Er listet diese unterschiedlichen Umgangsweisen auch auf und formuliert salomnisch:

„Übergreifend lässt sich festhalten, dass die meisten Einrichtungen sich der Schwierigkeiten einer Qualitätsüberprüfung ihrer Leistungen bewusst sind und diese auch auf den verschiedenen Ebenen ihres Leistungsspektrums reflektieren.“ (S. 49)

Es ist aber genau diese „Schwierigkeit“, die den Kern der IAS ausmacht und den Reiz für die Eingeladenen. Wäre sie lösbar, hätten die IAS ein Problem. Der Vertrauensvorschluss, der ausdrücklich auch von den jeweiligen Zuwendungsgebern gewährt wird, kann von den IAS an ihre Fellows unmittelbar weitergegeben werden – und trägt so dazu bei, dass die Forscherinnen und Forscher die Zeit tatsächlich als exzeptionell erleben können. Allerdings zeigt der ganze Text des Wissenschaftsrats, dass auch er nach Formeln sucht, mit denen angedeutet wird, worin die spezifische Leistung der IAS besteht und wie sie er-

kannt werden kann. Das „Inkubieren“ neuer Forschungsfelder ist eine dieser Formeln, die „produktive Irritation“ eine andere. Im Grunde wiederholt sich hier bei der Leistung der IAS, was oben für den Aspekt der Standortförderung zu zeigen versucht wurde: Die IAS gründen sich auf das spezifische Vertrauen darin, **dass** hier ein Effekt existiert, aber ihre Verpflichtung auf die üblichen Nachweismechanismen, **ob** und **wie** dieser Effekt zustande kommt, würde sie um ihr Proprium bringen. Die Freiheit, die der Wissenschaftsrat als zentral betont, lebt ja von dem Verzicht auf Ergebniskontrolle. Weil aber auch der Wissenschaftsrat nicht grundsätzlich von den ja in der Selbstbeurteilung prominenten Argumenten – Standortförderung, Exzellenzförderung, Bestenauslese – absehen kann, werden die Unschärfen, die den Kern der IAS ausmachen müssen, mal wohlwollend, mal mit ein wenig Unbehagen umkreist. „Mehr Kooperation“, „mehr Transparenz bei der Auswahl“ und „Reflexion der verschiedenen Ebenen des Leistungsspektrums“ sind die entsprechenden Formeln.

Und auch in einer zweiten Hinsicht geht die Verbindung von Wettbewerbslogik und gleichzeitigem Heraustreten aus ihren Mechanismen nicht vollständig auf: Die universitären IAS, deren Einrichtung explizit mit der Stärkung der Forschung an ihrer Universität begründet wurde, sehen sich mittelbar den an die Universität angelegten Maßstäben ausgesetzt. Es sind nun nicht die einzelnen Fellows, die Gegenstand einer solchen Evaluation sind, sondern es ist das IAS, das irgendwann seinen Mehrwert für die universitäre Forschung belegen muss – spätestens, wenn der Wissenschaftsrat im Rahmen der Evaluation der Exzellenzstrategie vorstellig wird. Das FRIAS, das Kern des Exzellenzantrags der Universität Freiburg in der ersten Runde des Wettbewerbs gewesen ist, ist genau in dieses Spannungsfeld der Evaluation geraten. Wenn aber dieser Mehrwert für die Universität und also mit den für sie üblichen Kriterien bestimmt wird, so rutscht das universitäre IAS doch die schiefe Ebene der üblichen Leistungskriterien hinunter. Die Verbindung zweier Evaluationsregime – des für die Universitäten üblichen und des liberaleren für die IAS – erzeugt immer dann Reibungen, wenn die Bedeutung des IAS sich zu stark von der Stärkung der Universität herleiten muss. Zudem kann in inneruniversitären Verteilungskämpfen das Absehen von sonst üblichen Erfolgskriterien möglicherweise zu neuen Spannungen führen.

IV. Inter/Disziplinarität

Noch in einem vierten Fall gelingt es den IAS sich wie im Falle des Standorts, der Exzellenz und des Wettbewerbs an einen wissenschaftspolitischen Diskurs erfolgreich anzuschließen, ohne von der mitlaufenden Kritik an genau diesem Diskurs getroffen zu werden: Es handelt sich um die Interdisziplinarität. Hier muss das ZiF mit seinem scharf umrissenen Profil der Interdisziplinarität ausgeklammert werden, welches Schelsky definierte und zum Kern der Universität Bielefeld machte. Für sehr viele andere IAS indes gilt, dass ihnen eine Verbindung von Interdisziplinarität und Disziplinarität gelingt, die nonchalanter ist als die am ZiF unternommene Anstrengung. Denn einerseits ist vollkommen klar, dass die IAS in aller Regel nicht disziplinar aufgestellt sind. In Del-

menhorst hat die Energieforschung neben der Neurowissenschaft und der Geowissenschaft Platz, am CAS in München gibt es keine Leitdisziplin, und auch am FRIAS findet sich eine bemerkenswerte Bandbreite von Forschungsfeldern. Zugleich aber forcieren nur die wenigsten IAS die interdisziplinäre Zusammenarbeit dergestalt, dass sie auf die Forschung der je einzelnen zwangsläufig durchschlägt. Ob und in welchem Maße die Anregung der fremden Disziplin in die eigene Arbeit einfließt, bleibt jederzeit den Fellows selbst überlassen. Und das bedeutet, dass auch das eindeutig disziplinar verankerte Forschungsprojekt an IAS legitimerweise Platz findet – wenn es nicht sogar weiterhin die Regel darstellt. Die ständige Anwesenheit von mehr oder weniger nah benachbarten Disziplinen macht den intellektuellen Reiz der Konstellation aus, aber es entfällt für die Fellows die Verpflichtung zu einer eigenen interdisziplinären Reformulierung ihrer Forschungsarbeit. Interdisziplinarität ist für fast alle IAS eine maßgebliche Zuschreibung, aber für die wenigsten Maßstab und Ziel der Einrichtung. Auf diese Weise sind die IAS einerseits als interdisziplinäre Orte par excellence definiert, andererseits aber komfortable Rückzugsorte für disziplinäre Einzelforschung. Wer also einer wissenschaftspolitischen Feier der Interdisziplinarität als dem besseren Forschungsansatz skeptisch gegenübersteht, der kann sich ohne jedes Zugeständnis an einem IAS bewerben und dort seinem disziplinären Projekt nachgehen – und gleichzeitig in einer disziplinar diversen Umgebung forschen.

V. Herausforderungen

Zuletzt soll ein Blick auf zwei Herausforderungen der IAS geworfen werden. Wenn der eben beschriebene Zusammenhang zwischen wissenschaftspolitischem „Zeitgeist“ und den IAS existiert, so müssen sie besonders sensibel auf die Etablierung neuer Paradigmen reagieren – zumal wenn ihre Sonderstellung sie durch die vielerorts nicht dauerhafte institutionelle Absicherung anfällig macht für zu starken Veränderungsdruck.

Es sind besonders zwei der sich abzeichnenden Leitmotive, zu denen die IAS sich in ein produktives Verhältnis werden setzen müssen – und zum Teil tun sie das bereits. Dies ist zum einen die Digitalisierung; zum anderen die gestiegene Erwartung an die gesellschaftliche Wirksamkeit von Wissenschaft.

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen zu recht die Digitalisierung angesprochen und dabei das Prinzip der physischen Anwesenheit der Fellows als weiterhin zentral charakterisiert. Er verweist gleichzeitig auf die neuen Chancen, die sich durch die Einbeziehung von Forscherinnen und Forschern ergeben, die nicht vor Ort anwesend sind (vgl. WR S. 69), und nennt beispielhaft das Modell der Remote-Fellowships des IWM in Wien. Zu ergänzen ist aber an dieser Stelle der Effekt, den die Lektionen der Pandemie auf die regulären Fellows haben könnten, zumal wenn sich die Einladung an ein IAS dank deren wachsender Zahl auch „normalisiert“. Oben wurde als ein Erfolgsfaktor die systematische Entbindung der Fellows von institutionellen Verpflichtungen angeführt. Wo Digitalisierung und Videokonferenzen aber die Allverfügbarkeit zur Regel machen – für Kolleginnen,

Beiräte, Vortragveranstaltungen, *editorial boards*, inner-universitäre Gremiensitzungen, Präsidien oder die Doktorandinnen und Doktoranden – wird das unterhöhlt, was die Einladung an ein IAS einmal bedeutete: das Recht auf Abwesenheit. Insofern werden die Fellows und die IAS nicht nur über die Einbeziehung Dritter, nicht Anwesender nachdenken müssen – sondern auch darüber, wie sie die Anwesenden vor digital erzwungener Normalität schützen können.

Neben der Digitalisierung – und dem Aufruf, die sich mit ihr bietenden Chancen zu nutzen – ist die gestiegene Anforderung an den Beitrag von Spitzenforschung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme eine Herausforderung, der die IAS sich stellen müssen. Viele von ihnen haben darauf bereits reagiert. Die Definition von relevanten Arbeitsgebieten am Hanse Wissenschaftskolleg in Delmenhorst ist hier zu nennen, das transdisziplinäre Profil des CAIS in Bochum und auch die Themenschwerpunkte, die das KWI in Essen charakterisieren, weisen in diese Richtung. Die Pointe am KWI ist freilich, dass es diese Anforderung an Wissenschaft selbst zum Gegenstand der Forschung macht (eine Dialektik, die die Direktorin Julika Griem aus Frankfurt importiert hat). Besonders signifikant ist der Anspruch des Hamburger *The New Institute*, die Routinen und Formate des klassischen IAS mit der Intervention in die drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen zu verbinden. Wie es scheint antizipiert das Feld der IAS hier einen Trend, in den auch die inzwischen vielfach wiederholte Forderung nach stärkerer Wissenschaftskommunikation einzuordnen ist: mindestens durch Kommunikation soll Wissenschaft Einfluss auf gesellschaftliche Debatten nehmen, sie versachlichen, für rationales politisches Handeln Optionen bereitstellen. Mittelfristig könnten sich hier Spannungen bei den Instituten ergeben, die die *serendipity* weiterhin als zentrales Merkmal ihres Handelns beschreiben.

VI. Fazit

Für den Moment gilt, dass die Ambivalenzen und Kippfiguren, mit denen IAS operieren – bei der Exzellenz, der Standortförderung, dem Wettbewerb, der Interdisziplinarität – ihr Erfolgsgeheimnis ausmachen. Sie sind gleichzeitig als notwendige Unschärfen immer wieder die Ansatzpunkte für moderate Kritik, weshalb zu vielen dieser Bereiche dann auch die entsprechenden Empfehlungen ausgesprochen werden: mehr Vernetzung, angemessene (Selbst)Evaluation, mehr Interdisziplinarität. Der Verzicht auf output-Evaluation macht es insbesondere logisch, dass der Nachweis der Förderung der Besten am anderen Ende erbracht werden soll, nämlich beim „input“, dem Zugang zu den IAS. Die immer wiederkehrende Forderung nach der Transparenz der Auswahlverfahren und nach den Auswahlkriterien ersetzt faktisch die Notwendigkeit der Qualitätskontrolle nach Aufenthalt. Es verwundert daher nicht, dass diese Frage nach dem Zugang auch für den Wissenschaftsrat größte Bedeutung hat: die Klarheit des Zugangs ist Bedingung der Möglichkeit aller anderen, notwendigen Vagheiten. Zurecht betont der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen, dass der Erfolg der IAS an organisatorische Voraussetzungen geknüpft ist. Je abhängiger das IAS von ex-

ternen Instanzen ist – den Universitätspräsidien oder von dominanten, in die Funktionsbeschreibung des IAS hineinregierenden Geldgebern – umso eher läuft die Einrichtung Gefahr, einseitig bestimmt zu werden und der Hoheit über die Ambivalenzen zu verlieren. Je kurzatmiger die Finanzierungszusagen, je fantasievoller die *stakeholder* hinsichtlich der Auswahlentscheidungen des IAS und je mehr Aufgaben den IAS zudiktiert werden, umso stärker geraten die beschriebenen schwebenden Mittelpositionen unter Druck. Die Hoheit über die Definition der eigenen Mission und über die zentralen Prozesse muss daher in der Governance adäquat abgebildet sein – ansonsten wird das IAS rasch zum Spielball wechselnder Interessen und zur Erfüllungsgehilfin eindeutiger Zielbestimmungen, die jene Freiräume zu unterlaufen drohen, die auch der Wissenschaftsrat als Kern der IAS beschreibt. In der Summe wird zugleich deutlich, dass diese programmatischen Offenheiten, die die IAS charakterisieren, ihnen als Ausnahme zugestanden werden. Die Prinzipien sind gerade nicht übertragbar auf das Wissenschaftssystem als Ganzes. IAS hängen davon ab, dass sie Ausnahmen vom Regelfall sind. Sie sind – systematisch betrachtet – daher nichts weniger als der Idealfall von Wissenschaftseinrichtung, auch wenn sie den einzelnen Fellows mit dem Aufenthalt auf dem „Planeten Forschung“ (so die pointierte Charakterisierung der ehemaligen Fellow des Wissenschaftskollegs Silja Häusermann in ihrem Abschlussbericht) ein zeitlich befristetes Ideal für die Forschungsarbeit bieten. Würde indes das gesamte Wissenschaftssystem wie die IAS organisiert, so würde es binnen kurzem kollabieren: ein System, in dem es nicht nur keine Lehre gibt, kein Nachwuchs ausgebildet wird, sondern in dem auch der kontinuierliche disziplinäre Zusammenhang durchtrennt ist, in dem es keinerlei Erwartungen an Produktivität gibt, in dem das forschende Personal sich in einer frei gewählten Distanz zur lokalen Forschungsumgebung befindet und der eigenen Einrichtung nur lose, gewissermaßen als Gast verbunden ist und daher ohne Einbindung in die akademische Selbstverwaltung auskommt: Es zerfiele binnen kürzester Zeit. Die Ausbreitung des Ausnahmefalls indes als Krise des Normalfalls zu interpretieren, wäre wohl übertrieben. Das Wissenschaftssystem hat in seiner Evolution immer wieder institutionelle „Fluchtmutanten“ hervorgebracht, die die stereotype Klage vom Verfall, der Geistlosigkeit, Verbürokratisierung der Universität begleitet und unterlaufen haben, und das System als Ganzes lebt mit der Summe dieser Arrangements recht gut. Die gegenwärtige Konjunktur der IAS ist in der Verbindung des effektiven Ausnahmezustands für die Fellows mit einer gleichwohl an die leitenden Paradigmen anschlussfähigen Funktionsbeschreibung der Einrichtung als Ganze begründet. Gelingt es vielen der IAS, diese Balance je für sich und mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zu wahren, so dürften weitere Gründungen folgen.

■ **Thorsten Wilhelmy**, Dr. phil., Verwaltungsleiter und Wissenschaftlicher Koordinator an der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik, E-Mail: t.wilhelmy@aia-nrw.de

Edwin Constable: „Die Wissenschaft wird kritisch beobachtet“

Der Vorsitzende der Schweizer Expertengruppe Wissenschaftliche Integrität erklärt, weshalb die Schweizer Forschung dieses Jahr einen neuen Verhaltenskodex bekommt.¹

Edwin Constable leitet seit zwei Jahren eine Gruppe von Expertinnen und Experten an den Akademien der Wissenschaften Schweiz mit dem Auftrag, den Verhaltenskodex für wissenschaftliche Integrität zu überarbeiten. Er soll in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Nationalfonds, Swissuniversities und Innosuisse im Sommer 2021 veröffentlicht werden.

Edwin Constable, was weckt das Interesse eines Chemieprofessors an wissenschaftlicher Integrität?

Eine berechnete Frage. Es war ein kontinuierlicher, osmotischer Prozess. In meiner Zeit als Vizerektor an der Universität Basel verantwortete ich die Doktorandenausbildung. Integrität in der Forschung war ein zentrales Thema. Es kamen auch Fälle von wissenschaftlichem Fehlverhalten auf meinen Tisch. Es ist eine interessante und lohnende Tätigkeit.

Lohnend?

In schwierige Fälle involviert zu werden, ist natürlich nicht dankbar. Aber wenn wir einen guten Kodex schaffen, verhindern wir künftig solche Situationen.

Was hat sich geändert, dass der alte Kodex von 2008 umgestaltet werden muss?

Alles! Die Wissenschaft wird von der Öffentlichkeit so kritisch beobachtet wie nie zuvor. Sie verlangt Kosteneffektivität. Außerdem hat sich die Kommunikation von Forschungsergebnissen verändert. Damals steckten die sozialen Medien noch in den Kinderschuhen. Seither werden immer häufiger Fake-Fakten verbreitet und Forschungsergebnisse uninformativ hinterfragt. Es ist zentral, dass publizierte wissenschaftliche Ergebnisse robust

sind und sich verteidigen lassen. Das Management von akademischen Institutionen erfährt oft über Plattformen wie PubPeer von Vorwürfen über Fehlverhalten. Mit dem Fortschritt bei der KI und den riesigen Datenvolumen wird es immer schwieriger, die primären Daten einer Publikation zu prüfen.

Welche Auswirkung wird der Kodex auf die Praxis haben?

Ich hoffe sehr, dass er mit offenen Armen aufgenommen wird. Nicht als Regelwerk, das die individuelle Freiheit beschneidet, sondern als Referenz, die zu Rate gezogen wird, wenn Zweifel über die beste Praxis bestehen. Institutionen könnten ihn als Checkliste für ihre eigenen Bestimmungen verwenden.

Weshalb braucht es neben dem Europäischen Verhaltenskodex eine Schweizer Version?

Er ist hervorragend, aber der Schweizer Kodex ist detaillierter und berücksichtigt nationale Aspekte. Hier sind die Institutionen der höheren Bildung unabhängiger. Untersuchungen und Sanktionen bei Fehlverhalten liegen in ihrer Kompetenz. Was sie tun können, ist durch Bestimmungen auf Ebene des Bundes, der Kantone und der Universitäten festgehalten. So könnte der Schutz des Individuums die Transparenz in einer Weise beschränken, die nicht den Erwartungen der Öffentlichkeit entspricht. Ich habe in den vergangenen zwei Jahren viel über Schweizer Recht gelernt.

¹ Aus: Horizonte – Das Schweizer Forschungsmagazin, 04.03.2021. Von Florian Fisch. Online: <https://www.horizonte-magazin.ch/2021/03/04/edwin-constable-die-wissenschaft-wird-von-der-oeffentlichkeit-so-kritisch-beobachtet-wie-nie-zuvor/>

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autorin und Autor. Der UVW trägt mit seinen Zeitschriften bei jahresdurchschnittlich etwa 130 veröffentlichten Aufsätzen erheblich dazu bei, Artikeln in einem breiten Spektrum der Hochschulforschung und Hochschulentwicklung eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

Wenn das Konzept dieser Zeitschrift Sie anspricht – wovon wir natürlich überzeugt sind – dann freuen wir uns über Beiträge von Ihnen in den ständigen Sparten „Forschung über Forschung“, „Entwicklung, Strategie & politische Gestaltung“, „Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte“, aber ebenso Rezensionen, Tagungsberichte, Interviews oder im besonders streitfreudigen Meinungsforum.

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: www.universitaetsverlagwebler.de

Weniger Statistik, mehr Intuition!

Die medizinische und sozialwissenschaftliche Forschung will Verzerrungen vermeiden.
Als Inspiration könnte die Physik dienen, sagen Methodenforschende.¹

Forschungsergebnisse nur zu veröffentlichen, wenn sie spektakuläre Erkenntnisse enthalten, widerspricht der Grundidee von Wissenschaft als objektiver Suche nach der Wahrheit. Doch genau dies kommt häufig vor, in der klinischen Medizin ebenso wie in der Soziologie, der Psychologie oder der Ökonomie: Forschende werten ihre Ergebnisse aus und reichen sie nur an Fachzeitschriften ein, wenn sie einen „positiven“ Effekt finden. Alle anderen Ergebnisse verschwinden in der Schublade. Durch diesen als Publication Bias bekannten Effekt entsteht ein falsches Gesamtbild, und die zu positiv erscheinenden Ergebnisse drücken auch vermeintlich aussagekräftigeren Übersichtsstudien ihren Stempel auf. Wenn „negative“ Studien nicht publiziert werden, bedeutet dies auch eine Verschwendung von Forschungsarbeit.

Dazu kommt, dass veröffentlichte Daten oft fragwürdig sind, denn häufig werden mit ausgeklügelten statistischen Methoden im Meer des Rauschens nur vermeintliche Signale aufgespürt. Diese falsch-positiven Ergebnisse führen Forschung und Allgemeinheit auf Abwege, insbesondere in der Medizin, wo sich viele angeblich wirksame Behandlungen schliesslich als falsche Hoffnung erweisen.

Forschende fordern deshalb mehr Transparenz über die veröffentlichten Daten und Methoden, insbesondere mittels einer Vorregistrierung. Dabei werden Studiendesign und statistische Methoden erfasst, bevor die Ergebnisse vorliegen. Die Daten sollten dann unabhängig davon veröffentlicht werden, ob sie spektakulär sind oder nicht.

Dagegen wird argumentiert, dass solche Vorregistrierungen die Freiheit beschneiden, die es für Entdeckungen braucht, während wieder andere Stimmen einen fundamentalen Wandel fordern. Harry Collins, Wissenschaftssoziologe an der britischen Cardiff University, ist der Ansicht, dass die Medizin- und Sozialwissenschaften von den statistischen Methoden und auch von der Intuition der Physik lernen könnten. „Der Schlüssel zur Beseitigung solcher Bias liegt nicht bei den Publikationen, sondern bei der Art, wie Forschende Wissenschaft betreiben“, ist er überzeugt.

Das Problem der Verzerrungen in der Forschung wird seit Jahren diskutiert. Bereits 2005 argumentierte John Ioannidis, der in der medizinischen Forschung und als Epidemiologe an der Stanford University in den USA tätig ist, dass die meisten veröffentlichten Ergebnisse in der Medizin falsch sein dürften. Zu diesem Schluss gelangte er nach einer Analyse der – oft unreflektierten – Verwendung von statistischen Schwellenwerten. Konkret bemängelte er, dass mit großen Datenreihen und einem sogenannten p-Wert von fünf Prozent fast zwangsläufig Scheineffekte auftreten.

Besonders anfällig für Verzerrungen sind medizinische Versuche. Allerdings gibt es Hinweise, dass diese abge-

nommen haben – eine Studie der US Agency for Healthcare Research and Quality von 2015 zeigt, dass Versuche zu Herz-Kreislauf-Behandlungen vor dem Jahr 2000 positiver ausfielen als danach. Andererseits gab es sehr prominente Fälle, etwa Roche mit den zurückgehaltenen Informationen über das antivirale Medikament Tamiflu. Auch in der Psychologie wurde versucht, die Forschung robuster zu gestalten, nachdem entdeckt wurde, dass viele Schlüsselergebnisse seit den 1950er-Jahren ganz einfach nicht reproduzierbar sind. In diesem Gebiet wurde die Vorregistrierung von Artikeln zuerst eingeführt. Inzwischen hat diese Praxis auch andere Disziplinen erreicht – insbesondere die Medizin. Ioannidis ist der Ansicht, dass durch die Voranmeldung das „Schubladenproblem“ in der Forschung seltener wurde. Verschärft habe sich hingegen das Problem des Rosinenpickens, dass nur die passenden Daten analysiert werden. Hier kann auch eine Vorregistrierung nicht alle „Freiheiten“ ausräumen, die kreative Pseudostatistikerinnen und -statistiker ausnutzen. „Wir haben heute mehr Daten, mehr Tools und mehr Möglichkeiten – aber zu wenig geschulte Forschende“, kritisiert er. „Damit ist es wesentlich einfacher geworden, Signale zu generieren, die sich dann häufig nicht bestätigen.“

Besonders problematisch bei Tierversuchen

Besonders problematisch ist der Publication Bias im Bereich der Tierversuche. Die bevorstehende Abstimmung über das Tier- und Menschenversuchsverbot beunruhigt Forschende in diesen Bereichen. Swissuniversities, die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen, hält Tierversuche als unabdingbar für die Arzneimittelentwicklung und argumentiert, dass dank strenger Vorschriften die Würde und das Wohlergehen von Tieren sichergestellt seien, auch weil die Zustimmung der kantonalen Veterinärämter eingeholt werden muss.

Doch gemäß Hanno Würbel von der Universität Bern fehlen bei vielen Tierversuchen Maßnahmen zur Vermeidung von Verzerrungen, weshalb eventuell bis zu 30 Prozent der durchgeführten Studien nicht veröffentlicht werden. Dies sei ethisch nicht vertretbar: „Jeder Tierversuch wird nur unter der Bedingung bewilligt, dass er wichtige neue Erkenntnisse hervorbringt.“

Wie andere ist auch er überzeugt, dass Vorregistrierungen Verzerrungen vermindern könnten. Er räumt allerdings ein, dass viele Forschende um ihre legitime Freiheit fürchten, ihre Methoden oder Hypothesen dem sich rasch wandelnden Forschungsgebiet anzupassen. Ein möglicher Ausweg bestehe darin, zwischen explorativer

¹ Aus: Horizonte – Das Schweizer Forschungsmagazin, 04.03.2021. Von Edwin Cartledge. Online: <https://www.horizonte-magazin.ch/2021/03/04/weniger-statistik-mehr-intuition/>

Forschung und solcher, die Hypothesen bestätigt, zu unterscheiden.

Demgegenüber argumentiert Daniele Fanelli, Methodenforscher und Experte für Forschungsintegrität an der London School of Economics, dass ein Publication Bias bis zu einem gewissen Ausmaß auch positiv sein kann, da er dazu beiträgt, das Problem des verstopften Postfachs zu lösen – das Unvermögen, interessante positive Erkenntnisse aus einem Meer von unscheinbaren Daten zu fischen. Er vertritt die Ansicht, dass die Abwägung zwischen diesem Phänomen und dem Schubladenproblem „je nach Forschungsgebiet anders ausfällt“.

Kenne deine Gravitationswelle

So befürwortet Fanelli die traditionelle Idee einer „Hierarchie der Wissenschaften“, bei der die Disziplinen danach eingeteilt werden, inwieweit Daten „für sich selbst sprechen“ und Theorien nach strengen Kriterien getestet werden können. Er überprüfte diesen Ansatz in einer Studie von 2010 mit fast 2500 Artikeln aus vielfältigen Disziplinen, die angaben, dass sie eine Hypothese untersuchten. Diese zeigte für die Sozialwissenschaften – die sich in der Hierarchie unten befinden – eine wesentlich höhere Wahrscheinlichkeit, über positive Resultate zu berichten.

Auch Collins hält eine Differenzierung zwischen Fachgebieten für zentral. Er betont, dass die Physik sehr strenge

Standards für die Interpretation von Statistiken anwende: Die Schwelle für Entdeckungen liegt bei 5 Sigma, was bedeutet, dass ein Signal mit einer Wahrscheinlichkeit von nur 1 zu 3,5 Millionen ein statistischer Irrtum ist. Er betont auch, dass es bei der Entdeckung der Gravitationswellen im Jahr 2015 nicht die Statistiken waren, die die Forschenden davon überzeugten, den Jackpot geknackt zu haben. „Viel entscheidender war ihre Überzeugung, dass die von ihren Detektoren aufgezeichneten wellenartigen Signale dem entsprachen, was sie von der Verschmelzung von zwei schwarzen Löchern erwarteten.“ Wenn Sozial- und Biowissenschaften Verzerrungen wirklich eliminieren und reproduzierbare Ergebnisse veröffentlichen wollen, argumentiert Collins, dann müssen sie über ihre p-Werte hinaus schauen und eine Intuition dafür entwickeln, was in ihren Experimenten abläuft. „Viele Leute verstehen den Sinn statistischer Auswertungen nicht wirklich“, meint er. „Statistik ist für sie nur ein Vorwand, nicht wissenschaftlich arbeiten zu müssen.“ Ioannidis bekräftigt, dass die Forschenden ihre Fixierung auf die p-Werte überwinden müssen.

Er befürwortet aber eine direktere Lösung. Er ist überzeugt, dass gewisse Regeln vorgegeben werden müssen, zum Beispiel in Form einer Pflicht zu Vorregistrierungen. Gleichzeitig sollten die Forschenden auf mehr Strenge geschult werden. „Gut ausgebildete Forschende sind sich bewusst, dass dies für eine gute Wissenschaft zentral ist“, meint er, „aber sie müssen dafür sensibilisiert werden.“

Jetzt erhältlich in der Reihe Campus-Literatur:

Stefan von Strahlow

Wissenschaft und Wahnsinn

42 Geschichten aus dem Innenleben der Berliner Hochschulen und ihrer Umwelt

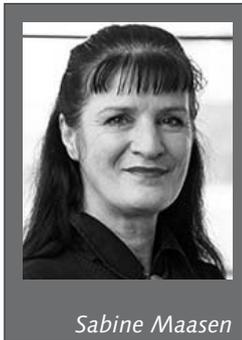
Wie heißt es so schön auf der Homepage der Senatskanzlei: „Berlin verfügt über eine einzigartige Wissenschaftslandschaft, die sich durch eine große Vielfalt an leistungsstarken Hochschulen und durch ein einmalig breites Spektrum an herausragender Forschung auszeichnet.“ Und es stimmt ja auch. Aber es gibt auch eine „dunkle“ Seite, nämlich die der Fehltritte, des Versagens und der Abwegigkeiten.

Stefan von Strahlow berichtet in 42 Geschichten von 30 Dienstjahren als Ministerialaufsicht über die Berliner Hochschulen. Zwischen Komik und Tragödie oder Verbrechen und Klamauk wird dabei nicht unterschieden.

ISBN 978-3-946017-25-7, Bielefeld 2021,
95 Seiten, 18,90 €

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de,
Fax: 0521/ 923 610-22



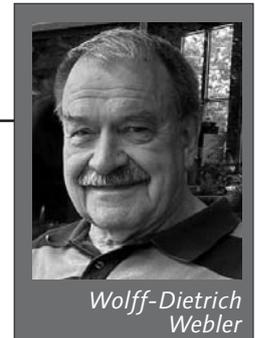


Sabine Maasen

Fo-Gespräch

zwischen Sabine Maasen¹
und Wolff-Dietrich Webler²

über Chancen und Gefahren,
Freiheitsgrade und Bindungen der
Institute für fortgeschrittene Studien (Institutes
for Advanced Studies, IAS) in Deutschland
und darüber hinaus

Wolff-Dietrich
Webler

Wolff-Dietrich Webler (W.W.): Liebe Frau Maasen, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich trotz überbordenden Kalenders zu diesem Gespräch bereitgefunden haben. Das Thema ist allerdings auch sehr spannend, und sie haben sich als Vorsitzende der einschlägigen AG des Wissenschaftsrates („Entwicklungsperspektiven von Institutes for Advanced Studies (IAS) in Deutschland“) zwischen 2018 und 2021 fast drei Jahre lang intensiv damit befasst. Sie selbst hatten aus verschiedenen Gründen und zu verschiedenen Zeiten weitere Veranlassungen, sich mit dem Phänomen solcher, dem Institute for Advanced Studies in Princeton als Muster angelegter Einrichtungen, vertraut zu machen: So waren Sie fast fünf Jahre als Wissenschaftliche Assistentin der Forschungsgruppe „Biological Foundations of Human Culture“ (Leitung Prof. Weingart) am Zentrum für Interdisziplinäre Forschung (ZiF) tätig; Sie waren Associate Fellow am Collegium Helveticum, der Gemeinsamen Einrichtung der ETH und Universität Zürich sowie schließlich Mitglied des Beirats, zuletzt des Institute for Advanced Study der TU München (TUM-IAS) sowie derzeit des ZiF. Wie hat sich dabei Ihre Perspektive auf IAS entwickelt?

Sabine Maasen (S.M.): Zunächst einmal vielen Dank für die Einladung! Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen über das Thema der IAS und zu den aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats dazu. Sehr schön, dass Sie mir zuvor die Gelegenheit zu einem persönlichen Einstieg geben: In der Tat faszinierte mich schon als Soziologie-Studentin an der Universität Bielefeld das ZiF als Gebäude, etwas abseits am Teutoburger Wald gelegen, oberhalb der Universität. Ich hatte aber kaum eine Vorstellung davon, was genau dort vorging. Das änderte sich rasant, als ich kurz nach meinem Studium von Prof. Weingart die Chance erhielt, als Wissenschaftliche Assistentin die Vorbereitung und Durchführung seiner Forschungsgruppe zum Thema „Biological Foundations of Human Culture“ (1990/91) am ZiF zu unterstützen. Dieses auf eine thematisch zusammengesetzte Gruppe und weniger auf die Förderung von Einzelpersonen abzielende Modell hat meine Vorstellung von Interdisziplinarität entscheidend geprägt: Sie hat mit dem Zusam-

men-Kommen ganz unterschiedlicher Köpfe zu tun, mit dem Zusammen-Arbeiten an einem übergeordneten Thema, mit dem Zusammen-Leben an einem Ort – all dies für eine längere, jedoch befristete Zeit. Sie hat mit Mut und Ruhe zur Auseinandersetzung mit neuen Perspektiven und manchmal auch um die „richtige“ Bedeutung von gemeinsam, aber nicht identisch genutzten Konzepten zu tun – im Plenarsaal, im Seminarraum, auf dem Sofa, in der Bibliothek, beim Waldspaziergang, beim Zusammenlegen der Wäsche neben dem Trockner. Und sie hat mit sowohl wissenschaftlicher als auch organisatorisch-infrastruktureller Unterstützung zu tun: das ZiF als Ermöglichungsstruktur (finanziell, räumlich, Tagungsorganisation, Assistenten u.v.m.) für intellektuelle Abenteuer in gemeinschaftlicher Abgeschlossenheit und partieller Öffnung.

All dies hat mich gelehrt, dass der moderne Wissenschaftsbetrieb, will er exzellent und relevant sein, sich – wenn auch dosiert – solche institutionalisierten Auszeiten leisten muss, aber sie weitgehend der organisierten Selbstorganisation überlässt. Bei praktisch allen Mitgliedern der Gruppe kam es so zu überraschenden Entwicklungen: Was mich selbst betrifft, so habe ich seither eine doppelte Leidenschaft: für die Wissenschaftsforschung ebenso wie für die Gestaltung von wissenschaftlichen Institutionen und Prozessen. Und ich interessiere mich auch in der Forschung für Wissensdynamiken in der Wissenschaft als Teil der Gesellschaft. Unterdessen habe ich auch andere Versionen exzellenzorientierter interdisziplinärer Zentren kennengelernt (als Mitglied, als Beirätin, als Evaluatorin), und ich schätze diese Binnendifferenzierung sehr, die ja auch mit dem Wachstum, der Internationalisierung und also mit dem internen und externen Wettbewerb der Zentren untereinander (sowie ihrer Universitäten) zu tun hat. Was sie insgesamt demonstrieren: Exklusivität und Effizienz in der Wissen-

¹ Professorin für Wirtschafts- und Innovationsforschung, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Mitglied des Wissenschaftsrats.

² Ehem. Professor for Higher Education an der Universität Bergen/Norwegen, heute Leiter des Instituts für Wirtschafts- und Bildungsforschung Bielefeld.

schaft via IAS sind kein Gegensatz – von intellektuellen Anregungen, über neue Netzwerke und Talentscouting bis hin zu Publikationserfolgen funktionieren IAS, neu-deutsch gesprochen, sowohl als Inkubatoren als auch als Acceleratoren.

W.W.: Jeder, der sich mit der Gründungsgeschichte der Universität Bielefeld befasst, stößt bald auf das vor allem von Helmut Schelsky in die Gründung eingebrachte Reformkonzept mit „Interdisziplinarität“ als zentraler Botschaft. Nicht nur gesellschaftliche Phänomene, auch viele andere globale Phänomene sind in den Grenzen einer einzelnen Fachdisziplin nicht zu erklären. Sie müssen zusammenwirken – trotz aller Kommunikationsmühen unterschiedlicher Sichtweisen und Begriffssysteme. Die Fachdisziplinen waren jedoch sehr mit ihrem internen Wachstum, ihrer Forschungsexpansion und damit zwangsläufig auch mit Identitäts- und Abgrenzungsfragen beschäftigt. Sie hatten andere Sorgen, als fachübergreifende Kooperationen, also Brücken zu anderen Disziplinen zu bauen. Insofern tat sich die Universität mit ihrem ZiF (als senatsunmittelbare zentrale Einrichtung) zunächst schwer. Ebenso erging es einer weiteren Reformidee von Schelsky, das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis nochmal von einer anderen Seite zu analysieren. Das sollte auf Wunsch Schelskys in einem Zentrum für Wissenschaft und berufliche Praxis (ZwubP) als Schwestereinrichtung des ZiF stattfinden. Nach rund 15 Jahren Siechtum ohne tragfähige Ausstattung wurde das Projekt ZwubP beerdigt.

An diesem Einzelfall war zu lernen, dass Probleme, die eher quer zu den Interessen in den Fachdisziplinen lagen, in einer Fakultätsstruktur nicht gut aufgehoben waren. Also riefen – auch ohne das Modell in Princeton – die gesellschaftlichen Erwartungen an die Wissenschaftsentwicklung nach dem Modell einer fakultätsunabhängigen neuen Einrichtung. Das Defizit wurde auch an anderen Universitäten empfunden und entsprechend diskutiert, sodass es – oft gegen erheblichen Widerstand der Fakultäten, die ihre disziplinäre Ausrichtung teilweise infrage gestellt sahen, aber vor allem den Fakultäten Ressourcen entzogen sahen – zu einer ganzen Serie von senatsunmittelbaren Zentren unterschiedlicher Art kam. Haben Sie ähnliche Beobachtungen auch an anderen Stellen gemacht?

S.M.: Schon seit mindestens 50 Jahren wird die Forderung nach Interdisziplinarität erhoben. In der Wissenschaft selbst gilt Interdisziplinarität, wie Jürgen Mittelstraß es pointiert ausdrückte, als „Reparaturphänomen zur Aufhebung erkenntnisbegrenzender Disziplinarität“. Wissenschaftspolitisch verspricht Interdisziplinarität, den Anspruch gesellschaftlicher Relevanz von Wissenschaft angesichts einer wachsenden Asymmetrie von Problemwahrnehmung (z.B. Umweltprobleme, Technologiefolgen) und Disziplinenentwicklung endlich einzulösen. Dass Disziplinen dies anders sehen, überrascht wenig. Etwas mehr überrascht vielleicht, dass sie im Falle von Kritik an ihrer Disziplinarität und mangelnden Relevanz oft entgegenn, eigentlich selbst auch interdisziplinär zu sein, nicht selten gesteigert durch „sehr“. Das aber bestätigt nur die Aufwertung von „Inter“ zum

Goldstandard für Wissenschaft, die sowohl exzellent als auch relevant sein will. Darüber hinaus fällt auf, dass der normativen Überdeterminierung von Interdisziplinarität eine eigentümliche wissenschaftspraktische Underdeterminierung gegenübersteht: Was genau wollen wir unter Interdisziplinarität verstehen, wie praktiziert und wie fördert man sie? In dieser Gemengelage haben interdisziplinäre Einrichtungen, zumal solche mit einem dezidierten Exzellenzanspruch, die in oder an (überwiegend disziplinär verfassten) Universitäten angesiedelt sind, ein mehrfach gebrochenes Verhältnis zu ihren Fakultäten. Es äußert sich pointiert in der Allokation von Ressourcen. Dies habe ich als Mitglied, als Beirätin und als Evaluatorin solcher Einrichtungen immer wieder gesehen.

In der Tat: Im Verhältnis von universitären IAS und Fakultäten schwingt die Ressourcenfrage immer mit, zumal angesichts notorisch knapper Ressourcen. Insbesondere dann, wenn IAS besser als die Fakultäten ausgestattet sind, sind Verteilungskonflikte vorprogrammiert. Man kann dann geradezu formulieren: Je autonomer ein gut ausgestattetes IAS innerhalb seiner Universität agieren kann, desto spannungsgeladener die Einbindung von Fakultäten bzw. Fachbereichen in ein IAS. Diese Spannungen lassen sich aber nicht grundsätzlich vermeiden. Es muss vielmehr darum gehen, sie produktiv zu wenden. Dafür braucht es eine klug ausbalancierte Governance mit einer klaren Rollen- und Kompetenzverteilung.

W.W.: Nun begann ein anderes Problem die Forschung immer stärker zu behindern. Das waren die steil ansteigenden Studierendenzahlen, die immer mehr Zeit für Lehre, Prüfungen und Betreuung forderten. Die Forschungsfreiemester – alle 3-5 Jahre gewährt – konnten Forschungszusammenhänge nicht genug unterstützen. Immerhin lieferten sie das Muster: im Forschungssemester außer der Betreuung von Abschlussarbeiten und Promotionen 6 Monate lang keine Lehr- und Prüfungspflichten zu haben.

Sowohl manchmal über weite Entfernungen kooperierende Kolleg*innen auf Zeit an einem Ort zusammenzuziehen, als auch sie für diese Vorhaben von anderen dienstlichen Belastungen auf Zeit freizustellen, war dann der Gedanke, der auch in Princeton zum Konzept wurde. Der nächste Schritt bestand dann darin, nicht nur bereits existierenden Gruppen günstige Rahmenbedingungen zu bieten, sondern programmatisch selbst für neue Forschungsgruppen zu sorgen.

Spitzenforschung wurde hier mit wissenschaftsinternen Kriterien gefördert. Und trotzdem dauerte es nach der Gründung in Princeton sehr lange, bis weitere Institute dieser Art entstanden. Sind die Ursachen bekannt?

S.M.: Sie sprechen damit den zeithistorischen Kontext an, der für das Verständnis der Entstehung und Entwicklung dieses Institutionentyps aufschlussreich ist. Das legendäre IAS Princeton wurde 1930 gegründet und entwickelte sich kurz danach zu einem wichtigen Zentrum emigrierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland und Europa. Die ersten IAS-Gründungen in Europa – nimmt man das Mathematische Forschungsinstitut Oberwolfach einmal aus – erfolgten dann erst Ende der 60er und zu Beginn der 1970er

Jahre. Sie haben schon das 1968 gegründete ZiF in Bielefeld genannt. Eine Ursache für die zögerlichen Gründungsaktivitäten in Europa kann im Wiederaufbau der Wissenschafts- und Hochschulsysteme nach dem zweiten Weltkrieg gesehen werden. Diese wieder auf die Beine zu stellen, hat Kräfte und Ressourcen über die ersten Jahrzehnte gebunden. In den 1980er Jahren nahmen die Gründungen von IAS parallel zu den Studierendenzahlen in Europa dann allmählich, seit den 2000er Jahren deutlich zu. Sie waren Ausweis eines sich differenzierenden Wissenschaftssystems und vor allem wissenschaftspolitisch gewollt. IAS sind Teil des Wissenschaftssystems und insofern eine Reaktion auf Herausforderungen, denen sich das Wissenschaftssystem in der jeweiligen Zeit gegenüber sah und heute gegenüber sieht. Jüngste Beispiele dafür sind die beiden Hamburger Neugründungen, das Hamburg Institute for Advanced Study (HIAS) und The New Institute (TNI), auf die wir sicher noch zu sprechen kommen.

W.W.: Eine neue Qualität gewann dieses Muster, als es (vor allem im Zuge der Exzellenzinitiative) als Indikator für eine intensive Forschungsförderung durch die betreffende Universität strategisch als prestige-steigerndes Mittel eingesetzt wurde. Der Absicht nach sollte – auch als Gegenwert gegen die eingesetzten Ressourcen – ein Gewinn für die Standort-Hochschule herauskommen. Hier zeigten sich Reibungsflächen, weil von Seiten mancher Leitungen und aus den Fächern der Hochschule heraus Interessen an das IAS herangetragen wurden, die nicht immer im Interesse der Einrichtung und ihrer Themen waren. Das hat ja später den WR veranlasst, in seinen Empfehlungen deutliche Autonomie-Forderungen zugunsten der IAS zu formulieren.

Nun hat sich der WR nach ersten einzelnen institutionellen Evaluationen (des Wissenschaftskollegs Berlin und des Hansekollegs in Delmenhorst) zwischen 2018 und 2021 ganz grundsätzlich mit dem Muster „IAS“ in Deutschland befasst und eine Bilanz der bisherigen Entwicklung gezogen. Die Ergebnisse – auch mit einem Ausblick auf die Zukunft – sind in den jetzt Ende April 2021 verabschiedeten Empfehlungen zusammengefasst, zu denen die AG und Sie als Vorsitzende entscheidende Vorarbeiten geleistet haben. Die Entwicklung wurde – auch in ihrer Pluralität – im allgemeinen begrüßt. Gerade bei der Vielfalt der Strukturen und Ausrichtungen, die Sie mit Ihrer Arbeitsgruppe vorgefunden haben, war es sicherlich notwendig, die zentralen Punkte besonders herauszustellen. Der WR hat in seiner abschließenden Empfehlung aus meiner Sicht vor allem fünf Komplexe hervorgehoben, die in den IAS gesichert sein müssten:

1. Spitzenforschung („Hauptaufgabe von IAS sollte es auch künftig sein, Spitzenforschung zu ermöglichen oder anzuregen.“, S. 7),
2. Autonomie (Finanzen, Programmatik, Personalauswahl Fellows),
3. Transparenz für einen offenen und qualitätskontrollierten Zugang zu Fellowships (Vergabe verbunden mit verpflichtenden Präsenzphasen: Nicht zuletzt „um intellektuell anregende, auch produktiv irritierende Begegnungen zu ermöglichen,...“),
4. Öffnung in Richtung „Südhalbkugel“ und Osteuropa,

5. Erhöhung der Vielfalt der Perspektiven in Richtung Vielfalt der Geschlechter.

Sind Ihnen persönlich noch weitere Punkte wichtig?

S.M.: Dazu zwei Punkte: 1. Hauptaufgabe von IAS sollte es sein, herausragende Forschung zu neuen Fragestellungen zu ermöglichen und anzustoßen. Mir ist daher wichtig zu betonen, dass es einer Verständigung der verantwortlichen Akteure über diese zentrale Aufgabe, diesen Kern von IAS bedarf. Wir haben gesehen, dass in den letzten Jahren neben wissenschaftlichen Zielen zunehmend auch wissenschaftspolitische Erwartungen an IAS herangetragen werden. Die Vielfalt der Aufgaben von IAS hat unsere Bestandsaufnahme eindrücklich belegt. Aber nicht jedes IAS kann und muss die ganze Bandbreite an möglichen Zielen ausfüllen.

2. Ich sehe die große Chance, IAS auf europäischer Ebene institutionell stärker zu verankern. Dafür besteht mit Netias, dem Netzwerk der europäischen Institutes for Advanced Study, bereits heute eine Grundlage. Darauf ließe sich aufbauen, um diese zu einem EU-finanzierten Konsortium europäischer IAS zu vertiefen. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, ob Formen einer europäischen Trägerschaft von IAS realisierbar wären. Damit ginge die Europäische Union über die bislang punktuelle Förderung von IAS hinaus in Richtung einer sehr gezielten Erweiterung der europäischen Forschungsförderlandschaft.

Transparenz der Fellow-Berufungen

W.W.: Wie überall steht und fällt ein Vorhaben mit den beteiligten Personen. Ihre Auswahl ist entscheidend. Wie oben schon aufgezählt: Der WR unterstrich noch einmal a) die notwendige Autonomie der IAS bei der Einladung ihrer Fellows und b) die Dringlichkeit der Transparenz der Einladungsverfahren, d.h. unterstützt durch einen Beirat o.ä. nach vorab festgelegten Kriterien, die Offenheit auch für Nachwuchswissenschaftler*innen aus allen Teilen der Welt enthalten sollte, besonders aber aus Osteuropa und dem globalen Süden (S. 8).

Für die Einladung ihrer Fellows sind ja immer vier Wege denkbar: a) Freier Ideenwettbewerb mit Selbstbewerbung wie ein CfP, b) Selbstergänzung der bereits vorhandenen (auf Dauer berufenen) Fellows, c) Neuberufung aufgrund strategischer Erwägungen des IAS oder d) aufgrund strategischer Erwägungen seines Trägers. Je nach Ergänzungsstrategie verändern sich Klima und Ausrichtung der Arbeit.

Wie sind die Alternativen zu bewerten? Gibt es noch weitere Alternativen, die evtl. sogar empfehlenswerter sind?

S.M.: Die Akzeptanz einer Einrichtung, die privilegierte Arbeitsbedingungen auf Zeit vergibt, steht und fällt mit einem transparenten Auswahlverfahren. Ein prinzipiell offener Zugang muss für potentielle Interessentinnen und Interessenten, generell für Außenstehende erkennbar sein. Gleichzeitig stellen die Auswahlverfahren ein strukturelles Merkmal dar, das im Wissenschaftssystem unter genauer Beobachtung steht. Das ist meiner Auf-

fassung nach auch gut so. Schließlich ist die Auswahlentscheidung ein zentrales Merkmal der Programmautonomie von IAS. Unsere Empfehlungen machen klar, dass IAS ihre Funktion im Wissenschaftssystem nur dann wahrnehmen können, wenn bestimmte Rahmenbedingungen erfüllt sind. Dazu gehören Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten in programmatischen Fragen, die in der Governance verankert sein müssen. IAS können ihre Aufgaben vor allem dann und umso besser erfüllen, je selbstbestimmter sie ihre Ziele verfolgen und Förderentscheidungen treffen können.

Chancen und Gefahren bzw. Nachteile

Chancen dieses Musters, Forschung zu betreiben

W.W.: Kennzeichnend für Fellows ist die Freistellung auf Zeit von fast allen Alltagsbelastungen außerhalb der Forschung. Ich nehme an, die Zeiten als Fellow werden nicht auf die Vergabe von Forschungsfreisemestern angerechnet. Vieles ist aber nur aufgeschoben, nicht aufgehoben, sodass die Zeit nach der Rückkehr noch dichter gedrängt ist, weil Dinge nachgeholt werden müssen. Aber in diesem entlasteten Zeitfenster liegt unbestritten auch eine Chance, den Kopf für die Forschung freier zu bekommen als sonst.

Die Attraktivität der Gründung von IAS besteht in den Chancen für Trägereinrichtungen, Forschung zu fördern, ohne sich auf viele Jahre mit einem umfangreichen Bestand an Planstellen auf bestimmte Personen und deren Interessen festzulegen – ein IAS ist erheblich flexibler, ganze Kurswechsel können durch die Befristungen viel leichter vorgenommen werden. Ist davon schon öfter Gebrauch gemacht worden?

S.M.: Ich teile Ihre Einschätzung, dass die von IAS bereitgestellten Förderungen auf Zeit mehr Flexibilität und Dynamik in das Wissenschaftssystem hineinbringen. Eine Einrichtung wie das Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München (CAS LMU) beispielsweise zeichnet sich besonders durch die Möglichkeit aus, flexibel und schnell eine Forschungsgruppe einzurichten, diese aber auch wieder einzustellen. Den Begriff des „Kurswechsels“ halte ich in diesem Kontext jedoch für missverständlich. Den Kurs geben in der Regel ja nicht die IAS vor, sondern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihren Forschungsfragen. In diesem Sinne können IAS schneller auf neue wissenschaftliche Entwicklungen eingehen und haben im Idealfall eine seismographische Funktion für neue vielversprechende Ansätze. Dies schließt unmittelbar an die bereits angesprochene Frage zur Handlungsfähigkeit von IAS an. Die Erwartung an IAS, auf neuere wissenschaftliche Entwicklungen unmittelbar zu reagieren, erfordert Entscheidungsspielräume.

Gefahren für/Nachteile von IAS – institutionell

W.W.: Natürlich werden IAS immer mit einem bestimmten wissenschaftlichen Ziel bzw. für einen wissenschaftlichen Zweck gegründet. Je abhängiger sie aber von ihrem Träger sind (z.B. einer bestimmten Universität oder deren Gruppierung) und von dort Erwartungen entwickelt werden, um so mehr geraten sie in die Ge-

fahr, für strategische Ziele der Trägereinrichtung eingepflanzt zu werden. Wenn die Eignung für diesen Zweck mehr und mehr zum Auswahlkriterium für die Projekte wird, ist ihr Ziel gefährdet. Darüber täuscht auch keine Gesellschaftsform außerhalb einzelner Universitäten hinweg, in der die Hochschulen dann Gesellschafter sind. Den größten Grad an Unabhängigkeit bietet eine Stiftung, auf die das IAS selbst den vollen Zugriff hat, indem die Stiftung auf das IAS übertragen wird.

S.M.: Dass Trägereinrichtungen das „eigene“ IAS für ihre jeweiligen strategischen Interessen nutzen wollen, liegt in der Natur der Sache und stellt für die Beteiligten eine Gratwanderung dar. Sie weisen zurecht darauf hin, dass sich die Frage der Entscheidungsautonomie für universitätsbasierte IAS noch einmal zugespitzt stellt. So wichtig und auch nachvollziehbar im Einzelnen Aufgaben des Wissenstransfers, der Wissenschaftskommunikation und integrative Dienstleistungen für die Trägeruniversität sind: zusammengenommen können sie leicht zu einer Erwartungsüberlastung eines IAS führen. Dies aber nur an der gewählten Rechtsform festzumachen, greift aus meiner Sicht zu kurz. Mit der Gründung eines inneruniversitären IAS werden immer auch Konfliktlinien und Verhandlungssysteme etabliert. Hier komme ich auf die eingangs erwähnte Bedeutung einer sorgfältig ausbalancierten Governance zurück. Es muss darum gehen, dass diese unterschiedlichen und unter Umständen konfligierenden Interessen rechtlich und organisatorisch eingehegt werden. Von einer klaren und „gelebten“ Rollen- und Kompetenzverteilung hängt ab, ob der Prozess zu guten Ergebnissen führen kann.

Gefahren für/Nachteile von IAS – individuell

W.W.: Die Einladung als Fellow muss zunächst in der Herkunftseinrichtung abgestimmt und genehmigt werden. Die dortige Freistellung enthebt zunächst von den Alltagspflichten, aber nicht alle Pflichten werden abgenommen und von anderen erledigt. Es kann auch ein Stau entstehen, der anschließend erheblichen Druck erzeugt. Außerdem sind die Forschungsvorhaben oft nicht in der kalkulierten Zeit abzuschließen und wollen auch nach der Rückkehr in den Alltag fortgeführt werden. Wenn es hier zu Problemen kommt, Publikationen scheitern usw. nehmen nicht nur die betroffenen Personen, sondern auch das betreffende IAS Schaden. Anschließend muss auch bei Freistellungen anderer Kolleg*innen eingesprungen werden. Das kann leicht auch zur Belastung werden.

S.M.: Die Arbeitsgruppe hat die Rahmenbedingungen von Fellowships intensiv diskutiert. Dabei ging es besonders auch um die Frage, in welchen Karriere- und Lebensphasen ein Fellowship sich gut oder weniger gut einpasst. Selbstverständlich ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass ein Fellow nach der IAS-Phase wieder in den „Normalbetrieb Wissenschaft“ mit den von Ihnen beschriebenen möglichen Risiken und Nebenwirkungen zurückkehrt. Längere Aufenthalte an IAS sind bspw. für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase oftmals nicht gut zu realisieren. Das ist zunächst eine individuelle Abwä-

gung und Entscheidung. Aber auch wenn sich diese Grundspannung für den Einzelnen nicht auflösen lässt, sind IAS und ihre Träger in der Pflicht, beidseitige Erwartungen zu klären. Ich halte es für wichtig, dass IAS ihre Programme transparent mit Blick auf Eignung für den wissenschaftlichen Nachwuchs darstellen, um ihnen realistische Optionen für eine Beteiligung zu eröffnen.

Forderungen an IAS: Stärkere Öffnung in die Gesellschaft hinein

W.W.: Forderungen nach einer stärkeren Öffnung in die Gesellschaft hinein, die anscheinend an manche Institute von Seiten der Träger herangetragen wurden, sehe ich immer als ambivalent an. Die Forderung selbst kann unterschiedlich interpretiert werden. Auf der einen Seite sollte es selbstverständlich sein, die gesellschaftliche Relevanz von Forschungen mit zu bedenken und faktisch zu berücksichtigen. Sie kann gesellschaftlich brennende Themen fordern und sie kann Partner*innen aus dem nicht-akademischen Raum beteiligen wollen. Letzteres kommt als citizen science/Bürgerforschung langsam voran (seit 2013 auch gefördert vom BMBF) – allerdings bisher kaum an IAS (das könnte am TNI anders werden). Auf der anderen Seite geraten wir dort leicht in die bekannte Debatte um Grundlagenforschung, die im Stadium des Vorhabens häufig die Relevanzfrage noch nicht beantworten kann. Aber ohne Ergebnisoffenheit und Förderung auch dann schon, wenn ein Nutzen noch nicht erkennbar ist, wäre es nie zu den großen Durchbrüchen in der Erkenntnis gekommen. Eine Erkenntnislücke muss als Legitimation ausreichen.

Relevanz kann aber auch als materielle Verwertbarkeit verstanden werden. Natürlich gibt es gesellschaftliche Kräfte, die an Verwertbarkeit, an Verwertung und ihrem Nachweis aus materiellen oder politischen Gründen stark interessiert sind. Auch das ist nicht abzulehnen. Unser ganzer Lebensstil basiert auf einer erfolgreichen Wirtschaft. Diese materielle Verwertbarkeit aber zum Selektionskriterium zu erklären, wäre falsch. Und wenn diese Forschung stattfindet, geht es um die Kostenverteilung. Private Vorteile gehören privat finanziert. Öffentliche Förderung kann gewährt werden, aber nur mit einer vertraglich garantierten, angemessenen Beteiligung an den Gewinnen, die mit den Ergebnissen erzielt werden. Der Impfstoff von BioNTech ist mit Millionen öffentlicher Fördermittel entwickelt worden – Milliarden werden jetzt damit verdient – von einer angemessenen Rückführung der Förderung – geschweige denn einer Gewinnbeteiligung – ist nichts bekannt. Ein weiteres aktuelles Beispiel ist die Chip-Fabrik von Bosch und ihre öffentliche Förderung. Zur Übernahme solcher Vorhaben gedrängt zu werden widerspricht der Grundidee der Forschungsfreiheit generell, besonders aber der IAS. Sie brauchen völlige Freiheit in der Auswahl ihrer Forschungsvorhaben – legitimiert vor einem unabhängigen Beirat o.ä.

S.M.: Ich sehe nicht speziell die IAS in der Gefahr, zur Förderung bestimmter Forschungsvorhaben gedrängt zu werden. Aber ja, wie schon gesagt, insbesondere in Fragen der konzeptionellen Ausrichtung und Weiterent-

wicklung eines IAS sowie der Fellow-Auswahl müssen IAS gestalten und entscheiden können. Um auf die stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit zurückzukommen: Diese Forderung haben wir in vielen Zielbeschreibungen von IAS wiedergefunden. Dabei geht es aber weniger um die Teilhabe an Forschungsprozessen wie in der Bürgerforschung, sondern darum, an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu einer lebendigen Diskussionskultur beizutragen. Auch hier geht es letztlich um Transparenz und Offenheit. Das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien beispielsweise sieht sich als fester Bestandteil des intellektuellen Lebens der Stadt. Es hat enge Kooperationen mit dem Burgtheater und dem Volkstheater in Wien sowie mit den Wiener Festwochen, mit denen es Debatten zu aktuellen Themen veranstaltet. Funktionen von IAS, die stärker die gesellschaftliche Rolle von Wissenschaft betonen, sind legitim und können sich um ihren inneren Funktionskern bewegen. Dabei die Balance zu wahren und die Fellows nicht mit Erwartungen oder Verpflichtungen zu überziehen, ist die eigentliche Herausforderung.

W.W.: Mit der Empfehlung des WR, eigene Vorhaben der IAS in den Bereich der Laborwissenschaften auszuweiten, könnte ein Trend einsetzen, der mit der Betonung der Transferfähigkeit nicht nur Nutzenerwartungen schürt, sondern schon förmlich in Richtung Auftragsforschung führt. Das Problem wird unterschätzt, weil zu wenige Fälle bekannt werden – und klein geredet. Aus solchen Trends sollten die IAS unbedingt herausgehalten werden. Der richtige Ort dafür ist die Industrieforschung, nicht ein IAS, ohne Beteiligung oder mindestens mit Rückführung öffentlicher Fördermittel, wie oben schon einmal angesprochen.

S.M.: IAS sind Orte, an denen über grundlegende methodische Fragen nachgedacht und Zugänge der Forschung reflektiert werden können. Hinter der angesprochenen Empfehlung steckt das Anliegen, die Reflexion der experimentellen Disziplinen an IAS nicht außen vor zu lassen. Ich bin überzeugt, dass beide Seiten – die theoretischen und die experimentellen Wissenschaften – davon profitieren würden. Ich will aber auch sagen, dass die Diskussionen in der Arbeitsgruppe über die Möglichkeiten, attraktive Bedingungen an IAS für die Laborwissenschaften zu schaffen, intensiv und teils kontrovers waren. Besonders die naturwissenschaftlichen Vertreter in der Arbeitsgruppe hatten und haben erhebliche Zweifel, ob das gelingen kann. So wünschenswert eine stärkere Einbeziehung der Laborwissenschaften wäre, diese Aufgabe lässt sich wohl nur schwer grundsätzlich lösen.

Stärkere Vernetzung in Europa, insbesondere mit Osteuropa

W.W.: Wissenschaft ist ihrer Idee nach sowieso öffentlich und global zugänglich. Davon gibt es nur wenige, wohlbegründete Ausnahmen. Die Forderung nach einer stärkeren Vernetzung kann einerseits ahnungsloser Doppelforschung vorbeugen, indem man sich frühzeitig, nicht erst durch Publikationen gegenseitig wahrnimmt, sie kann andererseits die an einer Frage arbeitenden

Wissenschaftler*innen in ihrer Arbeit frühzeitig bündeln, sodass ihre Forschung effektiver und effizienter wird. Die Forderung des WR, osteuropäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärker zu berücksichtigen, kann nur dringend unterstützt werden. Wer die dortigen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt (ich habe in der Ukraine, Litauen und vor allem in Russland gearbeitet), wünscht den dortigen Kolleginnen und Kollegen die Chance, eigene Forschungsvorhaben in einem westeuropäischen IAS verfolgen zu können.

S.M.: Diesen Aspekt möchte ich nachdrücklich unterstreichen und von zwei Seiten beleuchten. IAS als freie Orte für wissenschaftliches Denken haben auch gesellschaftspolitisch eine besondere Bedeutung. Ein jüngstes Beispiel ist das IAS der Central European University (CEU) in Budapest, das auch als ein geschützter „Frei- und Sprechraum“ für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fungiert. Allerdings sind dieser Funktion von IAS auch Grenzen gesetzt: Fellowship-Programme, die sich gezielt an gefährdete und verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler richten, können diesen zeitlich begrenzt eine Fortführung ihrer Forschungsarbeit ermöglichen. Langfristige bzw. dauerhafte Lösungen können sie aber nicht bieten. Das ist die eine Seite. Andererseits betreiben IAS als Institutionen vor Ort immer auch Capacity Building, wie das etwa in osteuropäischen Ländern der Fall ist, und erhöhen zugleich die Sichtbarkeit eines Wissenschaftsstandorts. Ihre Grundfinanzierung durch die jeweiligen Regierungen ist jedoch vielfach prekär. Und auch die Frage nach dem Einfluss der Regierungen auf die Arbeit und den internationalen Charakter der Institute wird immer wieder aufgeworfen. Den Austausch zwischen den international gut aufgestellten und den weniger gut finanzierten, vielfach vom Braindrain betroffenen Wissenschaftssystemen Europas würden die betreffenden IAS besser fördern können, wenn die institutionell prekären Bedingungen durch eine EU-Grundfinanzierung gestärkt wäre.

W.W.: Und es gibt ja nicht nur die wissenschaftspolitische Forderung nach dem Wissenschaftsraum Europa, sondern auch ein Interesse daran, den Kulturraum Europa zu stärken. Forschung könnte auch ein Stück läutern – d.h. die extremen Belastungen aufarbeiten, die europäischen Staaten im Inneren mit Glaubenskriegen und individuellen Verfolgungen, in ihrer Kolonialgeschichte mit ihren (die viel zitierten christlichen Werte verhöhnenden) Raubzügen, im Faschismus und Nationalsozialismus auf sich geladen haben – von der Unmenschlichkeit der jüngsten Flüchtlingspolitik ganz abgesehen. Nationalsozialismus war übrigens kein allein österreichisches Problem und Verbrechen – in England, Norwegen, den Niederlanden gab es große Nazi-Parteien, die Schuld auf sich geladen haben und deren Geschichte aufzuarbeiten nach wie vor tabuisiert ist. Aber auch positiv hat Europa der Entwicklung auf der Welt viel zu geben – an Warnungen und an positiven Modellen. Ich weiß nicht, ob der WR bei seiner Empfehlung diese Dimensionen im Blick hatte oder eher andere – aber auch diese Gründe reichen, um diese Empfehlung zu unterstützen.

S.M.: Es geht durchaus auch um den Beitrag, den Wissenschaft zur Demokratisierung und Entwicklung von Zivilgesellschaften leisten kann, ohne jedoch die Erwartungen daran zu überdehnen. Tendenzen der Abkehr von einem liberal-rechtsstaatlichen Demokratiemodell und einem weltoffenen Gesellschaftsverständnis mit spürbaren Auswirkungen auch auf die jeweiligen Wissenschaftssysteme lassen sich, wie schon angesprochen, auch innerhalb Europas beobachten. Diese Entwicklungen leisten einer Wissenschaftsfeindlichkeit Vorschub, indem sie die Forschungsfreiheit sowie die internationale Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zunehmend wissenschaftsfremden Begründungszwängen aussetzen. Das sind deutlich erschwerte Funktionsbedingungen für die Ausübung von Wissenschaft. IAS haben die Verantwortung, sich in ihrem Rahmen und mit ihren Möglichkeiten für die freie Wissenschaft einzusetzen.

Weltweite Öffnung

W.W.: Der Sache nach gerade schon besprochen. Gemeint sein könnte ein stärkerer Austausch – etwa durch häufigere Tagungen, an denen nicht nur einschlägig bekannte Akteure, sondern auch interessierte, aber bisher nicht einschlägig aufgefallene Kolleg*innen teilnehmen könnten. Selbstselektionseffekte einer engeren Community („Blase“) würden dann eher vermieden. IAS könnten aber weltweit auch die Funktion übernehmen, zwei Gruppen von Wissenschaftler*innen wenigstens auf Zeit an IAS zu holen: Kolleg*innen aus Staaten, in denen die Wissenschaftsfreiheit oder sie selbst als Wissenschaftler*innen akut bedroht sind und aus Staaten, in denen die materiellen Standards noch so niedrig sind, dass hier viele Talente kaum gefördert werden können. Statt dass sie als einziges Ziel verfolgen, so schnell wie möglich in die USA zu kommen (wie von mir als Regelfall in Äthiopien und z.T. in Simbabwe erlebt), sollten sie auch – neben anderen Fördermöglichkeiten, für die sie sich dort weiter qualifizieren könnten – eine Zeit als Fellow an IAS verbringen können.

S.M.: Gerade angesichts des Selbstverständnisses vieler IAS, kreative Prozesse jenseits ausgetretener Pfade anzustoßen, ist eine größtmögliche Vielfalt der beteiligten Personen und Perspektiven entscheidend. Das bedeutet in einer globalen Perspektive, dass nichtwestlich ausgebildete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einbezogen werden müssen. Allerdings gilt auch: Wie nicht jedes IAS sich in der jeweiligen Stadtgesellschaft engagieren kann, wird nicht jedes IAS Fellows aus dem Globalen Süden einbeziehen können. Gleichwohl sollten IAS sich der Frage stellen, wie sie ihren Fokus um bislang vernachlässigte Weltregionen erweitern können. Das erfordert die Bereitschaft der Verantwortlichen, neue Wege der Rekrutierung und Auswahl zu gehen. Dabei kann auf Ideen und Erfahrungen von IAS aufgebaut werden, die hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Die ZUKONnect Fellowships des Zukunftskollegs etwa fördern Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit dreimonatigen Stipendien soll ein gegenseitiges Kennenlernen ermög-

licht, eine erste Brücke zum deutschen und europäischen Wissenschaftssystem geschlagen werden können. Das scheint mir ein vielversprechendes Beispiel.

Abgrenzungen und Alternativen

W.W.: Der WR war vor dieser umfassenderen Bestandsaufnahme von IAS in Deutschland nur damit befasst, schon existierende Einrichtungen zu begutachten. Deren Schließung und deren Ersatz durch andere Strukturen ist öffentlich nie diskutiert worden. Angesichts der Interessen, die die bisherigen Lösungen getragen haben, hätte es vermutlich einen Aufschrei gegeben. Bisher ist allerdings auch kein Anlass erkennbar, existierende Einrichtungen schließen zu wollen. Aber IAS hatten es mit ihren Trägern nicht immer leicht.

S.M.: Der Wissenschaftsrat hat mit Einsetzen dieser Arbeitsgruppe in der Tat nicht das Ziel verfolgt, die einzelnen IAS zu evaluieren. Wir haben uns mit der strukturellen Bedeutung dieses Institutionentyps für das Wissenschaftssystem in Deutschland befasst. Insofern hat sich uns die Frage, welche IAS zu verstetigen sind und welche zeitlich befristet bleiben sollten, nicht gestellt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es auch nicht das eine Modell, die Best Practice als Blaupause für eine Neugründung gibt. IAS haben in den vorgefundenen unterschiedlichen Ausformungen ihre Berechtigung. Die Empfehlungen zeigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen auf, damit IAS die ihnen zugeordnete Rolle im Wissenschaftssystem wahrnehmen und gut ausfüllen können. Wir hoffen natürlich, dass Institute und Geldgeber sich daran orientieren, um die Möglichkeiten ihrer jeweiligen Einrichtung besser ausschöpfen zu können.

W.W.: Für die Zukunft lohnt es sich zu einem frühen Zeitpunkt, zu dem sich diffuse Wünsche noch nicht auf ein bestimmtes Modell festgelegt haben, laut über Alternativen nachzudenken, die natürlich ihrerseits an Voraussetzungen gebunden sind.

Fangen wir mal damit an: Ist es nicht viel billiger, nach wechselseitigen Kontakten einer Gruppe, die ihr Interesse an einem Thema genügend vorsortiert hat, eine Initialtagung zu veranstalten, anschließend zu Hause zu bleiben, periodisch online zu beraten und sich nur in Abständen wieder zu treffen?

S.M.: Solche Formate gibt es bereits; diese greifen aber zu kurz, um die Funktion eines IAS zu erfüllen. Die Palette an Förderformaten in IAS ist breit und umfasst inzwischen Fellowships von wenigen Wochen und Monaten bis zu einem Jahr. Die physische Anwesenheit der Fellows am Ort gilt aber in allen Varianten als konstitutiv. Dahinter steht die Idee, dass die persönliche Begegnung geistigen Austausch in einer Intensität ermöglicht, die Chancen für neue Perspektiven eröffnet. Damit wollen IAS einen Rahmen gerade für ungeplante und unplanbare Innovationen setzen, der in dieser Form im beruflichen und privaten Alltag der Fellows nicht gegeben ist. Beispielhaft für dieses Modell steht in Deutschland das Wissenschaftskolleg zu Berlin, das für seine Fellows für ein Jahr einen gemeinsamen Arbeits- und Lebensraum

ohne jede Verpflichtung organisiert, außer der, am gemeinsamen sozialen Leben des Kollegs teilzunehmen. Dieses Modell hat sich in den letzten Jahrzehnten unter sich wandelnden Bedingungen bewährt und ist für hervorragende Forscherpersönlichkeiten weltweit unverändert hoch attraktiv.

W.W.: Ein anderes (schon sehr konkretes) Beispiel, das zwar kein IAS darstellt, aber in diese Richtung weist und weiterentwickelt werden könnte, stellt das seit 15 Jahren bestehende „Hochschulforum Sylt“ dar. Das von mir entwickelte Muster einer Tagungsklausur sieht vor, dass ein Kreis von 20 bis 25 Personen aufgrund persönlicher Einladung sich für eine Woche in einem stillen Teil der Insel in den Dünen vergräbt und ein gemeinsames Thema intensiv berät. Für einzelne Mitglieder ließe sich die Dauer ohne weiteres auch ausdehnen. Die Infrastruktur dafür stellt eine Tagungsstätte. Die institutionelle und organisatorische Basis bietet der gemeinnützige Trägerverein des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB). Die Einladungen gehen an Mitglieder aus drei Gruppen: aus der Wissenschafts- und Hochschulforschung, der Leitungspraxis in Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen und aus der einschlägigen Förderung und staatlichen Politik. Die Themen entstehen jährlich durch Vorschläge aus der Gruppe. Die Beiträge kommen aus eigenen Forschungen oder als reflektierte Praxisberichte, die wieder Eingang in Forschung finden. Ziel des Forums sind Aufklärung, Lernprozesse in drei Richtungen (Forschung, Praxis und Politik) und damit auch politische Einflussnahme. Da sich nach kurzer Zeit ein Kern aus kontinuierlich teilnehmenden Mitgliedern gebildet hatte, ergeben sich über die Jahre auch schnelle Anschlussmöglichkeiten zwischen den verwandten Themen und stabile Verständigungsmöglichkeiten. Hier entwickeln sich über den Austausch dieser Gruppen Forschungsfragen neu, die kontinuierlich verfolgt werden können. Die Gruppe wird jedes Jahr themenspezifisch zu etwa einem Drittel mit besonderen Expert*innen ergänzt. Schon um einen „Lagerkoller“ zu vermeiden, gibt es während des Aufenthalts ausreichend Raum für andere (auch gemeinsame) Aktivitäten. Und trotzdem steht eine Kette konzentrierter Beratungen im Mittelpunkt. Die Aufenthalte sind nicht vom Träger, sondern von den Herkunftsinstitutionen oder privat finanziert. Diese institutionell lockere Form der Kooperation weist über ihre Stetigkeit trotzdem viele Züge eines IAS auf.

Solche Konstellationen lassen sich auch mit geringen Mitteln herstellen. Funktional wären solche Lösungen allemal – allerdings ganz auf den inhaltlichen Austausch über Forschung und Praxis konzentriert. Für die Mitglieder wären sie nicht verbunden mit der Möglichkeit, erwähnen zu können, als Fellow irgendwo (gewesen) zu sein. Auch eine Hochschule könnte sich nicht als Trägerin einer solchen Einrichtung rühmen...

S.M.: Das scheint mir ein interessanter Ansatz zu sein – ganz grundsätzlich können und sollten Unterstützungsmodelle für interdisziplinäres Arbeiten vielfältig sein, um möglichst vielfältige Anreize zur Grenzüberschreitung zu bieten. Auch deshalb ist es wichtig, dass IAS und ihre

Variationschancen und selbst Gegenstand von institutioneller Reflexion und Innovation werden.

Bilanz

W.W.: Es hat also erhebliche Erwartungs- und Funktionsverschiebungen gegeben, wenn es in Deutschland bis zum Jahr 2000 mit 8 Einrichtungen derartig wenige, danach aber 15 Neugründungen gegeben hat. Solche Einrichtungen bieten

- gute, intensive Verständigungs- und damit Kooperationsbedingungen für Mitglieder kollegialer Projekte,
- die Chance, in diesem intensiven Austausch neue Ideen, neue Perspektiven zu gewinnen, die in traditioneller Umgebung weniger wahrscheinlich gewonnen wären,
- Prestigegewinne für deren Mitglieder, ihren Fragen als Fellows an einer solchen Einrichtung nachgehen zu können,
- Prestigegewinne für die Träger, insbesondere für die Universitäten, weil sie demonstrieren, dass sie nachhaltige (über Einzelprojekte hinausgehende) Schritte zur Forschungsförderung unternehmen,
- den Stiftern/Trägern Gewissheit, dass ihre Leitidee auf höchstem Niveau verfolgt wird.

Was gehört noch in eine solche Bilanz?

S.M.: Traditionelles Kerngeschäft von IAS ist die individuelle Förderung von renommierten Forscherpersönlichkeiten. Das Zusammentreffen von herausragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Gesellschaft garantiert jedoch nicht schon per se eine wissenschaftlich wie intellektuell anregende Umgebung. Die gelungene Begegnung von Fellows aus unterschiedlichen Disziplinen und Regionen der Welt und auf unterschiedlichen Karrierestufen gehört zu den anspruchsvollsten Aufgaben eines IAS. Sie entscheidet wesentlich darüber, ob die ambitionierten Ziele erreicht werden. Dass dabei unterschiedliche Interessen im Spiel sind und Trägereinrichtungen, IAS und Fellows sich wechselseitige Reputationseffekte versprechen, liegt in der Natur der Sache.

IAS in ihrer Vielfalt nehmen eine wichtige und besondere Rolle im Gesamtsystem Wissenschaft wahr. Um diese auch in Zukunft auszufüllen, müssen sich die IAS institutionell weiterentwickeln. Dafür brauchen sie ausreichend Gestaltungsspielraum in den Fellow-Programmen und der Fellow-Auswahl sowie eine adäquate finanzielle Ausstattung, die ein selbständiges Agieren auch möglich macht.

Darüber hinaus könnten Ermöglichungsstrukturen für innovative interdisziplinäre Forschung selbst Gegenstand der Forschung werden – dazu gibt es ja durchaus Ansätze, speziell zum Format eines IAS sowie seine existierenden und möglichen Varianten gibt es allerdings bislang kaum etwas. Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Studie von Dr. Britta Padberg, der ehemaligen Geschäftsführerin des ZiF, dar.

Und die Zukunft?

W.W.: Diese positiven Wirkungen könnten durch die Gründung weiterer IAS intensiviert werden. Staatliche Mittel werden wegen der anstehenden erheblichen Umstellungen in anderen Politikbereichen in Zukunft sicherlich knapper (Beispiel: die anstehende öffentliche Finanzierung der Verlangsamung des Klimawandels, Verkehrswende, Schere der Einkommen in der Gesellschaft, Sicherung der Renten trotz negativer Bevölkerungsentwicklung usw.). Aber Gründungen aufgrund von Stiftungen sind möglich (Beispiele Greifswald, TNI in Hamburg) und haben besonders gute Chancen der Unabhängigkeit. Ein Teppich von IAS wäre jedoch utopisch und als Förderung von Spitzenforschung sicherlich auch nicht beliebig multiplizierbar. Zeichnen sich weitere Neugründungen ab? Welche Zukunft wünschen Sie diesen Aktivitäten?

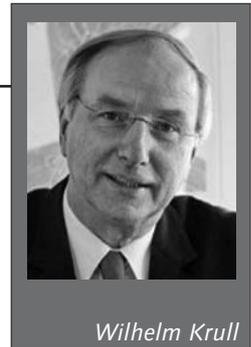
S.M.: Von weiteren geplanten Neugründungen ist mir nichts bekannt. Die beiden jüngsten Hamburger Neugründungen, das HIAS und The New Institute, lohnen aber einen näheren Blick, da sie nach meiner Auffassung exemplarisch für eine nächste Generation von IAS stehen. Das HIAS, eine konzertierte und von der Stadt geförderte Initiative der Hamburger Hochschul- und Forschungslandschaft, ist im Kontext der Exzellenzwettbewerbe zu sehen und soll Hamburg als international erkennbarer Wissenschaftsstandort weiter nach vorn bringen. Das TNI gründet demgegenüber auf einer privaten Initiative und will sich als Hamburgs neue Denkfabrik den von Ihnen genannten großen gesellschaftlichen Themen und Transformationsprozessen annehmen. Es ist kein Zufall, dass diese beiden Gründungsaktivitäten in Hamburg angesiedelt sind. Sie wären nicht denkbar gewesen, ohne eine wissenschaftspolitisch entschlossene Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Hamburg in den letzten zehn Jahren.

W.W.: Frau Maasen, vielen Dank für dieses Gespräch, das nicht nur gründungswilligen Initiativen wichtige Hinweise geboten hat!

Für weitere Informationen zu unserem gesamten Zeitschriftenangebot, dem Abonnement einer Zeitschrift, dem Erwerb eines Einzelheftes oder eines anderen Verlagsproduktes, zur Einreichung eines Artikels, den Autorenhinweisen oder sonstigen Fragen besuchen Sie unsere Website www.universitaetsverlagwebler.de oder wenden Sie sich direkt an uns:

E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de Telefon: 0521/ 923 610-12 Fax: 0521/ 923 610-22
Postanschrift: UniversitätsVerlagWebler, Bündler Straße 1-3, 33613 Bielefeld

Fo-Gespräch mit dem Gründungsdirektor des THE NEW INSTITUTES Hamburg, Dr. Wilhelm Krull



Wilhelm Krull

Forschung (Fo): Lieber Herr Krull, nach Ihrem Abschied aus der VolkswagenStiftung im Dezember 2019 sind Sie als Gründungsdirektor zum THE NEW INSTITUTES nach Hamburg gegangen.

Auf Basis einer Stiftung soll hier über Zukunftsfragen der Menschheit nachgedacht und zu konkreten Lösungskonzepten gekommen werden. Das ist ein großer Rahmen. Aus Publikationen sind die generellen Ziele dieser Gründung bekannt, die der Unternehmer und Stifter Erck Rickmers damit verbindet. Darauf werden wir in einem gesonderten Text noch eingehen.

Aber was war Ihr persönliches Motiv? Sie wollten Ihrem Leben nochmal eine Wendung geben, einen neuen Abschnitt beginnen. Was haben Sie sich vorgenommen?

Wilhelm Krull: Während meiner Tätigkeit für die VolkswagenStiftung – und erst recht als Chairman des European Foundation Centre und dann auch als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen – habe ich mich immer wieder dafür engagiert, mehr private Mittel für die gemeinnützige Förderung von Wissenschaft und Forschung zu mobilisieren. Als im Frühjahr 2019 Erck Rickmers auf mich zukam, war ich sofort begeistert von der Idee, in Hamburg ein vorwiegend geistes- und gesellschaftswissenschaftlich ausgerichtetes, neues Institut für höhere Studien und zugleich eine Plattform für gesellschaftlichen Wandel aufbauen zu können. Wir haben dann gemeinsam eine Art Gründungs-Statement verfasst, um sicherzustellen, dass wir die gleichen Ziele verfolgen und uns in der programmatischen Ausrichtung der Institutsarbeit einig sind.

In gewisser Weise schließen wir mit unseren Plänen an die Stärken-Schwächen-Analysen existierender Institutes of Advanced Study an, wie ich sie mit verschiedenen Evaluations-Kommissionen in den Jahren zuvor erarbeiten konnte, und versuchen, herausragende Denkerinnen und Denker nicht nur je einzeln als Fellow zu gewinnen, sondern sie von vornherein als Gemeinschaften zu formieren, die bereit sind, sich mit den großen Herausforderungen unserer Zeit auseinanderzusetzen und nachhaltig tragfähige Lösungsansätze zu erarbeiten. Für mich persönlich ist dies eine konsequent operative Fortsetzung meines bis dahin eher mittelbaren Förderhandelns im Rahmen der VolkswagenStiftung und der Max-Planck-Gesellschaft.

Fo: Welche Aufgaben hat ein Gründungsdirektor? Skizzenhaft ist das natürlich vorstellbar, aber etwas genauer wäre hilfreich... Was steht im Vordergrund? Wie verändern sich diese Aufgaben, wenn der Gründungsprozess vorankommt? Da müsste nach einem Jahr des Aufbaus einiges inzwischen schon erkennbar sein.

Krull: Zu Beginn ging es vor allem darum, den konzeptionell-programmatischen Rahmen auf den vier Feldern Ökologie, Ökonomie, Demokratie und menschliches Verhalten abzustecken, erste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rekrutieren sowie Kooperationspartner und künftige Fellows aus einigen der besten Universitäten der Welt zu gewinnen. Als bis dato gänzlich unbekannte Einrichtung galt es, sowohl die eigenen Ziele und Qualitätsansprüche zu untermauern als auch möglichst rasch international als ein Ort sichtbar zu werden, an dem über einige der größten Herausforderungen unserer Zeit und deren Bewältigung grundlegend neu nachgedacht werden kann. Nach ersten Workshops, Einzel- und Online-Experten-gesprächen – etwa zu unseren ersten Programmen „Foundations of Value and Values“ und „Future of Democracy“ – ging es in den letzten Monaten vor allem darum, durch Nominierungen und Ausschreibungen weitere Fellows auszuwählen, die ab Herbst 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 zu uns stoßen werden.

In den kommenden Wochen werden wir zwei weitere Programme – „Changing Mindsets – Changing Behaviour“ und „Shaping Regenerative Economies“ – in Einzelgesprächen und Online-Workshops so vorbereiten, dass wir spätestens zu Beginn des akademischen Jahres 2022/23 mit einschlägig ausgewiesenen, interdisziplinär und transsektoral zusammengesetzten Fellow-Gruppen auch hierzu die Arbeit aufnehmen können.

Insgesamt gesehen hat uns die Corona-Pandemie nunmehr seit über einem Jahr in unserem Aktionsradius erheblich eingeschränkt. Vieles konnte nur digital stattfinden. Die von uns für Anfang März als notwendig erachtete Auswahl der jüngeren Fellows – in Form eines mehrtägigen Präsenz-Workshops – musste ebenfalls komplett online durchgeführt werden. Die Kunst der Improvisation prägt also in hohem Maße den Instituts-Alltag!

Fo: Die Stiftung wirkt sehr idealistisch – was nicht skeptisch, sondern nur einordnend gemeint ist – mit eben-

solchen Zielen. Erck Rickmers möchte wichtige Impulse für eine bessere Zukunft der Menschheit erarbeiten lassen. Das klingt noch sehr abstrakt. Wie werden konkretere, bearbeitbare Fragestellungen gewonnen?

Krull: Wohl jeder, der bereit ist, einen beträchtlichen Teil seines Vermögens für gemeinnützige Zwecke einzusetzen, braucht eine erhebliche Portion Idealismus oder doch zumindest die Zuversicht, mit seinem Engagement einen wichtigen Beitrag dazu leisten zu können, dass auch künftige Generationen ein von Nachhaltigkeit und Wohlbefinden geprägtes Leben auf unserem geschundenen Planeten haben werden.

In jedem unserer Fellow-Programme werden wir uns jeweils auf konkrete Fragestellungen fokussieren. In „Future of Democracy“ wird es zum Beispiel zunächst um die künftige Gestaltung der deliberativen Demokratie, um die Eröffnung neuer Partizipationsformen und Mitgestaltungschancen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch um neue Überlegungen zur Lösung der gerade jetzt auch bei uns in Deutschland allenthalben sichtbar werdenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsprobleme der repräsentativen Demokratie gehen. Auch bei „Foundations of Value und Values“ werden wir uns nicht damit begnügen, die immer disparater werdenden Vorstellungen von einem guten Leben zu analysieren, sondern vielmehr zukunftsorientiert der Frage nachgehen, wie Werte entstehen, sich im Zeitverlauf entwickeln und welche Möglichkeiten es gibt, auch in scheinbar dunklen Zeiten auf moralischen Fortschritt hinzuwirken und systemisch konsistent durchdachte Veränderungsvorschläge in soziales und politisches Handeln zu überführen.

Da es den meisten Forscherinnen und Forschern schwerfällt, den Blick auf das zu richten „was noch nicht ist“, also sich eine andere Welt vorzustellen, sehe ich die größte Herausforderung für mich darin, jenseits der Exploration des Bestehenden und der Neu-Kombination vorhandener Wissensbestände die Fellows dazu zu bringen, über die bekannten Denk- und Möglichkeitsräume hinaus Ideen zu generieren, die so noch nicht gedacht wurden und im bisherigen Weltbild geradezu undenkbar schienen. Erst dann, wenn die aus tiefem gemeinsamen Nachdenken resultierenden und dem Säurebad intensiver Auseinandersetzung mit verschiedenen Akteursgruppen gehärteten Veränderungsvorschläge auch tatsächlich umgesetzt werden, hat sich letztendlich die erhebliche Investition in das Warburg Ensemble und die Finanzierung des laufenden Betriebs mit ca. 8 Millionen Euro pro Jahr wirklich gelohnt!

Fo: Und wenn Ergebnisse vorliegen, wie sollen sie wirksam werden? Nach der Programmatik des TNI umfassen die Aufgaben Denken und Handeln. Da fallen einem gleich mehrere Fragen ein. Wird an sanfte, leise Empfehlungen als Appelle gedacht? An wen richten sie sich? Folgen nach ihrer Äußerung weitere Schritte in der Sache oder werden nach der Präsentation der Ergebnisse die Akten geschlossen? Wie deutlich werden die Sphären der Problemanalyse und Entwicklung von Lösungskonzepten einerseits und der Übertragung in praktisches Handeln andererseits getrennt?

Krull: Schon seit Längerem habe ich sowohl in Interviews als auch in schriftlichen Statements die Auffassung vertreten, dass es weder in der Politik-Beratung noch an der Schnittstelle von Wissenschaft und Öffentlichkeit ausreicht, sich auf die Präsentation von Ergebnissen – im Sinne des klassischen Sender-Empfänger-Modells – zu konzentrieren. Entscheidend für die Wirkung ist vielmehr eine möglichst frühe Teilhabe der jeweiligen Akteure und das produktive Aufnehmen der Wissensbestände aus anderen Teilsystemen der Gesellschaft. Mir wird dabei immer deutlicher, dass es keineswegs ausreicht, beim Aufzeigen von Lösungswegen additional die Einsichten einzelner Disziplinen zusammenzufügen, sondern dass man von vornherein integrativ sowohl interdisziplinär als auch transsektoral agieren muss. Neben Transparenz- und Dialogfähigkeit gehört zu den Gelingensbedingungen eines solch integrativen Vorgehens vor allem das Denken und Handeln in ganzen Wissenslandschaften, ihren Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten, sowie die Bereitschaft, die gesellschaftlichen Folgen des eigenen Handelns mitzudenken. Das schließt ein hohes Maß an Demut ein, um die Grenzen der eigenen Methoden und Einsichtsmöglichkeiten im Blick zu behalten – auch und gerade dann, wenn Politik und Öffentlichkeit nach klaren Aussagen und schnell formulierten Empfehlungen verlangen, die das mühsame Ringen um die richtige Lösung ersparen könnten.

Fo: Wenn die Vorinformationen richtig sind, dann wird es vier leitende Mitglieder von Dauer geben, zu denen Sie zählen, bis zu 35 „Fellows“, ausgeliehen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden, Initiativen und Politik, deren Gehalt und Aufenthalt für die Dauer ihrer Mitgliedschaft von der Stiftung übernommen werden, sowie Einzelgäste mit kürzerer Kooperationsdauer. Wie kann man sich die personelle Seite des Instituts vorstellen?

Krull: Wie bei anderen Institutes of Advanced Study auch, wird es bei uns einige längerfristig an das Institut gebundene „Permanent Fellows“ geben, die freilich zugleich die wissenschaftliche Leitung eines der Programme übernehmen und somit auch für die Koordination der jeweiligen Fragestellungen verantwortlich sind. Die übrigen Fellows werden primär aus der Wissenschaft kommen, aber immer wieder in Konstellationen gebracht werden, bei denen Vertreter der Wirtschaft, der Medien und auch der Zivilgesellschaft, sie in ihrem Denken und Diskutieren herausfordern. Natürlich wird es darüber hinaus auch Einzelgäste des Stifters oder des Direktors geben.

Ganz wichtig ist in unserem Fall das „Facilitating-Team“, das aus etwa 30 Personen bestehen wird und sowohl die Programm-Betreuung als auch die Rundumversorgung der Fellows, aber nicht zuletzt auch die mediale Vermittlung unserer Ergebnisse, unterstützen wird. Diese Kombination aus etwa 30 bis 35 Fellows mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im „Facilitating-Team“ wird am Ende den Erfolg unseres Arbeitens ausmachen.

Fo: Sie sind als eines der ersten Mitglieder an dieses Institut gegangen. Ich vermute, die Mitglieder können

sich nicht bewerben, sondern werden persönlich eingeladen. Das ist ja besonders ehrenvoll, sozusagen per Headhunting gewonnen zu werden. Wie muss man sich die Kontakte und den Auswahlprozess vorstellen?

Krull: Es gibt selbstverständlich die Möglichkeit, sich um eine Zusammenarbeit mit THE NEW INSTITUTE zu bewerben. Insgesamt gesehen wird es jedoch eine Mischung aus Nominierungen, Bewerbungen und aktiven Rekrutierungen sein, die für den Erfolg des Instituts entscheidend ist. In der Regel holen wir zwei Gutachten für die jeweiligen Fellow-Kandidaten ein. Für die jüngeren Forscherinnen und Forscher gibt es sogar ein zweistufiges Verfahren: sie werden zunächst schriftlich begutachtet und dann in Form von Ausfall-Workshops eingeladen, nicht zuletzt um ihre Kommunikations- und Kooperationsbereitschaft, die ja existenziell für das Institut und seine Policy-Wirkungen sein wird, zu prüfen. Gerade diese Auswahlverfahren sind für uns eine große Herausforderung unter den Bedingungen des Lockdowns. Natürlich würde ich mir wünschen, dass wir jederzeit aufgrund persönlicher Kontakte und dem Herstellen interaktiver Formate die Auswahl treffen könnten. Das, so hoffe ich, wird spätestens 2022 wieder realistisch umzusetzen sein.

Fo: Haben Sie schon vor Ihrer offiziellen Berufung in inoffiziellen Prozessen Gelegenheit gehabt, an dem Ausbuchstabieren dieses Instituts in seine Anfangsform hinein mitzuwirken?

Krull: Wie bereits erwähnt, haben Erck Rickmers und ich im Laufe des Frühjahrs 2019 (also noch während meiner Zeit bei der VolkswagenStiftung) eine Art Gründungs-Statement verfasst, das ich anschließend um „Guidelines“ (vgl. Kasten) ergänzt habe, um den Rahmen abzustechen. Das schien mir eine wichtige Voraussetzung zu sein, um aus meinem bisherigen Netzwerk heraus einen guten Start für THE NEW INSTITUTE ermöglichen zu können.

Das hat sich für „Value and Values“ in der Zusammenarbeit mit den Oxforder Kollegen, insbesondere Colin Mayer, Dennis Snower und Paul Collier, aber auch mit Corine Pelluchon (Paris) und Markus Gabriel (Bonn) sehr bewährt und auch bei „Future of Democracy“ mit Christoph Möllers (HU Berlin), Nicole Deitelhoff (Frankfurt) und Daniel Ziblatt (Harvard) als sehr erfolgreiches Vorgehen erwiesen. Wir sind stolz darauf, all diese Personen als künftige Fellows willkommen heißen zu können.

Fo: Haben die inzwischen Berufenen dann gemeinsam beraten, wer diesen Kreis idealerweise ergänzen würde? Das wäre ein klassischer Prozess der Selbstergänzung. Gibt es so etwas wie ein Personalkonzept, d.h. Kriterien, nach denen entsprechend gesucht wird? Wer hat sich die Berufungsentscheidungen vorbehalten?

Krull: Selbstverständlich können die bereits eingeladenen Fellows ihrerseits weitere Kandidatinnen und Kandidaten nominieren. Diese sind jedoch nicht automatisch gesetzt. Vielmehr gilt auch hier, dass Nominierungen ebenso wie Bewerbungen durch entsprechende gutachterliche Stellungnahmen qualitätsgeprüft sein müssen. Ein alleiniges

THE NEW
INSTITUTE

**Guidelines for The New Institute
in Advancing Sustainable Ecological and Social Change**

1. In a world that is undergoing rapid as well as radical changes and facing huge ecological, social, and economic challenges, we need new ideas, initiatives and forms of interaction to collaborate on proposals for viable solutions.
2. The more evident the consequences of climate change, environmental degradation, population growth, rising social inequality, and the lack of faith in democracy become, the more urgent it is to open up new perspectives and create effective impulses through research and scholarship.
3. Longterm viable and transformative concepts for a sustainable life on our planet can only be developed if there is a shared commitment among all actors to be open to fundamental debates, questioning cherished habits, and open up new spaces for thorough reflection.
4. The range of very distinct modes of thought, methods, and traditions specifically in the social sciences and humanities provide an opportunity for new and integrative approaches for conceiving solutions based on inter- and transdisciplinary collaboration.
5. The universal problems, shared in different parts of the world, and global challenges as formulated in the Sustainable Development Goals (SDGs) call for a cross-boundary cooperation. The international character of the fellows and the development of a shared understanding of the actions necessary provide the basis for a successful change of practice.
6. Given the complexity of social, environmental and economic challenges, it will be essential to avoid drawing premature conclusions and to deal appropriately with uncertainty. Only then will research and scholarship be able to live up to their expectations.
7. To overcome the rush of everyday life, spaces will be created at the New Institute that will enable the development of a culture of creativity based on mutual trust. This includes, not least, the courage to intellectually break new ground and speak out uncomfortable truths.
8. At the New Institute avant-garde ideas and project constellations of high quality and integrity are to be realized. These ideas should lead to radically new images of societal goals as well as to valid and reliable outcomes that can be implemented quickly.
9. Effective processes of change require intensive cooperation of engaged actors from academia, the arts, civil society, business, politics, and the media. Wherever possible, these should be involved right from the start in developing new approaches to generating new ideas and solving urgent problems. This goal will be realized at the New Institute and within its networks at different levels and in different constellations.
10. Transforming new knowledge into practical knowledge relevant to the future can only succeed if the attempt is made time and again to clarify consequences of not-acting and acting in a multi-dimensional way and through different media. Since change can only be achieved if approached on multiple levels and on different timescales, a differentiated communication strategy and a result-oriented approach are required in all areas.

Prinzip der Selbstergänzung würde schließlich dazu führen, dass immer nur aus denselben Denkschulen Per-

sonen eine Chance hätten. Wir legen jedoch großen Wert darauf, dass die ergebnisoffene Suche nach neuen Erkenntnissen tatsächlich auch durch eine Multiperspektivik der beteiligten Personen untermauert wird. Die Entscheidung zur Einladung der Fellows treffe letztlich ich gemeinsam mit dem Stifter. Allerdings immer auf der Basis von Gutachten und auf der Basis von Voten der jeweiligen Gutachterkreise, soweit es um die Fellow-Auswahl nach Ausschreibungen geht.

Fo: Denkfabriken stehen zu einem Teil in dem Ruf, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und es steigern zu wollen, zu einem Teil haben sich Einrichtungen mit solchen Namen aber auch den Ruf zugezogen, offen oder verdeckt Partialinteressen zu vertreten. Beim TNI ist wohl von ersterem auszugehen. Aber bleibt das so?

Krull: Was wir in Hamburg aufbauen ist keineswegs eine „Denkfabrik“ im Sinne der klassischen „Think Tanks“. Als auf der Basis einer gemeinnützigen Stiftung operierendes Institut verstehen wir uns in der Tat als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Einrichtung. Es gibt keine verdeckten Partialinteressen, die unsere Arbeit prägen würden. Ich bin davon überzeugt, dass auch auf lange Sicht die Unabhängigkeit des Denkens und Handelns im Rahmen von THE NEW INSTITUTE Foundation nicht nur durch die Gründungsmitglieder, sondern auch durch die im Einzelnen noch aufzubauende Governance gesichert bleiben wird.

Fo: Wie unabhängig ist das TNI? Gibt es außer den Gründungszielen des TNI als Handlungsrahmen für die Mitglieder informelle Erwartungen oder konkrete Vorgaben, die ihre Tätigkeit ein wenig navigieren?

Krull: THE NEW INSTITUTE ist eine sowohl inhaltlich als auch organisational autonome Einrichtung. Die Gründungsziele werden in Form von miteinander verbundenen thematischen Schwerpunktsetzungen in jeweils spezifisch zu definierenden Programmen realisiert. Natürlich ist die Erwartung an unsere künftigen Fellows, dass sie nicht nur ihr jeweils eigenes Projekt verfolgen, sondern bereit sind, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen über die großen Herausforderungen unserer Zeit und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren und diese auch in handlungswirksame Empfehlungen zu überführen. Dabei werden sie freilich durch das „Facilitating-Team“ unterstützt und können auf diese Weise sehr effektiv ihre Gedanken in konkrete Handlungsempfehlungen umsetzen.

Fo: Wenn es informelle Erwartungen oder konkrete Vorgaben gibt – wer prüft, welche Interessen dahinter stehen? Solche Denkfabriken werden auch ohne förmlichen Eingriff von außen nicht selten von anderen Interessen(verbänden) eingespant, um ihren Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit zu erhöhen.

Krull: Da wir uns nicht als „Denkfabrik“ verstehen und auch keineswegs zu einer Lobby-Organisation für bestimmte parteipolitische Interessen werden möchten, sind wir zunächst einmal offen für den Austausch mit

den unterschiedlichsten Akteuren. Auch werden wir, wenn wir gesellschaftliche Wirkung entfalten wollen, dringend auf Partnerinnen und Partner in den verschiedenen Teilen unserer Gesellschaft angewiesen sein. Entscheidend ist für uns, dass es hier um die Erkenntnis dringend notwendiger Handlungsschritte und das Teilen der Einschätzung des erforderlichen Handelns geht. Deshalb habe ich keine Befürchtung, dass wir uns vor den Karren der einen oder anderen Organisation spannen lassen werden, letztlich aber auch nicht verhindern können, dass bestimmte Interessenverbände sich unsere Ergebnisse zu eigen machen. Wenn Sie dies ohne Einschränkungen tun, kann das für uns auch eine wichtige Unterstützung bedeuten.

Fo: Die Startbedingungen mögen unabhängig sein. Wie sichern die Mitglieder eine entsprechende Freiheit, so dass diese Unabhängigkeit des TNI langfristig gewahrt bleibt?

Krull: Nicht nur die Startbedingungen werden unabhängig sein, sondern auch die langfristigen Rahmenbedingungen. Wir sind derzeit dabei, die Überlegungen mit Blick auf die Bildung eines Kuratoriums und auch eines internationalen Beirats weiter zu konkretisieren. Beide Elemente werden – in Ergänzung der bereits etablierten Begutachtungsverfahren - wichtige Garanten dafür sein, dass die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Arbeit und der gesellschaftlichen Wirkungspfade auch langfristig gewahrt bleibt.

Fo: Gibt es von außen finanzierte Projekte? Wer prüft die mit der Finanzierung verbundenen Interessenlagen?

Krull: Es gibt derzeit keine von außen finanzierten Projekte. Auch ist nicht daran gedacht, in irgendeiner Weise Auftragsarbeiten seitens des Instituts zu übernehmen. Wohl aber kommen im Einzelfall Fellows – wie zum Beispiel bereits im Herbst 2021 – die mit einem Humboldt-Fellowship oder vergleichbaren Förderungen einen Teil ihres Aufenthalts im THE NEW INSTITUTE bestreiten können. Langfristig sind wir offen für Zustiftungen und für zusätzliche Engagements, sofern diese das autonome Handeln des Instituts in allen wissenschaftlichen und forschungspolitischen Fragen nicht einzuschränken versuchen. Dafür werden wir in Kürze auch entsprechende Leitlinien erarbeiten.

Fo: Wenn es dann die Möglichkeit von Zu-Stiftungen gibt, müsste sicherlich geprüft werden, ob sie mit Einfluss auf die Willensbildung des Instituts verbunden sein könnten (etwa durch Widmungen) und welcher Art dieser Einfluss dann wäre. Das wären Probleme, wie sie sich z.B. dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft immer mal wieder stellen.

Krull: Bei möglichen Zustiftungen sehe ich nicht, dass hier durch besondere Zweckbindungen oder Widmungen tatsächlich die bisherige Ausrichtung der Grundlinien vom THE NEW INSTITUTE in irgendeiner Weise in Gefahr geraten könnten. Bestimmte Erwartungen seitens eines Zustifters müssten weit im Vorfeld verhandelt

und geklärt werden. Aus meiner Sicht ist es nicht hinzunehmen, dass bestimmte Partialinteressen durch die Hintertür die Arbeit des Instituts – letztlich auch unter Reputationsaspekten – gefährden könnten.

Fo: Wie ist Ihre Arbeit strukturiert? Formulieren Sie Projekte, d.h. Vorhaben im Sinne der Gesamtziele mit einem bestimmten Rahmen? Steht Ihnen ein persönliches, jährliches Budget zur Verfügung oder handelt es sich (neben einer Sockelausstattung) um eine reine Projektfinanzierung?

Krull: Im Rahmen der vier Felder – Ökologie, Ökonomie, Demokratie und menschliches Verhalten – sind die jeweiligen Programme so ausgestaltet, dass sie viel Spielraum für die Vorhaben der Fellows wie auch für die policy-relevanten Fragestellungen des Instituts bieten. Projektfinanzierungen, wie sie seitens großer Drittmittelgeber oder auch in den Großforschungseinrichtungen üblich sind, gibt es bei uns nicht. Die Fellows bekommen viel Freiraum, um ihr jeweiliges eigenes Buch-Projekt oder auch das spezifische Forschungsvorhaben zu realisieren, aber im Mittelpunkt steht für uns die gemeinsame Arbeit an zukunftsorientierten Gestaltungsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie auch der Bewältigung der Umwelt- und Klimaprobleme, die sich ja in den letzten Jahren immer weiter zugespitzt haben.

Fo: Wird für die Vorhaben ein enger Zusammenhang mit den Gründungszielen und Teilzielen des TNI erwartet? Oder ist der Rahmen eher weit gespannt?

Krull: Im Rahmen der genannten vier Felder ist die Möglichkeit für Fellows, entsprechende Arbeiten im Kontext des THE NEW INSTITUTE zu realisieren, sehr weitgespannt. Es gibt allerdings unter den Aspekten der Gründungsziele und des angestrebten Beitrags zum gesellschaftlichen Wandel zugleich die Erwartung, dass alle Fellows, die zu uns kommen, darüber hinaus an gemeinsamen Fragestellungen arbeiten möchten. Bislang zeigen die künftigen Fellows gerade daran ein besonders großes Interesse, weil wir uns damit auch vom klassischen Institute of Advanced Study unterscheiden und tatsächlich die Interaktion unter den Fellows zu neuen inhaltlichen Weichenstellungen führen können und müssen.

Fo: Ist es reizvoll, von der Prüfung und Bewilligung aufwändig vorbereiteter Anträge bei der VW-Stiftung auf die andere Seite gewechselt zu sein, d.h. Projektanträge selbst zu entwickeln? Oder handelt es sich um Vorhaben ohne Beantragung, die Sie in Ihrem Handlungsrahmen konzipieren und durchführen können?

Krull: In der Tat hat mich besonders gereizt, nunmehr selbst gestaltend ein neues Institut aufbauen zu können und nicht nur indirekt qua Aufsichtsfunktion oder Förderfähigkeit Wissenschaft voranzubringen. Projektanträge werden von mir freilich nicht entwickelt, wohl aber – jeweils gemeinsam mit Expertinnen und Experten und dem Facilitating-Team – Programme und entsprechende Ausschreibungen für die Bewerbungen um Fellowships. Das ist eine durchaus anspruchsvolle und zugleich sehr

ambitionierte Vorgehensweise, die bisher erfreulicherweise auf enorm positive Resonanz in der Wissenschaft stößt. Wir erhalten beinahe täglich Anfragen, ob man nicht in dem einen oder anderen Programm bei uns mitwirken könnte. Das sehe ich als ein Zeichen dafür an, dass die von uns gewählte, bislang so noch nicht realisierte Konzeption der Verbindung von Advanced Study mit tatsächlicher gesellschaftlicher Veränderungsarbeit durchaus zum richtigen Zeitpunkt auf den Weg gebracht worden ist.

Fo: Stellen Sie Teams aus wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen zusammen, mit denen Sie die Projekte angehen oder handelt es sich um Teams aus den tragenden Mitgliedern des Instituts – vielleicht mit parallel mehrfacher Mitgliedschaft?

Krull: Für jedes größere Programm wird es eine Referentin oder einen Referenten geben, der die jeweilige Fellow-Gruppe in ihrer Arbeit unterstützt. Projektförmige Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen ist bei uns nicht vorgesehen. Wohl aber wird es eine Reihe auch jüngerer Kolleginnen und Kollegen geben, die als Fellows bei uns tätig sind und künftig zum Erfolg der jeweiligen Aktivität im Sinne der intergenerationalen Zusammenarbeit entscheidend beitragen dürften.

Fo: Wie können wir uns die alltägliche Arbeit am TNI vorstellen? Ich sage mal bewusst naiv – Denken in einem Think Tank klingt erstmal kreativ-unstrukturiert – wenn es so sein sollte – wird dies dann abgelöst von Strukturierungsphasen?

Krull: Die Fellows kommen zu uns nicht als wissenschaftliche Angestellte, sondern auf Stipendienbasis und sind zunächst einmal völlig frei in ihren Entscheidungen. Es gehört jedoch zum Selbstverständnis sowohl des Instituts wie auch der bisher an uns gebundenen Fellows, dass wir eine gute Balance zwischen eigener Arbeit am jeweiligen Buch oder Publikations-Projekt und einer gemeinsamen Arbeit finden wollen. Dazu gehört, dass es sicherlich zwei- bis dreimal die Woche ein Treffen der jeweiligen Gruppe geben wird, die etwa zu den Fragen tragfähiger Werte und Wertvorstellungen oder zu den Fragen der nachhaltigen Umwelt- und Klimagestaltung nach gemeinsamen Lösungen suchen werden.

Fo: Gibt es regelmäßige Hausmessen, auch Kolloquien genannt, auf denen Zwischenstände präsentiert und kollegial im Gespräch weiter vorangebracht werden?

Krull: Selbstverständlich wird es einmal die Woche ein gemeinsames Kolloquium geben, bei dem die eine oder andere Fellow-Gruppe oder auch der eine oder andere Gast seine entsprechenden Vorstellungen vortragen kann. Ansonsten wird die Arbeit eher in kleineren Gruppen und fokussiert auf spezifische Fragestellungen stattfinden. Das halten wir für den richtigen Weg, um im Einzelfall auch zu konkreten Ergebnissen kommen zu können. Das schließt freilich nicht aus, dass die Fellows auch in anderen Arbeitsgruppen mitwirken. Beispielsweise gibt es schon jetzt einen erheblichen Überlappungsbe-

reich zwischen dem Werte- und dem Demokratie-Programm.

Fo: Können die Vorhaben ihren Kurs selbst korrigieren? Bei festen, im Drittmittelbereich in der beantragten Form geförderten Projekten ist das ja nicht einfach. Wie flexibel werden Ihre Vorhaben gesteuert?

Krull: Die Vorhaben, die wir verfolgen, also unsere Programme, sind sehr flexibel angelegt. Sie starten in der Regel auch mit drei bis vier Fragenkomplexen, aus denen dann – je nach Fellow-Konstellation – zwei ausgewählt werden. Dies bedeutet, dass selbstverständlich die jeweilige Fellow-Gruppe in der Lage sein wird, ihre Fragestellungen weiter zu verfeinern und gegebenenfalls auch den bereits eingeschlagenen Kurs zu korrigieren. Hier gilt sicherlich bisweilen auch: Umwege erhöhen die Ortskenntnis!

Fo: Welche Form stellen Sie sich für die Ergebnisse des TNI vor? Handelt es sich um schriftliche Expertisen, Gutachten, Stellungnahmen? Um projektierte Vorschläge?

Krull: Wie bereits erläutert, kann es nicht darum gehen, fertige Ergebnisse in die Landschaft zu schicken. Für uns beginnt der Prozess schon frühzeitig mit der Einbeziehung anderer Stakeholder aus den jeweils relevanten gesellschaftlichen Feldern. Teilhabe und Mitwirkung werden sicherlich wichtige Markenzeichen der Arbeit des THE NEW INSTITUTE sein. Am Ende des Tages müssen wir ja sehen, dass die über Discussion-Papers, Expertisen und Stellungnahmen erstellten Forderungen und Empfehlungen auch tatsächlich in konkretes Handeln umgesetzt werden. Und das zielgenaue Handeln der jeweils Verantwortlichen gelingt letztlich umso besser, je mehr sie von Anfang an in die Erstellung der jeweiligen Empfehlungen involviert waren.

Fo: Und woran, an welchen Merkmalen werden Sie ablesen, ob Ihre Arbeit jeweils erfolgreich war?

Krull: Die Wirkung unserer Arbeit werden wir zum einen bereits daran ablesen können, ob die Akteure aus den anderen gesellschaftlichen Bereichen bereit und in der Lage sind, mit uns gemeinsam an den jeweiligen Fragestellungen zu arbeiten. Letztlich werden wir unseren Erfolg aber nur langfristig daran messen können, ob gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der Nachhaltigkeit und des sozialen Zusammenhalts tatsächlich stattgefunden haben. Dafür legen wir einen Zeithorizont von 8 bis 10 Jahren zugrunde. Auch wenn vieles bereits früher geschehen muss, so halten wir es doch für sinnvoll, sich nicht zu sehr in die Falle der Kurzatmigkeit zu begeben.

Fo: Ich möchte nochmal auf das Verhältnis von analytischen Ergebnissen und praktischem Handeln zurückkommen. Bleiben das zwei Welten? Wie deutlich werden die Sphären der Problemanalyse und Entwicklung von Lösungskonzepten einerseits und der Übertragung in praktisches Handeln andererseits getrennt – evtl. auch in der Trägerschaft?

Krull: Die Problemanalyse und die Entwicklung von Lösungskonzepten können keinesfalls von der Übertragung in praktisches Handeln getrennt erfolgen. Sonst kommen wir wieder in das (schon erwähnte) typische Sender-Empfänger-Modell, das sich ja schon in der Vergangenheit nicht bewährt hat. Für uns wird es entscheidend sein, sowohl über die Medien wie über zivilgesellschaftliche Organisationen oder über entsprechende Verbände gemeinsam öffentlichen Druck ausüben zu können, der dann auch zu konkretem politischem Handeln und zu neuen normativen Weichenstellungen führt. Erst dann, wenn tatsächlich messbare Veränderungen in unserer Gesellschaft sichtbar werden, können wir annähernd zufrieden sein.

Fo: Solche Wege zu beschreiten, wird ja nicht zum ersten Mal erprobt. Bisherige Erfahrungen sind aber nicht sehr ermutigend. Auf Dauer könnte das TNI kluge Konzepte entwickeln und dann Erfahrungen mit deren Unwirksamkeit sammeln, indem eine Übertragung in praktisches Handeln nicht gelingt. Die Problemstrukturen haben viel mit der Interessen- und Machtverteilung auf der Erde zu tun. Sollen Lösungen erreicht werden, muss wohl an diese Verteilung herangegangen werden. Das könnte deren Scheitern mitbegründen.

Krull: THE NEW INSTITUTE wird sicherlich die Interessen- und Machtverteilung auf der Erde, auf die sie anspielen, nicht ohne weiteres aus den Angeln heben können. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass etwa über Praxis-Kontakte in die G20-Staaten und die entsprechenden Policy-Verbindungen es möglich sein wird, frühzeitig eine Miteigentümerschaft genau dieser politikberatenden und -gestaltenden Akteure einzubeziehen. Dass dabei im Einzelfall auch „kluge Konzepte“ des TNI scheitern können, müssen wir in Kauf nehmen. Am Ende gilt wohl auch hier der Satz von Albert Camus: „Wir müssen uns Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen“. Das bedeutet freilich nicht, dass nicht der eine oder andere Stein, den wir den Berg hinauf schleppen oder ins Wasser werfen, auch tatsächlich erfolgreich zu Veränderungen beitragen kann. Die Medien und die neuen digitalen Möglichkeiten der Kommunikation sind für uns zweifellos ein wichtiger Verbund, den wir nutzen müssen. Dies geschieht teilweise auch bereits. Und das Echo, das wir bislang bekommen, ist geradezu überwältigend positiv.

Fo: Dazwischen liegt noch der Handlungsraum medialer Öffentlichkeit. Es könnten die verbalen Reaktionen der Adressaten dokumentiert, wieder öffentlich gemacht, demonstrativ Taten (etwa staatlicher Politik) abgewartet und auch ihr Fehlen öffentlich dokumentiert werden. Das bliebe noch sehr hanseatisch-diplomatisch.

Krull: Bei der Ankündigung unserer Institutsgründung im letzten Herbst haben wir seitens der Medien sogar viele Ansprüche und Ziele zugeschrieben bekommen, deren Realisierung durchaus noch viel Schweiß der Edlen erfordern wird. Ob wir immer „hanseatisch-diplomatisch“ vorgehen, bleibt abzuwarten. Am Ende des Tages wird es vermutlich notwendig sein, das eine oder

andere auch so zu skandalisieren, dass beispielsweise im Bereich der Umwelt- und Klima-Katastrophen dringendes und sofortiges Handeln angemahnt wird.

Fo: Es könnten aber auch Konzepte des TNI von Initiativen außerhalb aufgegriffen und erheblich aggressiver zu eigenen Forderungen gemacht werden. Wie könnte sich das TNI dazu verhalten? Distanzierung wäre ein Ding. Aber Gegner könnten das TNI als ständige Unruhequelle einordnen...

Krull: Wenn wir im Kontext der eben angesprochenen Umwelt- und Klima-Skandale als ständige „Unruhequelle“ gesehen würden, müsste uns das nicht stören. Im Gegenteil, an solchen Dingen wird man sehen können, dass wir mit Blick auf die Umsetzung der Ideen uns nicht scheuen, auch auf Widerstand zu reagieren und Konflikte auszutragen. Anders kann ich mir die Durchsetzung der notwendigen Veränderungen nicht vorstellen.

Fo: Die Medien haben das TNI sehr schnell in die Gruppe der Denkfabriken eingereiht. Nun bedarf das sicherlich weiterer Differenzierung, denn dort gibt es sehr gemischte Nachbarschaften. Ein Teil arbeitet mit Hilfe der Wissenschaft zugunsten des Gemeinnsinns und um menschliches Handeln möglichst an einer wissenschaftlichen Basis zu orientieren, ein anderer Teil gilt aber als Lobby-Institute, die ihre manipulativen Absichten mit Wissenschaft kaschieren.

Krull: In der Tat war ich nicht sehr glücklich über die Bezeichnung „Denkfabrik“; denn sie signalisiert eine Nähe zu den parteipolitischen, und bisweilen auch anderen Interessen zuzuordnenden Organisationen, die gemeinhin „Think Tanks“ genannt werden.

Wie bereits oben ausgeführt, ist es für uns keineswegs zufriedenstellend, in diese Gruppe eingeordnet zu werden. Wir möchten schließlich die ergebnisoffene Suche nach neuen Erkenntnissen und die Entwicklung origineller, systemisch durchdachter Zukunftskonzepte befördern, damit am Ende des Tages tatsächlich etwas geschieht.

Fo: Wenn es sich um einen Dialog mit der Öffentlichkeit handelt – wie werden dort geäußerte Wünsche geprüft und ggfls. aufgegriffen? Wird diese Qualität bilanziert?

Krull: Schon jetzt schauen wir uns die Resonanzzahlen an, etwa mit Blick auf unsere Newsletter, die Verweildauer auf unserer Homepage et cetera. Eine solche Bilanzierung bleibt freilich notgedrungen oberflächlich; denn damit ist noch keineswegs etwas darüber gesagt, was tatsächlich von dem, was wir dort anbieten, hängen bleibt und zu Konsequenzen führt.

Für uns und unsere Fellows wird es vor allem darauf ankommen, die bislang vielfach geübte Zurückhaltung in puncto zielorientiertem Zukunftsstreit aufzugeben und

sich mit eigenen Aussagen und möglichen Szenarien vorzuwagen. Dabei ist auch eine intellektuell begehbbare Brücke zu bauen, die sich von der Lebensphilosophie (also dem Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu seiner Umwelt) über eine auf Transparenz und Partizipation angelegte Institutionen-Lehre bis hin zu einer systemisch ausgerichteten Rechtspolitik erstrecken müsste. Es gilt mehr denn je, den Mut aufzubringen, Herausforderungen und Handlungserfordernisse klar zu benennen, damit frühzeitig eine nachhaltig wirksame Gestaltung von Strategien im Sinne des Allgemeinwohls entwickelt werden kann, und wir so dazu beizutragen, eine für uns alle lebenswertere Zukunft möglich zu machen.

Fo: Auch wenn es sich beim TNI um eine private Stiftung handelt, wird die Öffentlichkeit die Aktivitäten sicherlich mit großem Interesse verfolgen. Wie wendet sich das TNI an die Öffentlichkeit? Publizieren die einzelnen Projekte Fachpublikationen? Wird es periodisch Gesamtberichte des TNI geben?

Krull: Wie bereits erwähnt, wird THE NEW INSTITUTE sich auf vielfältige Weise an die Öffentlichkeit wenden und die gesellschaftlichen Akteure auch einladen, an ihren Fragestellungen und deren Beantwortung mitzuwirken. Das reicht von den digitalen Medien über Discussion-Papers bis hin zu Artikel- und Buch-Publikationen, die freilich wiederum zumeist nur spezifische Fachöffentlichkeiten erreichen. Deshalb ist es aus unserer Sicht so wichtig, in den jeweiligen Fellow-Gruppen auch Policy-Papiere zu erarbeiten, die für jedermann verständlich sind und durch die jeweils relevanten Akteure mit geprüft werden, ehe sie in die entsprechenden Policy-Kanäle eingespeist werden. Dazu hoffen wir, mit unseren Ideen auf lokalen über regionalen bis hin zu nationalen und internationalen Medien sowie entsprechenden Plattformen Einfluss ausüben zu können. Aber bis dahin wird noch viel Wasser die Elbe hinunterfließen.

Fo: Herr Krull, ich danke Ihnen für diesen ausführlichen Einblick in die Aufbauarbeit am TNI!

Das Gespräch auf Seiten der Zeitschrift Forschung führte Wolff-Dietrich Webler.

■ **Wilhelm Krull**, Dr., Gründungsdirektor THE NEW INSTITUTE, Hamburg,
E-Mail: wilhelm.krull@thenew.institute

Fo-Gespräch

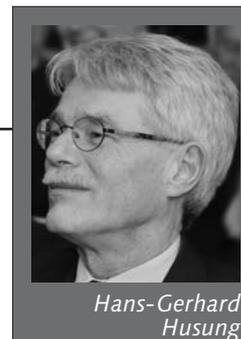
über Transformationsaufgaben im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle und die der Wissenschaft dabei zugeordnete Rolle

am Beispiel der sächsischen Lausitz und des Mitteldeutschen Reviers

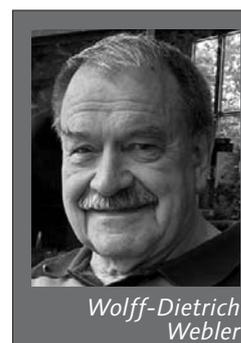
zwischen Prof. Dr. Beate Schücking, der Rektorin der Universität Leipzig, sowie Dr. Hans-Gerhard Husung, dem aktuellen Vorsitzenden des Hochschulrates der Universität Leipzig (früheren Generalsekretär der Bund-Länderkommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)) und Prof. Dr. Wolff-Dietrich Webler, Verleger der Zeitschrift *Forschung*.



Beate Schücking



Hans-Gerhard Husung



Wolff-Dietrich Webler

Das Thema war ursprünglich umfassender formuliert: Welche Rolle sollen Hochschulen und Wissenschaft bei den gesellschaftlichen Transformationsprozessen wahrnehmen? Aber hier nehmen wir einmal einen Teil daraus unter die Lupe und leuchten ihn näher aus.

Zur Bedeutung des Themas: Im Pariser Klimaabkommen haben sich die europäischen Staaten auf Ziele geeinigt, die nun auch angestrebt bzw. eingelöst werden müssen. Dabei nimmt die Energiewende einen zentralen Platz ein. Von ihr sind vor allem Steinkohle, Braunkohle und Atomkraft betroffen, weil sie in ihren Auswirkungen bekanntlich extrem umweltschädlich sind. Deutschland ist auf diesem Weg der Energiewende schon wesentlich weiter als Nachbarn wie Frankreich oder Polen. Und trotzdem, obwohl der Ausstieg schon weiter vorangetrieben wurde und daher der (Abbau-)Flächenbedarf sinkt, gibt es in den betroffenen Regionen große Unsicherheiten bezüglich des Bestandes der eigenen Wohnhäuser (Abriss oder Erhalt), der künftigen Arbeitsplätze (verschärft noch für ältere Arbeitnehmer beim Wiedereinstieg), die Furcht vor Massenentlassungen, Bedenken der Kommunen und des Landes bezüglich der Wirtschaftskraft (Steueraufkommen), neu anzusiedelnder Branchen, Umschulungsnotwendigkeiten und deren Finanzierung usw. Diese Unsicherheiten können – neben wirtschaftspolitischen und regionalpolitischen Gründen – auch Nährboden für extremistische Entwicklungen sein. Aus allen diesen Gründen besteht eine besondere Bereitschaft, hier zu investieren. In dieser Situation haben Bund und die betroffenen Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt umfangreiche Zusagen gemacht bezüglich der Abfederung der Folgen. Für die Erneuerung der betroffenen Regionen geht es weniger um die Vermehrung traditioneller Arbeitsplätze, die lediglich die Konkurrenz zu anderen Regionen erhöhen würden, als um

Innovation und Neu-Ansiedelung zukunftsträchtiger Branchen. Dabei soll der Wissenschaft bei der Lösung der Probleme großes Gewicht zukommen. Am Beispiel des Lausitzer Braunkohlereviers und des Mitteldeutschen Reviers können die Möglichkeiten dazu, gebündelt in der vom Bund ausgehenden Initiative „Wissen schafft Perspektiven für die Region!“, exemplarisch beobachtet werden. Welche Rolle kann Wissenschaft (im engeren Sinne Forschung und Entwicklung) in einem solchen Transformationsprozess übernehmen?

Es ist viel davon die Rede, dass Deutschland einerseits mit seinen Umweltschutzmaßnahmen gerade einmal 2% der weltweiten Klimaauswirkungen beeinflussen könne. Dem wird aber entgegengehalten, dass es auch um modellhafte Lösungen gehe, die andere Länder zur Übernahme ermutigen können. Dafür seien wesentliche Teile der Entwicklungskosten von den Modellen dann schon übernommen worden.

Um diesen Fall genauer auszuleuchten, wurde dieses Fo-Gespräch vereinbart. Die bisher erkennbaren Konzepte und Maßnahmen können tatsächlich diesen genannten Modell-Charakter haben.

Wolff-Dietrich Webler (W.): Liebe Frau Schücking, lieber Herr Husung, gerade der Abbau der Braunkohle und ihre Verstromung haben seit vielen Jahrzehnten, manchmal Jahrhunderten (und damit seit Generationen) Bedeutung für die Standort-Region durch ihre erheblichen Wirkungen auf die Wirtschaftsstruktur, die Arbeitsplätze und die Identität einer Region. Den Abbau der Braunkohle einzustellen, bedeutet für viele Menschen den Entzug der Lebensgrundlage – zumindest meinen sie das. Sie fürchten massiv um ihre Zukunft, denn die meisten verlieren zunächst einmal ihren Arbeitsplatz – wenn auch manche erst mittelfristig. Es besteht die Gefahr, dass viele von

ihnen politischen Kräften zugänglich werden, die den Klimawandel für eine erfundene Erscheinung halten, mit der Menschen lenkbar gemacht werden sollen. Für die mit der Braunkohle verbundene Lebensgrundlage in der betreffenden Region Ersatz zu schaffen – den Bewohnern eine neue Perspektive zu bieten – erfordert viel Fantasie und umfassende Denkansätze, denn die Gegenwart muss in all' ihrer Vielfalt und Komplexität erfasst, transformiert und in die Zukunft projiziert werden. Dazu gehört viel Mut und fachliche Expertise – und ein erheblicher finanzieller Aufwand. Das ist angegangen und im August 2020 als Konzept (bestehend aus einem Rahmengesetz und zwei Leitbildern für die Entwicklung) vorläufig abgeschlossen worden.

Die Bevölkerung in ihrem beruflichen Profil mehr oder weniger auszutauschen, neue Industrien anzusiedeln, aus der rekonstruierten Landschaft ein Erholungsparadies zu entwickeln – trotz des gewaltigen Umfangs eines solchen Projekts würde das alles noch nicht ausreichen, um die Region auf Dauer attraktiv zu machen – davon ganz abgesehen, dass sich Bevölkerungsteile unter deutschen Rahmenbedingungen nicht einfach umsiedeln lassen. In einem solchen landschaftlichen Transformationsprozess ließen sich übergangsweise Teile der jetzt „in der Braunkohle Arbeitenden“ weiter beschäftigen, aber nach wenigen Jahren wäre das abgeschlossen.

Nun wäre denkbar, dass Wissenschaft eine Analyse der Probleme und ihrer Interferenzen erarbeiten könnte (zumindest einen Fragenkatalog), um auf dieser Basis quasi als 2. Stufe dann – evtl. alternative – Lösungen bzw. Handlungsempfehlungen in zahlreichen Teilprojekten zu entwickeln. Das ist geschehen. Zu den neuen anzusiedelnden „Branchen“ könnten als Vorstufe natürlich Wissenschaftseinrichtungen selbst gehören, die sich der Ermittlung der Grundlagen und der Entwicklung von Handlungsempfehlungen zuwenden könnten. Das wäre dann eine Investition in die künftige Infrastruktur, böte allein aber noch keine Antwort für die gegenwärtig vorhandenen beruflichen Profile und würde gegenwärtige Wissenschaftspotentiale kaum einbeziehen. Also – was ist geplant oder schon im Gange, um die deutschen Braunkohle-Revier zu transformieren? Bundestag und Bundesrat haben „als Strukturhilfemaßnahme für die durch den Kohleausstieg betroffenen Revier und Standorte“ das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ (StStG) für die Förderung solcher Regionen verabschiedet, das im August 2020 – kaum mehr als vor einem Jahr – in Kraft getreten ist.

Bei der Durchsicht durch das Gesetz kann der Umfang der skizzierten Maßnahmen und das Finanzvolumen mit 5 Mrd Euro bis 2038 für relativ eng umgrenzte Regionen schon beeindruckend sein. Um allzuviel Streit zu verhindern, regelt das Gesetz auch die Verteilung der Gelder schon relativ detailliert.

Sie haben vermutlich dieses Gesetz entstehen sehen; auf welche Regionen bezieht es sich? Gab es nur Unterstützer oder auch Gegner? Wie hat die Energiewirtschaft auf den Ausstiegswillen reagiert?

Beate Schücking/Hans-Gerhard Husung (S./H.): Das erwähnte Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG) markiert einen entscheidenden Meilenstein für die

große Transformationsaufgabe in den vier Braunkohlerevieren, nämlich das Lausitzer Revier, das mitteldeutsche Revier, das rheinische Revier und das Helmstädter Revier. Am Anfang stand jedoch die politische Entscheidung, der klimapolitischen Prioritätensetzung zu folgen und aus der Braunkohleförderung und -verstromung auszusteigen. Damit sind energiepolitische Herausforderungen verbunden. Vor allem in den betroffenen Regionen muss ein umfassender Strukturwandel gestaltet werden. Dabei sollten konkrete Perspektiven für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze aufgezeigt werden. Dazu wurde eine Art Gegenstromprinzip organisiert: In den betroffenen Ländern wurden politisch gesteuerte Prozesse organisiert, um mögliche Maßnahmen und Projekte herauszuarbeiten. Die Bundesregierung setzte im Juni 2018 eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein, die sogenannte Kohlekommission. Ihre Mitglieder aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft konsultierten bei ihrer Arbeit intensiv die Wissenschaft und legten eine umfassende Analyse vor. In der Wissenschaft kennen wir solche Arbeitsweisen aus dem Wissenschaftsrat, der daraus gewöhnlich klare Empfehlungen mit hoher Plausibilität entwickelt – so auch die Kohlekommission, die mit Exkursionen in die vier Revier ihre Bodenhaftung zu unterstreichen versuchte. Ihr Abschlussbericht informiert beispielsweise auch darüber, dass in den vier Revieren zusammen rund 20.000 Menschen in der Braunkohlekohlewirtschaft beschäftigt sind und zwar mit einer überdurchschnittlich hohen Qualifikation im MINT-Bereich. Zudem ist davon auszugehen, dass weitere Arbeitsplätze indirekt oder direkt von der Braunkohlewirtschaft abhängen, so dass insgesamt von rund 60.000 potenziell betroffenen Arbeitsplätzen auszugehen ist. Vor diesem Hintergrund ist die zu bewältigende Aufgabe klar: kurz-, mittel- und langfristig die betroffenen Regionen dabei kräftig zu unterstützen, um das Wegfallen der traditionellen Arbeitsplätze und Wertschöpfung durch neue, zukunftsfähige Einrichtungen und Unternehmen auszugleichen. Bei diesem Ansatz geht es also nicht um einen reaktiven Ausgleich, sondern um proaktive Transformation, für die die Kohlekommission die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen durch die Politik nachdrücklich empfahl. Daraus ist das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen erwachsen, das insgesamt ein Volumen von bis zu 14 Milliarden Euro bis zum Jahre 2038 vorsieht. Wenn wir uns im folgenden über die Rolle der Wissenschaft austauschen, sollten wir uns bewusst sein, dass die öffentlich geförderte Forschung nur ein begrenzter Teil des Gesamtpakets ist, zumal in Deutschland etwa zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von der Wirtschaft getätigt werden. Dies mag die Tatsache verdeutlichen, dass bei den im Gesetz aufgeführten Initiativen des Bundes erst an der 29. Stelle die „Gründung je eines neuen institutionell geförderten Großforschungszentrums nach Helmholtz- oder vergleichbaren Bedingungen in der sächsischen Lausitz und im mitteldeutschen Revier auf Grundlage eines Wettbewerbsverfahrens“ erwähnt wird. Insofern ist es hier wichtig, die Rolle der Wissenschaft für umfassenden Strukturwandel realistisch einzuschätzen.

Und auch die Regionen unterscheiden sich, gerade in Ostdeutschland: Die Lausitz gehört zu den geografisch randständigen, demografisch besonders von Abwanderung betroffenen Gebieten. Das mitteldeutsche Revier hat vergleichsweise schon eine erste Phase des Strukturwandels erfolgreich hinter sich, in der es gelungen ist, Umweltbelastungen zu reduzieren und gleichzeitig neue, Arbeitsplätze generierende Unternehmen anzusiedeln, etwa im Automotive oder Logistik-Bereich und wo sich im Raum Halle-Leipzig eine konkurrenzfähige Wissensökonomie entwickelt hat.

W.: Das Gesetz kann in seiner konzeptionellen Dimension schon beeindruckend sein. Hier wird ein gewaltiger Transformationsprozess relativ detailliert geplant und seit Januar dieses Jahres 2021 in Gang gesetzt. Das wird für den Freistaat Sachsen/Land Brandenburg und die Länder Freistaat Sachsen/Land Sachsen-Anhalt in zwei Leitbildern zu dem Gesetz auf fünf eng bedruckten Seiten schon demonstriert. Können Sie den Inhalt dieser Leitbilder und einordnend ihre persönliche Einschätzung dazu skizzieren?

S./H.: Da Teile sowohl des Lausitzer als auch des mitteldeutschen Reviers im Freistaat Sachsen liegen, ist es nachvollziehbar, dass Sachsen an beiden Leitbildern mitgewirkt hat. Zugleich kommen die unterschiedlichen strukturellen Ausgangslagen beider Reviere differenziert zum Ausdruck. So kann beispielsweise die Metropolregion Leipzig/Halle durch eine lange Wissenschafts- und insbesondere Universitätsgeschichte charakterisiert werden einschließlich einer lebendigen außeruniversitären Forschungslandschaft. Demgegenüber hat Brandenburg nach der Wende eine beeindruckende Nachholentwicklung in der Wissenschaft hingelegt, die mit Cottbus ein hochschulisches Zentrum in der Lausitz entwickelt hat. Auch eine lange Tradition der chemischen Industrie ist als Standortmerkmal für den mitteldeutschen Raum nicht zu unterschätzen. Beide Leitbilder knüpfen hier jeweils an und entwickeln differenzierte Vorstellungen auch für die Weiterentwicklung der Wissenschaftslandschaften. Dass dabei nicht zuletzt wegen der Rolle des Bundes als Finanzier der außeruniversitären Bereich besondere Beachtung findet, ist nachvollziehbar. Zugleich sind aber alle vier Kernaufgaben von Hochschulen gefragt, nämlich Forschung und Lehre, Transfer und Weiterbildung. Auch Felder für wissenschaftsgetriebene Wertschöpfung werden differenziert beschrieben. Dafür werden neue Formen der Interaktion von Wissenschaft und Wirtschaft eingefordert.

W.: Damit sind Konturen einer Utopie erkennbar. Als Ersatz traditionelle Industrien anzusiedeln macht keinen Sinn. Aber wie sollen die gegenwärtig Beschäftigten weiter beschäftigt werden? Arbeitslosigkeit und Abwanderung sind für sie keine Lösung. Was soll unmittelbar mit den gegenwärtig Beschäftigten geschehen?

S./H.: Das ist eine große Herausforderung, für die es differenzierte Antworten geben muss. Aufgrund der demographischen Entwicklung in den ostdeutschen Revieren ist davon auszugehen, dass nach den Untersu-

chungen der Kohlekommission ein überdurchschnittlicher Teil der Beschäftigten in den Ruhestand gehen wird. Dieser Prozess hat bereits eingesetzt und dazu geführt, dass die Braunkohlewirtschaft weiterhin intensiv ausbildet. Diese Qualifikationen dürften auch in einer künftigen Wirtschaftsstruktur, die von der Wissenschaft getrieben wird, in hohem Maße nachgefragt werden. Allerdings ist damit zu rechnen, dass es dann einen gesteigerten Bedarf für Anpassung und Qualifikation geben wird. Dies findet auch in den Leitbildern als Aufgabe Niederschlag. Solange jedoch die innovativen Großprojekte noch nicht konkret ihre Arbeit aufgenommen haben, kann es hier nur um eine eher allgemeine Aufgabenbeschreibung gehen.

W.: Und wie soll die Zukunft in dieser Region beschäftigungspolitisch weiter aussehen?

S./H.: Hier wird die Politik letztendlich die Weichen stellen, auch durch Einflussnahme auf die Endauswahl wissenschaftlicher Schwerpunktsetzungen mit Wertschöpfungsperspektive.

W.: Wie sehen die Rahmenbedingungen für diesen Wandlungsprozess aus – welche Voraussetzungen für eine positive Lösung sind inzwischen geschaffen worden?

S./H.: In dem bisherigen Prozess sind in geradezu klassischer Weise auf der Grundlage einer sorgfältigen Ist-Analyse Perspektiven entwickelt worden, Handlungsfelder definiert und Maßnahmen beschrieben worden. Zudem wurden im Sinne der Planungssicherheit finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen, die nun konkrete Arbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern ermöglichen.

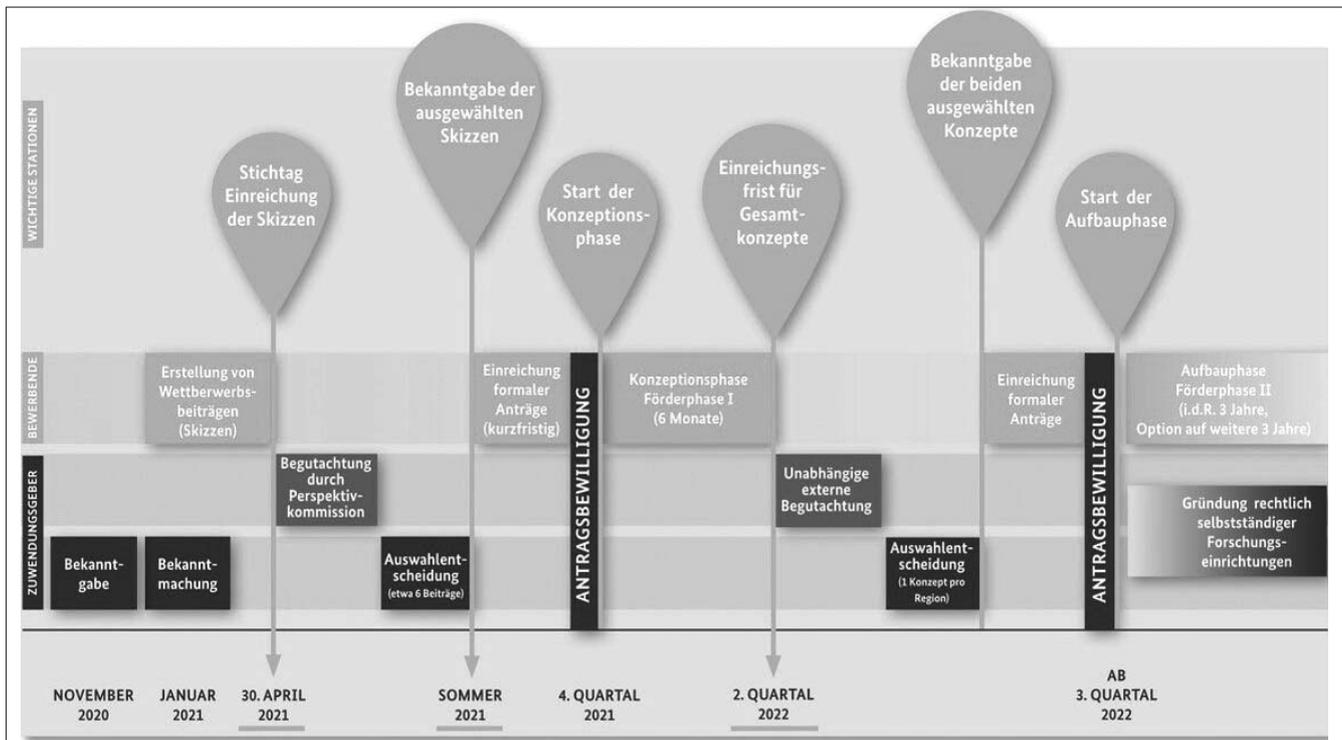
W.: Im Gesetz sind zahlreiche, umfangreiche Maßnahmen angekündigt. In § 17 Ziffer 29 (!) sieht das StStG die „Gründung je eines neuen institutionell geförderten Großforschungszentrums nach Helmholtz oder vergleichbaren Bedingungen in der sächsischen Lausitz und im mitteldeutschen Revier vor. In dem komplexen Zuständigkeitsverhältnis zwischen Bund und Ländern sind die Handlungsmöglichkeiten des Bundes eng begrenzt. Ist bekannt, wieso diese Zentren als wesentliche Maßnahmen zur Förderung dieser Regionen angesehen wurden? Was wird von ihnen im Sinne des Transformationsprozesses erwartet?

S./H.: Die Erwartungen sind klar und sind nicht zuletzt in der Ausschreibung beschrieben, die Grundlage eines wettbewerblichen Verfahrens gewesen ist: „Durch die Neugründung der Großforschungszentren soll der Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland gestärkt und zur Entwicklung der sächsischen Lausitz und des mitteldeutschen Reviers hin zu attraktiven Zukunftsregionen beigetragen werden. Neben der wissenschaftlichen Exzellenz und der überregionalen Bedeutung des Forschungsprogramms soll der Fokus der neuen Großforschungszentren daher in besonderem Maße auf dem Transfer von Forschungsergebnissen in kommerzielle und gesellschaftliche Anwendungen sowie der Förde-

rung des Innovationsgeschehens in den Kohleregionen liegen. Durch die Neugründung der beiden Großforschungszentren sollen auch moderne Organisationsmodelle und innovative Modelle der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geschaffen werden.“ (https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/das-wissenschaftssystem/wissen-schafft-perspektiven-fuer-die-region/_wissen-schafft-perspektiven-fuer-die-region_.html)

S./H.: Wir waren an der Beratung des Gesetzes nicht beteiligt und können deshalb darüber keine Auskunft geben. In anderen Bundesländern werden unabhängig von der Kohlekommission gerade neue technische Universitäten gegründet (bspw. in Bayern die TU Nürnberg), oder alte etablierte Universitäten erhalten technikwissenschaftliche Fakultäten (bspw. in Baden-Württemberg die Uni Heidelberg). Auch diese Maßnahmen werden

Abb. 1: BMBF-Ideenwettbewerb, Meilensteine



Quelle: BMBF

W.: Auf der einen Seite soll hier sicherlich herausragende (und wie üblicherweise gefordert: international bedeutsame) Forschung geleistet, auf der anderen Seite regional und lokal wirksame Hilfe entstehen. Wie soll dieser Spagat denn aussehen?

S./H.: Der sehr klare Fokus auf Transfer und die Aufforderung, diesbezüglich „neu zu denken“ macht deutlich, dass man hier hofft, die Lücke mit einerseits von vornherein nachzuweisenden Industrie-Kooperationen, andererseits mit einer spezifisch dafür aufzubauenden Start-Up-Szene zu schließen. Hier sind nicht nur Absichtserklärungen, sondern klares Commitment der Unternehmen gefragt, und auch das Zusammenwirken unterschiedlicher Hochschultypen. Ein klassisches Vorgehen in Forschungs- und Wertschöpfungsketten würde der Herausforderung nicht gerecht. Statt Staffellauf ist Fußballspiel angesagt; hier müssen verschiedene Akteure sich den Ball aktiv zu spielen, um gemeinsam erfolgreich zu sein.

W.: Welche Möglichkeiten hätten darüber hinaus bestanden, um die Regionen mit Hilfe der Wissenschaft zu fördern? Die sind doch sicherlich parallel zur Entwicklung und Beratung des Gesetzes diskutiert worden?

Struktureffekte entfalten im Wettstreit der Bundesländer. Je nach schließlich ausgewähltem Thema wird es nach unserer Auffassung ohne den Aufbau der jeweils relevanten Technologien für unsere Region nicht funktionieren. Insofern können wir uns das Heidelberger Konzept durchaus auch für die Universität Leipzig vorstellen.

W.: Bei der Suche nach Lösungen wird nicht nur auf wissenschaftliche Projekte gesetzt, um Zusammenhänge zu erforschen und Lösungen zu entwickeln, sondern es soll auch auf Dauer Wissenschaft institutionalisiert werden ...

S./H.: ... aber eben in neuer Form, in direkter Transfer-Anbindung und vom Problem her gedacht. Das hat in ähnlicher Form die Schweiz bei der Errichtung des Techno-Parks Zürich gemacht, der eine enge Anbindung an die ETH Zürich hat.

Für die Begleitung des Wettbewerbs wurde eine „Perspektivkommission“ eingesetzt. Sie „hat die Aufgabe, mögliche Antragsteller gezielt anzusprechen, die Konzeptskizzen zu begutachten sowie Empfehlungen zur Ausgestaltung der Konzepte auszusprechen. Die Perspektivkommission trifft ihre Empfehlung, welche der eingereichten Konzeptskizzen weiterverfolgt und eine Förderung zur weiteren Ausarbeitung erhalten soll“.

len...“¹ Die Kommission besteht (Stand: Juni 2021) aus insgesamt 15 Mitgliedern.

Zunächst dem Vorsitzenden, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang A. Herrmann (Präsident Emeritus der Technischen Universität München) sowie den weiteren Mitgliedern:

Anna Maria Braun (Vorsitzende des Vorstands der B. Braun Melsungen AG); Dr. Alexander Gerst (Deutscher ESA-Astronaut); Dr. Andrea Grimm (Mitglied des Aufsichtsrats der IBM Deutschland GmbH); Professor Dr. Detlef Günther (Vizepräsident für Forschung der ETH Zürich); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Stefan Hell (Direktor am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie und am Max-Planck-Institut für medizinische Forschung); Professorin Dr. Katharina Hölzle (Leiterin des Fachgebiets IT-Entrepreneurship am Hasso-Plattner-Institut, Digital Engineering Fakultät der Universität Potsdam); Dr. Carsten Mahrenholz (Gründer und CEO der Coldplasmatech GmbH); Professorin Dr. Patrycja Matusz (Vizepräsidentin für Internationale Beziehungen und Projekte der Universität Breslau); Professor Dr. Georg Milbradt (Ehemaliger Ministerpräsident des Freistaats Sachsen); Professor Dr.-Ing. habil DEng Dr. h.c. mult. Hans Müller-Steinhagen (Präsident der Dresden International University); Dr. Jeanne Rubner (Leiterin der Redaktion „Wissen und Bildung aktuell“ des Bayerischen Rundfunks); Professorin Dr. Helga Rübsamen-Schaeff (Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats von AiCuris); Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Sauer (Senior Researcher am Institut für Chemie der Humboldt Universität zu Berlin); Dr. Eric Weber (Gründer und CEO von SpinLab – The HHL Accelerator; HHL Leipzig Graduate School of Management).

W.: Hier bildet sich schon ein breiter Wissens-, Visions- und Erfahrungshorizont ab. Der im November 2020 mit einem Aufruf begonnene Wettbewerb und die anschließende Prüfung eingereichter Skizzen trat im Sommer 2021 in die nächste Phase ein. Im Juli 2021 wurden die sechs als am aussichtsreichsten beurteilten Anträge ausgewählt und damit die erste Förderphase begonnen. Die Verantwortlichen für die Skizzen können nun binnen sechs Monaten ihre Vorstellungen zu umsetzungsfähigen Konzepten für ihren Entwurf des Forschungszentrums entwickeln. Dafür stehen jeweils bis zu 500.000 Euro zur Verfügung. Die Begutachtung der Ergebnisse dieser Förderphase I wird durch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler übernommen. Der Bund und das Sitzland entscheiden auf Basis der Gutachten über die Förderung der zwei gesuchten Konzepte. Sie können ab Sommer 2022 mit dem Aufbau beginnen. In der Folgezeit werden binnen drei Jahren die rechtlichen Grundlagen gelegt, sodass die institutionelle Förderung beginnen kann. Bei Bedarf kann diese Aufbauphase um drei Jahre verlängert werden. Von Seiten des Bundes stehen aus dem Strukturstärkungsgesetz je 1,25 Milliarden Euro pro Zentrum bis einschließlich 2038 bereit.

Das muss für die Kommission eine besonders spannende Aufgabe gewesen sein – breiteste Fantasie und Zukunftsvisionen präsentiert zu bekommen und sich über deren Reichweite und Tragfähigkeit für zwei Forschungszentren zu einigen.

S./H.: Die Ergebnisse liegen inzwischen vor. Die nachfolgenden sechs, als besonders aussichtsreich eingestuften Vorschläge sind inzwischen zur Weiterentwicklung ausgewählt und für die Konzeptionsphase empfohlen worden. Es lohnt, sie auch inhaltlich zu betrachten. Diese Skizzen lauten „(alphabetisch):

- Chemresilienz (Prof. Peter Seeberger, Potsdam): Um die Versorgung wichtiger Industriezweige wie Gesundheit, Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Konsumgüter sicherzustellen, will „Chemresilienz – Forschungsfabrik im Mitteldeutschen Revier“ eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft chemischer Erzeugnisse etablieren. Nachwachsende Rohstoffe, kurze Transportwege sowie lokale, kostengünstige und nachhaltige Produktionsprozesse sollen die Resilienz der deutschen Chemiewirtschaft sicherstellen – bei gleichzeitiger Einhaltung höchster Arbeitsschutz- und Umweltstandards.
- CLAI_RE (Prof. Georg Teutsch, Leipzig): Das „Centre for Climate Action and Innovation – Research and Engineering“ (CLAI_RE) will Klimadaten und -wissen bündeln. Auf dieser Basis sollen funktionale digitale Zwillinge von Ökosystemen geschaffen werden und Datenräume in ganz neuen Dimensionen entstehen. CLAI_RE will Handlungsoptionen für den Klimaschutz mit Fokus auf Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasser, Planung urbaner Räume, Energieversorgung, Gesundheit und Mobilität entwickeln.
- CMI (Prof. Jens Meiler, Leipzig): Die Initiatorinnen und Initiatoren des „CMI – Center for Medicine Innovation“ nehmen neue Technologien zur Digitalisierung und Individualisierung der Medizin in den Fokus. Durch die Vereinigung von Medizintechnik, Digitalisierung und Medikamentendesign soll ein Zentrum der biomedizinischen Forschung und personalisierten Medizin entstehen. Versorgungs- und Wertschöpfungsketten sollen zu einem Ökosystem vereint werden, das die Integration neuer Produkte in Versorgungsstrukturen erleichtert und beschleunigt.
- Deutsches Zentrum für Astrophysik (Prof. Günther Hasinger, European Space Agency Spanien): In Sachsen sollen die riesigen Datenströme zukünftiger Großteleskope gebündelt und verarbeitet werden. Gleichzeitig sollen in einem neuen Technologiezentrum u.a. Regelungstechniken für Observatorien entwickelt werden. Dabei bauen die Verantwortlichen auf die Erfahrung und das moderne Umfeld der Industrie in Sachsen auf. Zudem wird die Option verfolgt, in den Granitformationen der Lausitz ein Gravitationsteleskop zu bauen.
- ERIS (Prof. Carsten Drenbenstedt, Freiberg): Das „European Research Institute for Space Resources“ – kurz ERIS – will wissenschaftliche und technologische Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb von Weltraumstationen auf Mond und Mars erforschen. Auf dieser Basis will ERIS Lösungsansätze für gesellschaftlich relevante Herausforderungen auf der Erde entwickeln. Aus Sicht der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können neue Methoden und Technologien einen Beitrag dazu leisten, Ressourcen im Welt- und auf der Erde sicherer, effektiver und umweltschonender zu nutzen.

¹ Wettbewerb „Wissen schafft Perspektiven für die Region!“ - sachsen.de

- LAB (Prof. Manfred Curbach, Dresden): Das „Lab – Lausitz Art of Building“ adressiert einen Paradigmenwechsel im Bauwesen: Neue, ressourceneffiziente und klimaneutrale Werkstoffe sowie modular geplante, hochflexible und lange nutzbare Bauwerke sollen den enormen Ressourcenverbrauch im Bauwesen mindern. Das Konzept integriert die modernsten Ansätze der Materialforschung, der Produktionstechnologien und der Digitaltechnologien, sodass sich die Lausitz als arbeitsplatzwirksame europäische Modellregion für nachhaltiges Planen und Bauen entwickeln kann.“

W.: Sie kennen viele der Autoren auch persönlich (übrigens alle Skizzen von Männern vorgelegt). Können Sie die Vorschläge aus ihrer Sicht kommentieren?

S./H.: Die ersten drei Skizzen wurden für das mitteldeutsche Revier ausgewählt. Alle drei haben eine sehr gute Passfähigkeit zur zentral in der Region gelegenen Universität Leipzig, zudem auch vielfältige Schnittstellen zu außeruniversitären Instituten der Region und zu einzelnen Hochschulen Angewandter Wissenschaften. Es wird von daher für die Entwicklung dieser Einrichtungen besonders spannend werden, ob es nun in der Konzeptionsphase gelingt, synergetisch fruchtbare Konstellationen, auch struktureller Art, zwischen einem solchen neuen Zentrum und der Universität Leipzig als größter Einrichtung vorzuschlagen, in der Forschung und Lehre, Transfer und Weiterbildung funktional aufeinander bezogen unter einem Dach stattfinden. Für uns ist völlig klar, dass die Universität Leipzig und ihre Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einerseits einen Beitrag zum Gelingen leisten wollen und können, andererseits aber auch von der neuen Einrichtung profitieren müssen. Wenn die weitere Konzeptentwicklung gut läuft, ist eine WIN-WIN Situation absehbar.

W.: Da es sich bei Großforschungseinrichtungen immer auch um die Fragen handelt, wie sie (ohne eigenes Promotionsrecht) ihren Nachwuchs in eine wissenschaftliche Karriere an Hochschulen einmünden lassen können und vor allem, wie sie ihre Forschung weiter vernetzen können, stellt sich die Frage nach der Zusammenarbeit mit Hochschulen. Die Zusammenarbeit der beiden künftigen Großforschungszentren mit den regionalen Hochschulen war explizit Bestandteil der Wettbewerbsanforderungen. Hochschulen haben sich entsprechend breit mit eigenen Ideen engagiert. Gibt es dazu auch auf Seiten der Universität Leipzig konzeptionelle Vorstellungen?

S./H.: Für eine Win-Win-Situation könnten folgende Überlegungen hilfreich sein: In einem ganzheitlichen Konzept werden das Großforschungszentrum und die Universität miteinander über zentrale Komponenten verknüpft: Anforderungen missionsorientierter Forschung; exzellente interdisziplinäre Grundlagenforschung mit hohen Freiheitsgraden; Anwendungsorientierung bei möglichst hohem Impact („Transfer“); Einbindung und Kombination einzigartiger Forschungsinfrastrukturen sowie Elemente der Hochschulbildung.

In diesem Sinne werden in Leipzig gerade – auch in Zusammenarbeit mit weiteren regionalen Partnern – Vorschläge entwickelt.

W.: Um die Beziehungen zwischen den einzelnen Großforschungszentren und der einzelnen Universität bzw. den umliegenden Universitäten zu organisieren, waren auch viele Verfahrensfragen zu klären. Ist da zunächst eine Liste der zu klärenden bzw. zu regelnden Fragen erstellt worden?

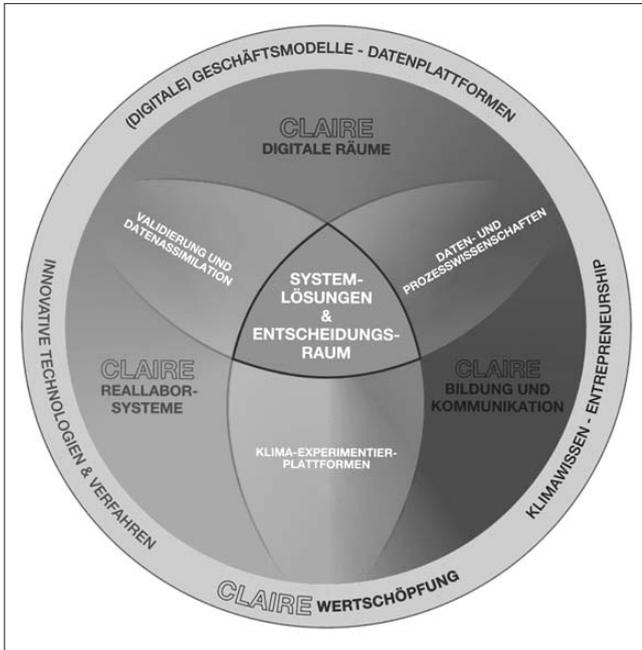
S./H.: Die Leitfragen kreisen vor allem um die strukturellen und inhaltlichen Brücken zwischen der Universität und dem künftigen Großforschungszentrum. Die Trägermodelle zur Organisation und Koordination der Konsortien (Konzeptions- und Aufbauphase) sowie des Großforschungszentrums (Gründungsphase) werden, soviel lässt sich aktuell sagen, wohl ähnlich, aber nicht identisch beschaffen sein, je nach der Schwerpunktsetzung.

W.: Nun war die Universität Leipzig vermutlich mit den eingereichten Skizzen sehr unterschiedlich eng verbunden. Können Sie mal ein solches Beispiel herausgreifen und uns die bis dahin entwickelten Vorstellungen vorstellen? Welches Beispiel wäre da geeignet?

S./H.: Am Beispiel CLAI_RE, dem Projekt, das wissenschaftlich fundierte Systemlösungen für Klimaschutz und Klimaanpassung entwickelt, lässt sich zeigen, dass das bisherige Engagement der Universität für Zukunftsfragen der Nachhaltigkeit, insbesondere Klima- und Biodiversitätsforschung auf eine solche Zusammenarbeit einzahlen kann. Grundlage des Projektvorschlags CLAI_RE sind neuartige digitale Datenräume sowie Reallaborsysteme zur Unterstützung, der regionalen Transformationsprozesse hin zu einer kohlenstoffneutralen und klimaresilienten Gesellschaft. Hier wird exemplarisch deutlich, dass die hohe IT-Kompetenz der Universität mit einer breit verankerten und vielfältig engagierten Informatik, aber auch einem Remote-Sensing-Center hilfreich sein werden. Und, dass auch die für die Anfangsphase nötige Hardware in Form des gerade auch aus Strukturwandel-Mitteln eingeworbenen neuen KI-Rechenzentrum für CLAI_RE, wie für die beiden anderen Vorschläge im mitteldeutschen Revier gefragt ist. Mit dem Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) zeigen wir zudem seit Jahren, dass die Universitäten in Mitteleuropa erfolgreich zusammenarbeiten können. Die an den jeweiligen Vorschlägen beteiligten Wissenschaftler*innen aus der Universität finden Schnittstellen mit hohem Entwicklungspotential.

W.: Zusammenarbeit kann sehr unterschiedlich gestaltet werden. Es könnte sich (wie an vielen anderen Universitäten auch) um einzelne Professuren handeln, die – über mehrere Fachbereiche gestreut – gemeinsam besetzt werden. Da würde sich ein breit wirkender Einfluss etablieren, der – wenn von außen, etwa innerhalb der Großforschungseinrichtung koordiniert – im Extremfall zu einer (zumindest teilweise) Außensteuerung von Teilen der Universität führen könnte. Es könnte aber auch

Abb. 2: Rolle der Hochschulen, Beispiel CLAI_RE



- CLAIRE entwickelt wissenschaftlich fundierte **Systemlösungen für Klimaschutz und Klimaanpassung**
- Grundlage sind neuartige digitale Datenräume sowie Reallaborsysteme zur Unterstützung der regionalen Transformationsprozesse hin zu einer kohlenstoffneutralen und klimaresilienten Gesellschaft ⇒ **Innovationscluster mit nachhaltiger Wertschöpfung**

Weiterführende Information: <https://www.ufz.de/claire/>

eine eigene, vergleichsweise kleine Einrichtung gegründet werden, die als Landeplatz dient und für eine weit größere Transparenz der Anliegen sorgt. Ist einer dieser Wege gewählt worden oder ist eine dritte Lösung geplant?

S./H.: Ausgangspunkt sollten die oben skizzierten Funktionen sein. Die am Ende bestmögliche Organisation unter Einbeziehung aller Rahmenbedingungen muss sich daran ausrichten. Es wird eine Struktur zu entwickeln sein, die hohe Funktionalität für die Kooperation gewährleistet und gleichzeitig Modellcharakter für die Universität und ihre künftige Entwicklung besitzt. So erwarten wir beispielsweise zusätzliche Impulse für den ohnehin bereits sehr aktiven Start Up-Bereich der Universität. Vor allem aber richtet sich der Blick auf den Bereich der Forschung, der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und neuartige Studienangebote beispielsweise für neue entstehende Expertenkulturen. Details können natürlich während der noch wettbewerblich laufenden Konzeptionsphase nicht ausbreitet werden.

W.: Dient die Universität Leipzig dann nur als universitäre Hülle, die bereitgestellt wird, damit nicht eine Konkurrenz nebenan angesiedelt wird, oder würde dieser Plan auch die Universität selbst verändern – und wenn, mit

welchen Konturen? Was hat die Universität davon, wenn dieser Gründungsskizze der Zuschlag erteilt würde?

S./H.: Bereits zu Beginn dieser Entwicklung wurde deutlich, dass strategische Forschungsfelder der Universität Leipzig ein hohes gesellschaftliches Wirkungspotential aufweisen und geeignet sind, den Strukturwandel in der Region innovativ zu unterstützen. Daher ist es möglich, dass die Universität Leipzig als größte Wissenschaftseinrichtung im Mitteldeutschen Braunkohlerevier eine zentrale Rolle in dem durch die Förderung entstehenden Innovationsökosystem einnimmt. Wie sich diese Option in den im Frühjahr 2022 abzugebenden drei Anträgen der Konzeptionsphase abbilden wird, ist während der gerade beginnenden Antragserstellung zu erarbeiten. Im politischen Bereich würde man vermutlich den Begriff „Sondieren“ gebrauchen.

W.: Anstehende Transformationsprozesse können Erfolg versprechen, wenn sie dem Umfang der Aufgabe angemessen angelegt werden.

S./H.: Genau hier werden viele Fragen der Balance zu klären sein im Feld zwischen neuem Großforschungszentrum, Hochschule(n) und zu beteiligenden Unternehmen. Die Politik auf Landes- wie auf Bundesebene wird am Ende Entscheidungen treffen, mit welchem Vorschlag sie den Strukturwandel strategisch überzeugend gestalten möchte. Für den Erfolg fühlen wir uns dann mitverantwortlich.

W.: Ich darf aus unserem Gespräch folgendes Resümee ziehen: Hier sind Transformationsprobleme mit direkten infrastrukturellen Investitionen verknüpft worden – mit Vorteilen für die Region, die auf der Hand liegen. Hier ist Wissenschaft großformatig als Träger und Treiber von Veränderung eingeplant worden. Dieser Ansatz sieht aussichtsreich aus, wie auch die Perspektivkommission geurteilt hat.

Aber nicht überall ist ein derartiger Aufwand für die Bewältigung von Transformation nötig und möglich – z.B. wenn das Ausmaß der Probleme weniger umfassend ist. In diesen anderen Fällen könnte – wie vielerorts geschehen – Wissenschaft als Basis für anstehende Transformationsprozesse dadurch eingesetzt werden, dass mit einschlägigen Förderprogrammen, die sich an vorhandene Einrichtungen im schon vorhandenen Wissenschaftssystem richten, in einer Fülle von Einzelprojekten Transfer entwickelt und in die Praxis umgesetzt wird. Voraussetzung wäre allerdings, dass diese Transferprozesse nur überschaubare Laufzeiten benötigen, nach deren Ablauf keine vergleichbare Infrastruktur vor Ort mehr benötigt wird. Das war hier am Beispiel Leipzig nicht der Fall. Die hier zusammen getragenen Beispiele haben zeigen können, wie intensiv und aussichtsreich Transformationsaufgaben in Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle von der Wissenschaft übernommen werden können.

Frau Schücking, Herr Husung, ich danke Ihnen – auch im Namen der Zeitschrift Forschung – für dieses umfassende Gespräch!

Den Westbalkan durch gemeinsame Forschungsprojekte noch näher an die EU binden

28.10.2021: Neues Förderinstrument des BMBF trifft auf große Nachfrage in der Forschungslandschaft

Seit diesem Jahr fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) insgesamt 14 bilaterale Forschungsprojekte mit den sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, der Republik Nordmazedonien, Montenegro und Serbien mit insgesamt rund sechs Millionen Euro bis zum Jahr 2024. Jetzt sind die letzten vier von insgesamt 14 Projekten gestartet. In allen Projekten arbeiten deutsche Forschende mit Forschenden aus den jeweiligen Westbalkanstaaten zusammen. Ziel ist es unter anderem, die Anschlussfähigkeit der Staaten an den Europäischen Forschungsraum zu stärken und dem sogenannten „Brain Drain“, der Abwanderung von Fachkräften, entgegenzuwirken. Serbien, die Republik Nordmazedonien sowie Bosnien und Herzegowina zählen gemäß dem World Economic Forum zu den 25 am stärksten vom Brain Drain betroffenen Ländern. Serbien bildet hierbei sogar das Schlusslicht.

Hierzu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Wir wollen die sechs Westbalkanstaaten eng an die Europäische Union und an den Europäischen Forschungsraum binden. Dies ist für die Stabilität der Region und auch Europas als Ganzes von großer Bedeutung. Eines der gravierendsten Entwicklungsprobleme der Region ist die Abwanderung von jungen Talenten. Durch unsere Fördermaßnahme sollen die Forschungskompetenz des wissenschaftlichen Nachwuchses in Forschungseinrichtungen und Hochschulen in den Westbalkanstaaten gestärkt und wissenschaftliche Perspektiven im Heimatland geschaffen werden. Unser Ziel ist ein gegenseitiger Austausch, nicht ein einseitiger Verlust von Talenten und Führungspersönlichkeiten von morgen.“

Hintergrund:

Bei den durch das BMBF finanzierten Projekten nehmen die Bereiche Digitalisierung und Umweltschutz thematisch eine wichtige Stellung ein. So erforschen junge montenegrinische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gemeinsam mit ihren deutschen Partnern digitale Technologien im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Nordmazedonische Nachwuchsforschende erarbei-

ten neue Strategien zur Bekämpfung der Luftverschmutzung in Großstädten am Beispiel von Skopje.

Die Fördermaßnahme ist die erste ausschließlich auf die Westbalkanstaaten ausgerichtete Förderbekanntmachung des BMBF. Mit mehr als 130 eingereichten Projektentwürfen übertraf die Förderbekanntmachung alle Erwartungen. Neben dem großen Bedarf zeigt die hohe Resonanz auch die sehr gute Vernetzung deutscher Forschender mit ihren Partnern in den Westbalkanstaaten.

Mit der Initiierung gemeinsamer bilateraler Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren zwischen Deutschland und den Westbalkanstaaten soll in besonderem Maße der wissenschaftliche Nachwuchs in den Westbalkanstaaten unterstützt werden. Zur Stärkung der Transferkultur zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Westbalkanstaaten müssen in den Projekten außerdem Maßnahmen zur Kommerzialisierung der Forschungsergebnisse entwickelt und umgesetzt werden.

Durch die angestrebte Stärkung der Forschungs- und Innovationssysteme der Westbalkanstaaten leistet das BMBF einen nachhaltigen Beitrag zur Integration dieser Länder in den Europäischen Forschungsraum (EFR). Darüber hinaus trägt die Förderung auch zur Stabilisierung der Region bei, indem sie den Brain Drain adressiert und mithilft, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und das Innovationspotential der Westbalkanstaaten zu steigern.

Das BMBF ist seit Langem in der Kooperation mit den Westbalkanstaaten aktiv. Dies umfasst die Teilnahme an europäischen Koordinierungsmaßnahmen und Politikplattformen, die direkte Politikberatung einzelner Länder, Studien und Analysen sowie nationale „Runde Tische“ zur Westbalkankooperation mit Vertretern deutscher Förder- und Forschungsorganisationen.

Jedes ausgewählte Kooperationsvorhaben wird unilateral mit bis zu 450.000 Euro für eine Laufzeit von maximal drei Jahren vom BMBF gefördert.

Die Übersicht der geförderten Vorhaben ist abrufbar unter <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2021/10/281021-Westbalkan.html>

Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung: 25. Datenfortschreibung zu „Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen“ veröffentlicht

Bonn, 26.10.2021: Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) hat soeben die „25. Fortschreibung des Datenmaterials (2019/2020) zu Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen“ veröffentlicht.

Der diesjährige Bericht zeigt erneut, dass der Anteil von Wissenschaftlerinnen sowohl bei den Hochschulen als auch bei den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen angestiegen ist, die Fortschritte in allen Bereichen allerdings nur langsam erfolgen und der Handlungsbedarf anhält.

Bei einem Vergleich zu den Daten der letzten zehn Jahre (2009-2019) ergibt sich zwar eine Steigerung, allerdings eine moderate. So hat sich von 2009 bis 2019 der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl

- der Erstimmatrikulationen von 49,9% auf 51,8%,
- der Studienabschlüsse von 51,4% auf 52,0%,
- der Promotionen von 44,1% auf 45,4% und
- der Habilitationen von 23,8% auf 31,9%

erhöht. Dies belegt aber auch, dass der Anteil von Frauen noch immer mit jeder Qualifikations- und Karrierestufe nach Studienabschluss sinkt. Durch diese „leaky pipeline“ geht erhebliches weibliches Qualifikationspotential für das Wissenschaftssystem verloren.

Auch der Anteil der Professorinnen an Hochschulen ist zwar im Zeitraum zwischen 2009 und 2019 kontinuierlich von 18,0% auf 25,6% angestiegen, dennoch zeigt sich weiterhin Verbesserungsbedarf, denn eine differenzierte Betrachtung nach Besoldungsgruppen ergibt nach wie vor: je höher die Besoldungsgruppe, desto niedriger der Anteil von Frauen. Der Anteil der W1-Professorinnen an den Hochschulen insgesamt liegt bei 47,0%, der C3/W2-Professorinnen bei 26,3% und der C4/W3-Professorinnen nur noch bei 21,2%.

Der GWK-Bericht analysiert nicht nur die Frauenanteile in den Hochschulen, sondern auch in den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Der Frauenanteil an Führungspositionen bei der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft ist im Vergleichszeitraum von 2010 bis 2020 von 11,0% auf 20,5% gewachsen. Damit stieg er mit ähnlichen Wachstumsraten wie an den Hochschulen, allerdings auf niedrigerem Niveau und mit organisationsspezifischen Unterschieden.

Der Datenfortschreibung angefügt ist eine Sonderauswertung des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft

und Forschung CEWS, die anlässlich der 25. Datenfortschreibung einen bilanzierenden Rückblick auf 25 Jahre Geschlechtergleichstellung in der Wissenschaft liefert.

Insgesamt belegt die aktuelle Datenerhebung der GWK, dass es weiterhin sowohl im Bereich der Hochschulen als auch bei den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen dringenden Handlungsbedarf gibt, um die Umsetzung von Chancengleichheit auf struktureller Ebene noch stärker voranzutreiben und damit insbesondere die höhere Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen zu erreichen. Dabei stellen die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft 2008 beschlossenen und 2017 bestätigten Gleichstellungsstandards mit dem sogenannten Kaskadenmodell als Leitgedanke und die auf Initiative der GWK getroffene Festlegung von flexiblen Zielquoten in den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen wichtige Eckpunkte zur Steigerung des Anteils von Frauen auch in Gestaltungs- und Entscheidungspositionen des Wissenschaftssystems dar. Das Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder, das 2018 mit einer dritten Programmphase startete, ist ein Beispiel für eine erfolgreiche spezifische Fördermaßnahme zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit im Wissenschaftssystem. Entsprechende Förderprogramme in den Ländern wirken in die gleiche Richtung.

Die Datenfortschreibung wird seit 1989 von der GWK aufbereitet und in regelmäßigem Turnus der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Diese Berichte sind Gradmesser dessen, was erreicht wurde, und damit auch statistische Grundlage für weitere gleichstellungspolitische Maßnahmen. Die GWK ist die einzige Stelle im nationalen Wissenschaftssystem, die Datenmaterial zu den Frauenanteilen auf allen Qualifikationsstufen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen kontinuierlich und systematisch erfasst und in Form von regelmäßigen Datenfortschreibungen transparent darstellt.

Der Bericht „Frauen in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen“ liegt nun für den Zeitraum 2019/2020 vor und ist online unter https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/Chancengleichheit_in_Wissenschaft_und_Forschung_-_25._Fortschreibung_des_Datenmaterials__2019_2020_.pdf abrufbar sowie in Kürze als Heft 75 der „Materialien der GWK“ beim Büro der GWK erhältlich.

Quelle: <https://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Pressemitteilungen/pm2021-10.pdf>

Publikumserfolg trotz Pandemie: MS Wissenschaft beendet erfolgreiche Tour 2020/21

26.10.2021: Nach eineinhalb Jahren und 50 besuchten Städten schließt die *MS Wissenschaft* in Nürnberg heute ihre Tour im Wissenschaftsjahr 2020/21 – Bioökonomie ab. Anfang Mai 2022 öffnet das schwimmende Science Center mit einer neuen Ausstellung wieder seine Luken. Im *Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt* zeigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mit welchen Methoden sie ihren Forschungsfragen nachgehen und wie Bürgerinnen und Bürger selbst dabei mitwirken können.

Von Berlin aus startet das Ausstellungsschiff im kommenden Frühjahr seine Tour, die die *MS Wissenschaft* über Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland bis nach Baden-Württemberg führen wird.

Bevor es wieder losgeht, verabschiedet sich die *MS Wissenschaft* in eine mehrmonatige Winterpause: Am heutigen Dienstag endet in Nürnberg die Tour zum Thema Bioökonomie. Zwei Sommer lang war das umgebaute Frachtschiff mit einer interaktiven Ausstellung zum Thema nachhaltiges, biobasiertes Wirtschaften in Deutschland und Österreich unterwegs. Von Münster über Wien bis nach Nürnberg wurden in beiden Tourjahren zahlreiche kleine und große Städte angesteuert.

In einer Zeit, in der vielerorts Veranstaltungen ausfielen und der Alltag digital stattfand, war der Besuch des Ausstellungsschiffs für viele Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Highlight – das wurde in zahlreichen Rückmeldungen, etwa im Gästebuch des Schiffs oder in persönlichen Gesprächen, deutlich. Nach Monaten des Home Schoolings bot die *MS Wissenschaft* zudem für über 3.000 Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland und Österreich, die im Laufe der eineinhalb Jahre das Schiff besuchten, eine willkommene Abwechslung zum Unterrichtsalltag.

Auch das Thema der Ausstellung, die Frage nach einer umwelt- und klimabewussten, effizienten Nutzung biobasierter Ressourcen, bewegte die Menschen. „Nie wurde mir etwas so verständlich und aufrüttelnd nahegebracht.“, schrieb etwa eine Besucherin aus Würzburg in das digitale Gästebuch. Das große Interesse spiegelte sich auch in der regen Teilnahme am „Ideenbaum“ wider, an dem die Be-

sucherinnen und Besucher in der Ausstellung ihre Wünsche und Ideen für eine nachhaltige Zukunft aufschreiben konnten. Weniger Plastikmüll, weniger Autos, dafür gute Radwege und eine grüne Stadt – das sind nur einige der vielen Vorschläge, die die Gäste in der Ausstellung hinterließen.

Nachhaltigkeit auch nach Tour-Ende: Ausstellungsstücke werden kreativ wiederverwertet

Insgesamt luden auf dem Schiff rund 30 interaktive Exponate zum Entdecken verschiedenster Facetten der Bioökonomie ein. Besucherinnen und Besucher konnten etwa einen Hocker aus Popcorn probesitzen, über Diele aus Hanfbastrinde laufen oder sich über Insektenburger und In-vitro-Fleisch als mögliche Nahrungsmittel der Zukunft informieren. Verschiedene Aspekte der Bioökonomie wurden in Veranstaltungen vertieft, etwa bei Vorträgen von Forschenden an Bord der *MS Wissenschaft* oder interaktiven Infoständen, an denen Interessierte sich nicht nur über Lebensmittel aus Insekten informieren, sondern diese auch kosten konnten.

Auf ihrer Tour 2020/21 zeigte die *MS Wissenschaft*, dass eine Wirtschaft auf Grundlage nachwachsender Rohstoffe möglich ist – und welche tragende Rolle die Wissenschaft für die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Ökonomie spielt. Der Nachhaltigkeitsgedanke, der Inhalt und Gestaltung der Ausstellung prägte, endet auch mit der Tour nicht: Verschiedene Materialien und Teile der Ausstellung werden durch Upcycling in etwas Neues verwandelt. So wird etwa der große Welt-Ballon an



© Foto: Heiner Witte/Wissenschaft im Dialog

Deck des Schiffs zu Taschen verarbeitet. Dadurch wird Müll vermieden und wertvolle Ressourcen gespart.

Das Ausstellungsschiff *MS Wissenschaft* tourt seit 2002 jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch Deutschland. Das österreichische Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Niederösterreichische und Oberösterreichische Landesregierung ermöglichen den Aufenthalt in Österreich. *Wissenschaft im Dialog (WiD)* realisiert die Ausstellung mit Unterstützung der hinter WiD stehenden Wissenschaftsorganisationen. Die Exponate kommen direkt aus der Forschung und wurden im Wissenschaftsjahr 2020/21 unter anderem entwickelt und zur Verfügung gestellt von Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und DFG-geförderten Projekten, Hochschulen sowie weiteren Partnern.

Informationen zur Ausstellung 2020/21:
<https://ms-wissenschaft.de>

Informationen zum Wissenschaftsjahr 2020/21 – Bio-
ökonomie: <https://wissenschaftsjahr.de/2020-21/>
Informationen zum Wissenschaftsjahr 2022 – Nachge-
fragt: <https://wissenschaftsjahr.de/2022/>

Ihr Kontakt bei Wissenschaft im Dialog (WiD):

Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dorothee Menhart
Tel.: 030 2062295-55
E-Mail: dorothee.menhart@w-i-d.de

Projektleitung MS Wissenschaft
Maren Grüber
Tel.: 030 2062295-60
E-Mail: maren.grueber@w-i-d.de

Neuerscheinung im UVW:

Reihe: Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

Karsten König

Macht und Verständigung in der externen Hochschulsteuerung Verhandlungsmodi in Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule

Zielvereinbarungen und Verträge zwischen Staat und Hochschulen sind ein zentrales Element der politischen Hochschulentwicklung. Dabei können Verhandlungen zwischen beiden Akteuren ebenso positionsbezogen geführt wie auch auf eine gemeinsame Verständigung ausgerichtet sein. Auf der Basis einer qualitativen Erhebung in 10 Bundesländern wird in dieser Studie gezeigt, wie nah positionsbezogenes Beharrungsvermögen und innovative Verständigung in der Vergangenheit lagen und wie zukünftig gezielt innovative Räume für eine gemeinsame Verständigung zwischen Staat und Hochschule geschaffen werden können.

ISBN 978-3-946017-22-6, Bielefeld 2021,
207 Seiten, 36.60 Euro zzgl. Versand



Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Gemeinsam mehr erforschen Hochschulwettbewerb 2022

14.10.2021: **Mitforschen erwünscht! Unter diesem Motto steht der Hochschulwettbewerb im Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt!. Wissenschaft im Dialog lädt Studierende, Postdocs und junge Forschende aller Fachrichtungen ein, kreative und interaktive Projektideen einzureichen, die eine Brücke zwischen Forschung und lokaler Bevölkerung schlagen und die Gesellschaft aktiv einbinden. Die 15 Gewinnerteams erhalten jeweils 10.000 Euro, um ihre Ideen umzusetzen. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2021.**

Ob ein mobiles Labor, in dem Forschende und die Menschen vor Ort gemeinsam Umweltdaten auswerten, ein Podcast, der zusammen mit den Hörerinnen und Hörern produziert wird, oder eine studentische Initiative, die gemeinsam mit Pflegebedürftigen das Arbeitsfeld Pflege neu denkt – gefördert werden Ideen, bei denen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern integraler Bestandteil des Projekts ist. Von einer solchen Zusammenarbeit können sowohl Wissenschaft als auch Gesellschaft profitieren: Während die Forschenden Impulse aus der Bevölkerung unmittelbar aufgreifen können, erhalten Bürgerinnen und Bürger einen intensiven Einblick in wissenschaftliche Prozesse und Methoden. Ein wichtiger Parameter, um Vertrauen in Wissenschaft und Forschung zu stärken.

Die Umsetzung der 15 besten Projekte wird mit je 10.000 Euro und Workshops zur Wissenschaftskommunikation unterstützt. Dabei stellt der Wettbewerb häufig

einen Startschuss für eine erfolgreiche Zukunft in der Wissenschaftskommunikation dar. Zahlreiche Gewinner-teams der vergangenen Jahre fanden im Anschluss an den Hochschulwettbewerb sowohl national als auch international Beachtung, erhielten Preise und Folgeförderungen und konnten sich langfristig in der Wissenschaftskommunikation etablieren.

Der Hochschulwettbewerb im *Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt!* ist ein Projekt von *Wissenschaft im Dialog* in Kooperation mit dem Bundesverband Hochschulkommunikation und der Hochschulrektorenkonferenz. Er wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Weitere Informationen zum Wettbewerb: <https://www.hochschulwettbewerb.net/2022/>
Weitere Informationen zum Wissenschaftsjahr 2022 – Nachgefragt!: <https://www.wissenschaftsjahr.de>

Ihr Kontakt bei Wissenschaft im Dialog (WiD):

Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dorothee Menhart
Tel.: 030 2062295-55
E-Mail: dorothee.menhart@w-i-d.de

Projektmanagement Hochschulwettbewerb
Gesa Hengerer
Tel.: 030 2062295-62
E-Mail: gesa.hengerer@w-i-d.de

NEUERSCHEINUNG

Reihe: Gesellschaft und Staat – Staatliche Politik und Zivilcourage

Falk Pingel (Hg.)

Das Stalag 326 in Stukenbrock/Senne – zum Fortwirken der Lagergeschichte über den Krieg hinaus: Die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und die Internierung von NS-Funktionsträgern

Der vormalige „Initiativkreis zur Unterstützung des Ausbaus der Gedenkstätte Stalag 326“ hat sich zur Verstetigung seiner Arbeit eine neue, festere Organisationsstruktur gegeben und bildet nun die Regionale Arbeitsgruppe Ostwestfalen-Lippe (OWL) innerhalb des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“.

Die Regionale Arbeitsgruppe OWL „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ sieht sich als Teil des in der Gedenkstättenkonzeption des Landes NRW verankerten zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie setzt sich insbesondere in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld sowie weiteren wissenschaftlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Initiativen dafür ein, den Erinnerungsort „Stalag 326“ in Stukenbrock/ Senne im historischen Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern. Dank der vom Bund und vom Land NRW beschlossenen finanziellen Förderung erscheint der Ausbau der Gedenkstätte nun gesichert und die Phase konkreter Planungen kann beginnen. Der Förderungsantrag, den der Landschaftsverband formuliert hatte, fußte auf einer Machbarkeitsstudie eines privaten Ateliers, das damit Vorschläge für die Errichtung neuer Bauten und die Entwicklung von Ausstellungskonzeptionen unterbreitet hat. Deren Verwirklichung bedarf einer breiten, wissenschaftlich begründeten und pädagogisch abgesicherten Erörterung. Dazu sollen die hier dokumentierte Tagung und Denkschrift beitragen.

ISBN 978-3-946017-24-0, Bielefeld 2021, 60 Seiten, 12.95 Euro zzgl. Versand

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Rat für technologische Souveränität nimmt Arbeit auf

02.09.2021: **Elf Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen kamen am Mittwoch zur Auftakt-sitzung des vom Bundesforschungsministerium gegründeten Rats für technologische Souveränität zusammen.**

Das Gremium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft hat die Aufgabe, in den kommenden Monaten für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Empfehlungen zur Stärkung der technologischen Souveränität Deutschlands und der Europäischen Union auf zentralen Technologiefeldern zu erarbeiten.

Dazu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Ich arbeite dafür, dass Deutschland und die Europäische Union durch eine starke Forschungs- und Innovationspolitik international wettbewerbsfähig bleiben und wir auf technologischen Schlüsselgebieten, etwa Wasserstoff- oder Quantentechnologien, mit unserer Ingenieurs- und Entwicklerkunst weltweit Standards setzen. Wir müssen in Deutschland und Europa selbst in der Lage sein, Schlüsseltechnologien aus eigener Kompetenz heraus zu verstehen, herzustellen und daraus Produkte zu kreieren. Die Stärkung der technologischen Souveränität Deutschlands und der Europäischen Union gilt es in den kommenden Jahren kraftvoll voranzutreiben. Wir brauchen hierfür eine breite Expertise, um die richtigen Strategien zu entwickeln. Ich freue mich, dass sich der neue Rat für technologische Souveränität, den ich genau mit diesem Ziel vor Augen ins Leben gerufen habe, jetzt an die Arbeit macht und entsprechende Empfehlungen entwickelt.“

Hintergrund:

Schlüsseltechnologien sind eine wichtige Grundlage von Wertschöpfung und Wohlstand. Sie ermöglichen Innovationen, sichern Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und leisten entscheidende Beiträge zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Um auch zukünftig in der Lage zu sein, die Entwicklung und Anwendung von Schlüsseltechnologien international auf Augenhöhe und im Sinne unserer Werte mitzugestalten, entwickelt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit geraumer Zeit seine Programmatik für technologische Souveränität konsequent weiter.

In dem nun vom BMBF gegründeten Rat für technologische Souveränität wirken folgende Mitglieder mit:

- Frau Dr. Viola Bronsema, BIO Deutschland e. V.
- Herr Prof. Dr. Oliver Falck, ifo Institut
- Frau Prof. Dr. Svenja Falk, Accenture Research
- Herr Dr. Tim Gutheit, Infineon Technologies AG
- Frau Dr.-Ing. Christina Hack, Brose Fahrzeugteile SE & Co. Kommanditgesellschaft, Bamberg
- Herr Dr.-Ing. Stefan Joeres, Robert Bosch GmbH
- Frau Dr. Tina Klüwer, Bundesverband Künstliche Intelligenz e.V.
- Herr Prof. Dr. Oliver Kraft, Karlsruher Institut für Technologie
- Frau Prof. Dr.-Ing. Marion Merklein, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Herr Prof. Dr.-Ing. Hans Dieter Schotten, Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
- Herr Prof. Dr. Andreas Tünnermann, Fraunhofer-Institut für Angewandte Optik und Feinmechanik IOF

Vorsitz:

- Herr Dr.-Ing. Stefan Joerges und Frau Dr. Tina Klüwer
- Stellv. Vorsitz: Frau Prof. Dr. Svenja Falk

Das BMBF hat zudem im Austausch mit zentralen Stakeholdern und Verbänden in den vergangenen Monaten ein Impulspapier zur technologischen Souveränität erstellt. Dieses Impulspapier reflektiert die strategischen Zielsetzungen und dient als Grundlage, um die Programmatik für die Stärkung der technologischen Souveränität gezielt weiterzuentwickeln. Das Impulspapier finden Sie hier: [Technologisch souverän die Zukunft gestalten \(bmbf.de\)](https://www.bmbf.de)

Kontakt:

BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung
Referat Presse; Soziale Medien; Internet
Kapelle-Ufer 1
D-10117 Berlin

Telefon: (030) 18 57 - 50 50

Fax: (030) 18 57 - 55 51

E-Mail: information@bmbf.bund.de

Web: <https://www.bmbf.de/>

Anzeigenannahme für die Zeitschrift „Forschung“

Anzeigenpreise: auf Anfrage beim Verlag.

Format der Anzeige: JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung

Kontakt: UVW UniversitätsVerlagWebler - Der Fachverlag für Hochschulthemen

Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld, E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

Auf unserer Website www.universitaetsverlagwebler.de erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

Nach zwei Jahren sind alle Ausgaben eines Jahrgangs frei zugänglich.

HSW

Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW 3+4/2021

Katharina Bahlmann, Stefanie Hoffmann & Marie-Theres Moritz
Differenzierung und Institutionalisierung junger kleiner Fächer im deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem

Katharina Haas, Moritz Wolf & Katharina Schönheim
Disziplinäre Entdifferenzierungsprozesse an deutschen Universitäten am Beispiel der kleinen Fächer

Julian Hamann
Disziplinäre Entdifferenzierung durch Leistungsbewertung? Der Fall Geschichtswissenschaft in Großbritannien

Georg Krücken et al.
Multipler Wettbewerb im Hochschulsystem – Interdisziplinäre Perspektiven und wissenschafts-politische Implikationen

Christian Julmi & José Manuel Pereira
Wie viel (er)trägt der akademische Mittelbau?
Ergebnisse einer Befragung zur Arbeitssituation wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen

Elena Stasewitsch & Simone Kauffeld
Akademische Fachzirkel: Können gruppenbasierte Intervention zu nachhaltigen Veränderungsprozessen in Hochschulen beitragen?

Wolff-Dietrich Webler
Online-Prüfungen und deren Kontrolldebatte – ein Zeichen für Systemversagen?

HM

Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 3/2021

Künstlerisch-wissenschaftliche Forschung im Bologna-Konzept: das künstlerisch-wissenschaftliche Doktorat aus Stakeholder-Perspektive

Fabian Lausen & Sabine Behrenbeck
Forschung und Promotionen in den Künsten: Die Perspektive des Wissenschaftsrats

Ursula Brandstätter
Institutionelle Verankerung einer Reflexions- und Forschungskultur. Interdisziplinarität und Internationalisierung. Das künstlerisch-wissenschaftliche Promotionsstudium an der Anton Bruckner Privatuniversität für Musik, Schauspiel und Tanz in Linz/ Österreich

Yulia Yurtaeva-Martens
Wissenschaftlich-künstlerische Promotion an der Filmuniversität Babelsberg KONRAD WOLF

Márcio Steuernagel
Tensions and legitimacy: a doctoral candidate perspective on artistic research in academic contexts

Ewald Scherm
Führt Autonomie zu agilen Hochschulen?

P-OE

Personal- und Organisationsentwicklung

in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer, Programm-Organisatoren

POE 2/2021

Franziska Schölmerich & Hannah Rauterberg
Sechs Thesen zur Zukunft der Weiterbildung in Wissenschaftseinrichtungen

Eva Cendon & Abena Dadze-Arthur
Weiterbildung als Transformatorin oder: Wie Veränderung doch in die Hochschule kommen kann. Erkenntnisse aus internationalen Fallstudien

Kathrin Becher
Von Veränderungsangst zur Arbeitszufriedenheit – Ein Erklärungsversuch für Erfolgsfaktoren bei Veränderungsprozessen am Beispiel von Prüfungssämtern in Hochschulverwaltungen

Ute Noack et al.
Willkommen an der Universität Marburg – Beratung und Begleitung für neuberufene Professorinnen und Professoren

Mona Schulze
Entwicklung eines transparenten Karrieresystems für unbefristete Wissenschaftler*innen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Daniel Müller
Europäisches Gütesiegel HRS4R bringt Personalentwicklung für Forschende voran

Martin Mann
Einem geeinten europäischen Forschungsraum entgegen: Der HR Excellence in Research Award als Auszeichnung für lernende Wissenschaftsorganisationen

ZBS**Zeitschrift für
Beratung und Studium**

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

ZBS 3/2021
Vielfalt von Beratung an
Hochschulen

Nachruf auf Edith Saum

*Anregungen für die
Beratungspraxis/Erfahrungsberichte*

Yvonne A. Henze
Gut. Vernetzt. Beraten.

Christiane Stolz
Der Nachteilsausgleich für
Studierende mit Beeinträchtigungen
– die Möglichkeiten des Umsetzens
und die Rolle der Beauftragten für
Studierende mit gesundheitlichen
Beeinträchtigungen in Abhängigkeit
der Hochschulgesetze am Beispiel
Niedersachsen

Miriam Bischoff & Manfred Bartel
Studierende mit Autismus begleiten
– Gedanken zu Herausforderungen
und Handlungsfeldern

Beratungsforschung

*Claudia Blatz, Katharina
Simpfendorfer & Rebecca Löbmann*
Prävention von Studienabbrüchen:
Eignen sich Coachingmethoden für
die Studienfachberatung?

Beratungsentwicklung/-politik

*Karin Gavin-Kramer
& Franz Rudolf Menne*
Zur Geschichte der Studien- und
Studierendenberatung an der
Universität in Frankfurt am Main
Teil II: 1929 bis 1950

QiW**Qualität in der Wissenschaft**Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in
Forschung, Studium und Administration

QiW 3+4/2021 (*Vorschau*)
Qualitätsentwicklungen in der
Wissenschaft

Eva Barlösius & Axel Philipps
Verlosung von Forschungsgeldern:
Welche Losverfahren können sich
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler vorstellen?

*Bernd Kleimann, Lisa Walther & Anna
Gerchen*
Qualitätssicherung von Berufungsver-
fahren an deutschen Kunsthochschulen

Jens Maeße
Qualitätsmessung in den Wirtschafts-
wissenschaften: Idealtypen
interpretativer Aneignungspraxis in
Karriereverlaufskontexten

René Krempkow et al.
Wie qualifiziert sich das
Wissenschaftsmanagement in
Deutschland (weiter)?

Jennifer Blank et al.
Indikatoren für das Gelingen und die
Evaluation transformativer Projekte

*Swen Günther, Judith Schulze & Laura
Harzendorf*
Wie lässt sich Exzellenz im Bereich des
Wissens- und Technologietransfers an
Hochschulen messen?

Tina Kreische & Martin Rothland
„Praxisschock“ im Studium?
Eine erste Bilanz der Forschung zur
Belastung und Beanspruchung in Lang-
zeitpraktika der Lehrer*innenbildung

Astrid Baerwolf & Lukas Mitterauer
Transformation der Lehre in digitale
Räume – Ergebnisse einer empirischen
Studie der Universität Wien im Mai
2020

**Für weitere
Informationen**

- zu unserem
Zeitschriftenangebot,
- zum Abonnement einer
Zeitschrift,
- zum Erwerb eines
Einzelheftes,
- zum Erwerb eines anderen
Verlagsproduktes,
- zur Einreichung eines
Artikels,
- zu den Hinweisen für
Autorinnen und Autoren

oder sonstigen Fragen,
besuchen Sie unsere Website:
universitaetsverlagwebler.de

oder wenden Sie sich
direkt an uns:

E-Mail:
info@universitaetsverlagwebler.de

Telefon:
0521/ 923 610-12

Fax:
0521/ 923 610-22

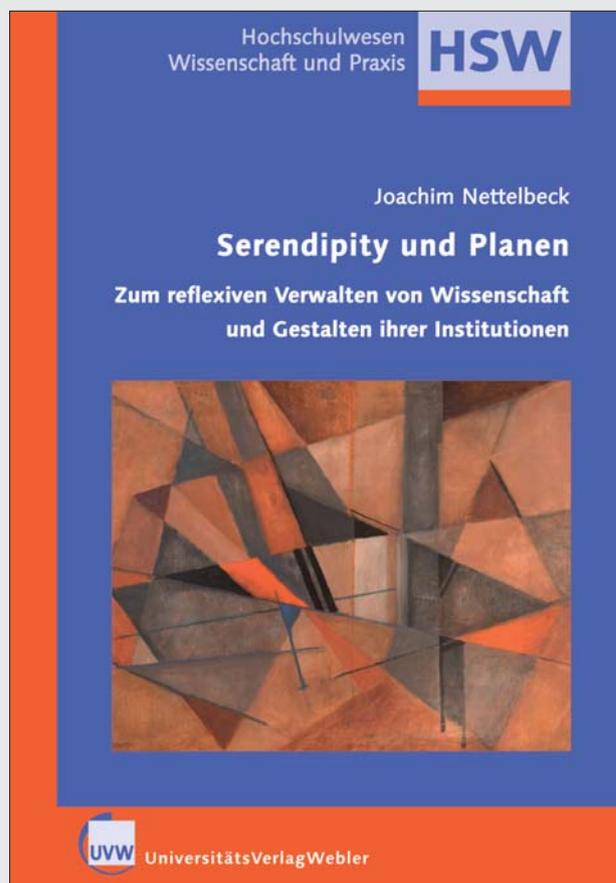
Postanschrift:
UniversitätsVerlagWebler
Bünder Straße 1-3
Hofgebäude
33613 Bielefeld

Haben Sie mit Wissenschaftsverwaltung als Praxis oder wissenschaftlichem Gegenstand zu tun?

Joachim Nettelbeck
Serendipity und Planen

Zum reflexiven Verwalten von Wissenschaft und Gestalten ihrer Institutionen

Neue Einsichten sind nicht vorhersehbar. Sie unterliegen dem, was Robert Merton für die Forschung mit Serendipity gekennzeichnet hat, und sind deshalb davon abhängig, dass den Wissenschaftlern Freiräume eingeräumt werden. Die Methoden des New Public Management haben sich auch in der Wissenschaft ausgebreitet und engen die Freiräume ein. Indikatoren bestimmen zunehmend das Verhalten von Politik und Verwaltung. Sie werden zu zwingenden Normen, führen zur Standardisierung und behindern die kreative Seite der Wissenschaft. Demgegenüber plädiert dieses Buch dafür, Planen und Verwalten von den Wissenschaftlern und der Eigenart von Wissenschaft her zu denken, von ihrer Unvorhersehbarkeit. Es plädiert für eine reflexive Verwaltung. Der Autor verdeutlicht dies an ihm vertrauten Vorgängen und erklärt, welche Haltung der Verwalter er sich wünschen würde. „Eine solche Verwaltung ist eine anspruchsvolle, kreative Tätigkeit, die ihren Teil zu einer demokratischen Gestaltung öffentlich finanzierter Forschung beizutragen hat, sowohl im Interesse der Wissenschaftler und des Gemeinwohls wie zur Zufriedenheit des Verwalters.“



ISBN 978-3-946017-21-9, Bielefeld 2021,
238 Seiten, 49.80 Euro zzgl. Versand



Joachim Nettelbeck
© Foto: Wissenschaftskolleg/Maurice Weiss

Jetzt erhältlich im Fachbuchhandel und direkt beim Verlag – auch im Versandbuchhandel.

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22